

Die Politische Meinung



RESPEKT!

Wertschätzung als gesellschaftlicher Faktor

ZUM SCHWERPUNKT Christian Bermes, Wertschätzung als Wert; Kerstin Maria Pahl, Zwischen Coolness und Corona; Martin Altmeyer, Das Internet als Identitätsmaschine; Alexander Deeg, Zum Problem der Vereinnahmung in öffentlicher Kommunikation; Susanne Voigt-Zimmermann, Judith Pietschmann, Die Kunst des „Miteinandersprechens“

INTERVIEW Michael Kretschmer über Bürgernähe in der Coronakrise, die Neubegründung von Vertrauen und die Bedeutung des direkten Gesprächs

KOMMENTIERT Musa Deli, Über das Verlangen türkischer Migranten nach Anerkennung

DIALOG Ex-DDR-Punk Bernd Stracke im Gespräch mit Axel Reitel

ERINNERT Hermann Gröhe, Mit klarem Kompass ins Offene. 75 Jahre CDU



Das Team der Zentralen Notaufnahme, Klinikum Heidenheim (Baden-Württemberg), bei der Aktion „Wir bleiben für euch da – bleibt ihr für uns zu Hause“ im März 2020.
Foto: © Klinikum Heidenheim

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Surreale Corona-Zeiten lassen den Respekt für den anderen zu einer fixierbaren Größe werden: ein Meter fünfzig Mindestabstand! Im gesellschaftlichen Normalbetrieb ist Respekt aber eine inkommensurable Erfahrung des Zusammenlebens. Fest steht nur, dass ihre Relevanz ansteigt, je mehr sie vermisst wird.

Alarmierende Mangel- und Bedarfsanzeigen gingen bereits vor dem „Lockdown“ ein: Beispielsweise wurde ein erfolgreicher Unternehmer für seine Rolle als Fußballsponsor unfälig beschimpft. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier reagierte auf wiederholte Vorfälle aggressiven Politikerbashings fast emotional: Er sei „die tägliche Verächtlichmachung von demokratischen Institutionen und ihrer Repräsentanten leid“.

Bei Ausbruch der Pandemie traten andere Anerkennungsdefizite ins Bewusstsein. Krankenschwestern und Altenpfleger, Paketboten oder Verkäuferinnen wurden mit Balkon-Ovationen bedacht – freundliche Unterstützungssignale an diejenigen, die „das Land am Laufen halten“, über deren grundlegenden Beitrag die vorcoronaische Normalität aber hinweggesehen hatte.

In ihrer „Ethik der Wertschätzung“ fordert die französische Philosophin Corine Pelluchon „Aufmerksamkeitsanstrengungen“ und arbeitet heraus: „Das Verhältnis zu den anderen verläuft über das Verhältnis zu sich selbst.“ Wenn das Zu- und Zusammengehörigkeitsgefühl einer Gesellschaft durch Erfahrungen von Missachtung, vom Lastwagenfahrer bis hin zum Softwaremilliardär, schwindet, ist also Selbstreflexion – Pelluchon nennt es „Demut“ – der erste Schritt zu einer verbesserten wechselseitigen Wahrnehmung.

Der demokratische politische Raum, insbesondere die Volksparteien und ihr Umfeld, ist besonders zu neuen „Aufmerksamkeitsanstrengungen“ aufgerufen. Schließlich wird er doppelt infrage gestellt: durch die Erosion des Vertrauens unter Wählerinnen und Wählern, die zweifeln, ob sie noch gehört werden und ihre Stimme zählt; und durch Demagogen, die ihr Geschäftsmodell auf diese gravierenden Verhältnisstörungen gründen und sie zu einem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen „vergessenen“ Menschen und einem abgehobenen Establishment verabsolutieren.

Die Pandemie hat Deutschland zeitweise in eine überdimensionale Isolierstation verwandelt. Wenn das neben der medizinischen Notwendigkeit etwas Gutes hatte, dann vielleicht die Erfahrung fehlenden Austauschs und Zusammenseins. Die „neue Normalität“ mit und nach Corona, von der zurzeit viel die Rede ist, könnte sie sich zunutze machen: Respekt ist etwas anderes als isoliertes Selbstbewusstsein, er ist ein dialogischer Wert.

Bernd Löhmann

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Respekt! Wertschätzung als gesellschaftlicher Faktor

16 WEDER RHETORIK NOCH WELLNESS

Christian Bermes
Wertschätzung als Wert

24 ZWISCHEN COOLNESS UND CORONA

Kerstin Maria Pahl
Von politischen Gefühlen und Gefühllosigkeiten

28 ICH WERDE GESEHEN, ALSO BIN ICH!

Martin Altmeyer
Das Internet als Identitätsmaschine

38 INTERVIEW: SAGEN, WAS GEHT UND WAS NICHT GEHT

Michael Kretschmer über Bürgernähe in der Coronakrise, die Neubegründung von Vertrauen und die Bedeutung des direkten Gesprächs

44 WIR ALLE!?

Alexander Deeg
Zum Problem der Vereinnahmung in öffentlicher Kommunikation

49 DIE KUNST DES „MITEINANDERSPRECHENS“

Susanne Voigt-Zimmermann, Judith Pietschmann
Eine sprechwissenschaftliche Perspektive

58 „POLITIK DER WÜRDE“

Joachim Söder
Wie Institutionen sittlich handeln

66 INTERVIEW: AUENLAND UND GRAUENLAND

Der Psychologe Stephan Grünewald über mangelnde Wertschätzung und die Aufgewühltheit der Deutschen

72 DIE FORTSCHRITTSFALLE

Christoph Raedel
Zur Moralisierung gesellschaftspolitischer Debatten

79 VERFÜHRUNG UND WERTSCHÄTZUNG

Uwe Backes
Herausforderungen durch „neu-rechte“ Modernisierer

84 VERWANDT?

Niels Penke
Das Populäre und der Populismus

Kommentiert

33 GEKOMMEN, UM ZU GEHEN?

Musa Deli
Das Verlangen türkischer Migranten nach Anerkennung

62 UNMUT UND UTOPIE

Juliane Stückrad
Ethnographische Betrachtungen in ländlichen Räumen Ostdeutschlands

Analyse

90 DER FALL THÜRINGEN

Bernhard Vogel
Ein Rückblick

Impulse

93 AUF DEN KOPF GESTELLT

Hardy Ostry, Ludger Bruckwilder
Die Coronakrise und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Dialog

98 KANARIENVÖGEL IM SPATZENHAUS

Ex-DDR-Punk Bernd Stracke im Gespräch mit Axel Reitel

Erinnert

112 MIT KLAREM KOMPASS INS OFFENE

Hermann Gröhe
Kurshalten und Erneuern als Auftrag einer Volkspartei

Gelesen

107 TRADITIONSBRUCH

Thomas Meyer
Neue Erkenntnisse über Hannah Arendts Denken

123 EINE SONNTAGSPREDIGT

Tom Mannewitz
Kulturpessimismus ist keine Antwort auf den Rechtspopulismus

Würdigung

118 VERLEBENDIGTE GESCHICHTE

Michael Braun
Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung 2020 für Hans Pleschinski

126 AUS DER STIFTUNG

128 FUNDSTÜCK



Entwichtigt und verwichtigt?

Der britische Street-Art-Künstler Slinkachu steht in der Tradition von Jonathan Swift. Schon dessen satirisches Werk „Gullivers Reisen“ entlarvte Verhältnisstörungen zwischen Groß und Klein.

Fast 300 Jahre später bringen Slinkachus Inszenierungen die Relationen wieder parodistisch ins Schwimmen. Seine „Lilliputians“ werden auf heutigen Straßen buchstäblich übersehen. Sind sie die viel diskutierten „forgotten people“, ohnmächtige Menschen, denen die Welt viel zu groß und zu komplex geworden ist? Oder stellt die hanebüchene Überziehung des Unwichtig-Erscheinens in einer originellen Verkehrung das genaue Gegenteil dar?

Slinkachus Winzlinge haben ganz schön zu kämpfen, aber demütig oder resignierend wirken sie nicht. Mit überlegener Moral und besitzergreifender Fürsorge muss man ihnen wohl nicht kommen.

© Slinkachu

Respekt!

Wertschätzung als gesellschaftlicher Faktor











Weder Rhetorik noch Wellness

—
Wertschätzung als Wert

CHRISTIAN BERMES

Geboren 1968 in Trier, Professor
für Philosophie und Leiter des
Instituts für Philosophie, Universität
Koblenz-Landau (Campus Landau).

Die aktuelle Situation, die durch die Corona-Pandemie ausgelöst wurde, stellt Politik und Gesellschaft national und international vor große Herausforderungen. Gerade in dieser Zeit wird Wertschätzung wieder zu einem be-

sonderen Thema: gegenüber bestimmten Berufsgruppen oder als Solidarität untereinander. Wertschätzung zeigt sich in Zeiten der Krise besonders deutlich. Zu ihr wird aufgerufen, sie wird eingefordert, vielleicht wird sie auch an manchen Stellen instrumentalisiert. Es stellt sich daher umso mehr die Frage, was unter Wertschätzung verstanden werden kann und welche Rolle sie im politischen Handeln spielt.

Wird Wertschätzung zum Thema, dann rückt die Verbindung zwischen Menschen und damit die soziale Ordnung in den Fokus. Politik ohne

eine Idee von Wertschätzung tendiert zur Verwaltung anonymer Gruppeninteressen, Wertschätzung ohne die Wirklichkeit von Politik verkennt die Manipulationsanfälligkeit kollektiver Identität. Beide Entwicklungen sind in der Gegenwart nicht zu übersehen.

Freilich ist Wertschätzung ein komplexes Phänomen. In der europäischen Geistes- und Kulturgeschichte lassen sich mindestens drei Wurzeln für den Bedeutungshorizont von Wertschätzung anführen: In der griechischen Antike wird sie als eine Tugend des Umgangs und des Zusammenlebens zum Thema, in der jüdisch-christlichen Tradition ist es die Nächstenliebe, die eine zentrale Rolle spielt, und in der Aufklärung beziehungsweise im Deutschen Idealismus tritt der Schlüsselbegriff der Anerkennung in den Vordergrund.

Aristoteles beschreibt beispielsweise eine Tugend, für die es im Griechischen kein Wort gibt, die zwischen Gefallsucht auf der einen und der Eigensinnigkeit sowie Streitsucht auf der anderen Seite angesiedelt ist. Diese Tugend hat „keinen Namen bekommen, gleicht jedoch am meisten der Gesinnung, die den Verkehr unter Freunden bestimmt“. Wer, so führt Aristoteles weiter aus, diese Tugend besitzt, „nimmt jegliches gebührend auf, nicht weil er liebt oder hasst, sondern weil es so in seinem Wesen liegt“ (Aristoteles 1985, 93/1126b). Die zentrale Stellung der Nächstenliebe in der christlichen Tradition kommt im Doppelgebot der Liebe zum Ausdruck, das heißt in der Liebe zu Gott, die verschränkt ist mit der Liebe zum Nächsten. „Es ist kein anderes Gebot größer als diese“ (Mk 12,29 ff.). Die klassisch gewordenen Theorien zur Anerkennung im Deutschen Idealismus kulminieren in Hegels Überlegungen zu Herrschaft und Knechtschaft, die bezeichnenderweise mit dem Satz beginnen: „Das Selbstbewußtsein ist an und für sich, indem und dadurch, daß es für ein Anderes und für sich ist; d. h. es ist nur als ein Anerkanntes“ (Hegel 1988, S. 127). Als zentraler Bestandteil der Beschreibung und Bewertung sozialer Integrität ist Wertschätzung tief in der kulturellen Reflexion verankert.

DIE FLOSKEL „AUF AUGENHÖHE“

Wertschätzung, so könnte man allerdings heute meinen, hat etwas mit Höhenregulierung zu tun. Eine der beliebtesten und gleichzeitig vieldeutig nichtssagenden Floskeln der Gegenwart ist die „Augenhöhe“. Es komme darauf an, „auf Augenhöhe“ zu verhandeln oder „Augenhöhe herzustellen“, um miteinander in einen Dialog treten zu können. Abgesehen davon, dass die explizite Forderung nach Augenhöhe in einer realen Auseinandersetzung nichts anderes bedeutet, als die eingeforderte Höhe im Augenblick der Forderung faktisch zu verlieren und ins Bodenlose zu sinken, ist das Bild schräg, zumindest dann, wenn es mit Wertschätzung in Verbindung gebracht wird. Denn offenkundig stellen sich anschließend einige Fragen: Hat Wertschätzung etwas damit zu tun, Unterschiede einzuebnen? Benötigt man überhaupt

noch Wertschätzung, wenn es keine Differenzen mehr gibt? Und ist Wertschätzung nicht gerade eine Umgangsform unter Menschen, in der Unterschiede zugelassen werden, weil sie in einem gewissen – und sicherlich zu klärenden – Sinne für die Wertschätzung keine Rolle spielen?

Wertschätzung ist nicht nur Teil der modernen Rhetorik des Verhandlungsmanagements; die Suche nach Wertschätzung begegnet auch in der Ratgeberliteratur, die als psychologische Dauerkommentierung das moderne menschliche Leben begleitet – und die, was durchaus pathologische Züge annehmen kann, es okkupert und gelegentlich auch an die Stelle dieses Lebens tritt. Das Begriffsfeld ist weit – es reicht von der „Achtung“ über die „Anerkennung“ bis hin zum „Respekt“. Auch wird man auf „Sympathie“, „Empathie“ und „Achtsamkeit“ stoßen, wenn von Wertschätzung die Rede ist. Angesprochen sind damit nicht nur veritable Charakterauszeichnungen, sondern auch Beziehungsqualitäten zwischen Menschen. Jede einzelne ist von großer Bedeutung für das menschliche Leben, sie erscheinen in der modernen Ratgeberliteratur jedoch nur allzu häufig als ein Wellnessangebot für medial gestresste Seelen oder als Sahnehäubchen für ein Leben, das sonst, ohne Wertschätzung, immer noch recht gut „funktioniert“.

Doch Wertschätzung ist zu wichtig, um sie als rhetorischen Höhenausgleich oder als schmückendes Dekor des modernen, digital und kommunikativ überforderten Lebens zu behandeln. Wertschätzung ist weder Last noch Luxus und erst recht nichts Beliebigen, sie *qualifiziert vielmehr ein Leben jenseits des Üblichen*. Wertschätzung fällt auf, sie lässt innehalten, und sie kann auch irritieren. Wertschätzung verunsichert die Üblichkeiten des Lebens, und sie schätzt ein Leben nicht nach allgemeinen Regeln und äußeren Maßstäben, sondern konkret und aus sich selbst heraus.

BEWAHRUNG VOR „TOTEN WINKELN“

Wir kennen natürlich Regeln der Etikette, Konventionen, Gewohnheiten und Gebräuche, die als sozialer Kitt unterhalb kodifizierter, gesetzlicher Regelungen den gesellschaftlichen Austausch ermöglichen und Verbindlichkeit herstellen (Bermes 2019a). Vielleicht wird man auch darauf hinweisen, dass in und mit dem Einhalten beispielsweise eingespielter Begrüßungsformen Wertschätzung zum Ausdruck komme. Doch gerade hier stellt sich die Frage, ob in solchen Fällen wirklich von Wertschätzung gesprochen werden kann. Denn die Bedeutung etwa von Begrüßungsformen zeigt sich gerade darin, dass sie unabhängig von der Person, der sie entgegengebracht werden, ihre Funktion erfüllen. Darum werden sie geachtet und eingefordert. Doch genau dies scheint bei der Wertschätzung anders zu sein. Jenseits des Üblichen von Regeln geht es in der Wertschätzung um das Gegenüber in einem ganz bestimmten – nicht üblichen – Sinne. Darum ist Wertschätzung auch für

Politik und politisches Handeln von Bedeutung. Politisches Handeln richtet sich üblicherweise auf die Bedingungen, unter denen ein gesellschaftliches Leben geführt werden kann. Politik beschäftigt sich mit Strukturen, die das soziale Leben organisieren. Und ein nicht unwesentlicher Teil politischer Arbeit besteht darin, widerstreitende Interessen auszugleichen. Dabei kann sich die Tendenz verfestigen, dass Strukturen, Organisationen und Gruppenidentitäten den Blick auf die Personen, um die es letztlich geht, verstellen. Wertschätzung bewahrt vor diesem toten Winkel politischen Handelns, sie kann den Blick lenken von den Strukturen, in denen Menschen ihr Leben „haben“, zu einem Leben, das Menschen „führen“, und schenkt dieser Lebensführung eine besondere Beachtung, ohne diese Lebensführung allerdings dirigieren oder manipulieren zu wollen.

DER FUCHS UND DIE TRAUBEN

Wertschätzung entfaltet sich im Umgang untereinander und wirkt in diesem Umgang. Um zu verstehen, was Wertschätzung im Einzelnen bedeutet, liegt es nahe, dieses Wirkungsfeld in drei Hinsichten zu entfalten: Wertschätzung wirkt *erstens korrigierend*, insofern sie dem Ressentiment als Werttäuschung auf der einen Seite und der Verachtung als Entwertung auf der anderen Seite entgegenarbeitet. Wertschätzung wirkt *zweitens profilierend*, indem sie die praktische Vernunft in Form bringt, sodass das Konkrete nicht aus dem Blick gerät. Und *drittens* wirkt Wertschätzung *qualifizierend*; sie qualifiziert unser Gegenüber nicht als einen Fall unter Fällern, sondern als konkretes Vorbild und damit in seiner exemplarischen Individualität.

Die Äsop zugeschriebene Fabel *Der Fuchs und die Trauben* kann die *korrigierende Funktion der Wertschätzung* illustrieren: Ein Fuchs sieht einen Weinstock und begehrt die süßen Trauben, die prächtig am Weinstock hängen. Seine Versuche, die Trauben zu erreichen, scheitern; er findet keinen Weg und keine Mittel, an sie heranzukommen. Der Fuchs wendet sich von seinem Vorhaben ab, er dreht sich um und sagt zu sich selbst: „Die Trauben sind nicht reif, ich will keine sauren Trauben essen.“

In der Fabel wird kein alltägliches Scheitern beschrieben. Dieses kennen Menschen allzu gut; und es gehört zur Grundausstattung menschlichen Daseins, mit dem Scheitern produktiv umzugehen. Der Fuchs geht jedoch nicht produktiv mit der Situation um, er verdreht die Situation und seine Weltwahrnehmung angesichts seines Nichtkönnens. Aus den süßen Trauben werden saure, um das eigene Unvermögen notdürftig zu rechtfertigen.

Beherrscht eine solche Ohnmacht als dauernde Grunderfahrung das menschliche Leben und werden die Welt und die anderen permanent aus der Perspektive einer solchen Ohnmacht erlebt, dann trifft es recht genau das, was man als Ressentiment bezeichnen darf und was Max Scheler in seiner bis

heute einschlägigen Arbeit aus dem Jahr 1912 zum *Ressentiment im Aufbau der Moralen* als „*seelische Selbstvergiftung*“ beschreibt. Es handelt sich um eine „dauernde psychische Einstellung, die durch systematisch geübte Zurückdrängung von Entladungen gewisser Gemütsbewegungen und Affekte entsteht, welche an sich normal sind und zum Grundbestande der menschlichen Natur gehören, und die gewisse dauernde Einstellungen auf bestimmte Arten von Werttäuschungen und diesen entsprechenden Werturteilen zur Folge hat“ (Scheler 2007, S. 38). Im Ressentiment gewinnt die Werttäuschung als dauernde Einstellung die Oberhand. Und auch in der Gegenwart wird man viele Beispiele – auch im politischen Geschäft – finden, die zeigen, wie aus einer solchen Werttäuschung Kapital geschlagen wird. Die Ohnmacht wird instrumentalisiert und inszeniert, verfestigt und auf Dauer gestellt, die Werttäuschung wird nicht etwa geleugnet, sondern gefeiert und als die einzig wahre Weltsicht propagiert.

Wertschätzung wirkt dem Ressentiment entgegen, denn in ihr behalten die anderen und die Welt ihre Bedeutung. Die wertgeschätzten Trauben bleiben süß, ohne dass sie in Besitz genommen werden. Freilich muss man nicht in Jubel verfallen, wenn die Trauben nicht erreicht werden, aber ebenso wenig muss man die Trauben als sauer erklären, wenn man sie nicht erlangt – und vor Letzterem schützt das Wertschätzen.

ETWAS „SCHÄTZEN“, UM SEINEN WERT ZU BEGREIFEN

Wertschätzung kann jedoch nicht nur korrigierend in das Ressentiment als Werttäuschung eingreifen, sie stellt sich auch der Verachtung als einer Form der Entwertung entgegen. Friedrich Nietzsche illustriert vielleicht eine der extremsten Positionen der Verachtung, wenn er folgenden fiktiven Charakter beschreibt: Der verachtende Mensch „ist kälter, härter, unbedenklicher und ohne Furcht vor der ‚Meinung‘; es fehlen ihm die Tugenden, welche mit der ‚Achtung‘ und dem Geachtetwerden zusammenhängen [...] er will kein ‚theilnehmendes‘ Herz, sondern Diener, Werkzeuge, er ist, im Verkehre mit Menschen, immer darauf aus, etwas aus ihnen zu machen“ (Nietzsche 1988, S. 452). Die Verachtung dokumentiert sich in einer ungezügelten Instrumentalisierung, in der das Gegenüber nicht einfach das Objekt einer Handlung ist (das ist nichts Ungewöhnliches und kommt häufiger vor), sondern auf seine pure Vorhandenheit als Material reduziert wird. In der Wertschätzung will man aber gerade nicht etwas mit einem Material „machen“, sodass dadurch sein Preis steigt, sondern etwas „schätzen“, um seinen Wert zu begreifen.

Wertschätzung wirkt jedoch nicht nur Tendenzen des Verfehlens entgegen, sie *profilert auch die praktische Rationalität*. Sie bringt mit anderen Worten die Perspektive unserer praktischen Weltsicht und den Haushalt

unseres Handelns und unserer Begründungen in eine Form. Natürlich liegt es nahe, Wertschätzung auch im Sinne einer sozialen Interaktion als eine bestimmte Form der Anerkennung zu verstehen und sie soziologisch und sozialphilosophisch zu beschreiben, sodass die Bezüge zur jeweiligen Kultur aufgedeckt und damit auch gleichzeitig die Machtverhältnisse, in denen Wertschätzungen verwickelt sind, verstanden werden (Taylor 1993, Honneth 2012). Es handelt sich hier um die nicht einfache und herausfordernde Analyse, wie kollektive Identitäten entstehen und um Anerkennung ringen, welche Pathologien zu einem Scheitern der Anerkennung führen können und unter welchen Bedingungen dieser Prozess gelingen kann.

Wertschätzung als eine Praxis aber, und dies dürfte eine ihrer besonderen Leistungen für das Profil der praktischen Vernunft sein, lässt sich nicht auf diese Perspektive reduzieren – sie klammert eine solche Perspektive nicht aus, sie nimmt sie aber ebenso wenig als letztes Wort. Denn wer des Wertschätzens fähig ist, weiß, dass das Konkretum vor dem Allgemeinen steht. Schätzen wir die Offenheit, mit der jemand einen Gast empfängt, bewundern wir die Gelassenheit, mit der ein anderer den alltäglichen Widrigkeiten begegnet, und honorieren wir die Gewissenhaftigkeit, mit der ein Dritter seinen Geschäften nachgeht, dann drückt sich darin eine Wertschätzung aus, die sich auf dieses (und kein anderes) Konkrete einlässt und den Wert daraus zu begreifen sucht.

Es handelt sich um eine *durch Erfahrung geschärfte Urteilkraft*, die im Anschluss an Immanuel Kant (allerdings auch gegen die kantische Konzeption einer Ethik) die praktische Rationalität formt: „Ein Arzt daher, ein Richter, oder ein Staatskundiger, kann viele schöne pathologische, juristische oder politische Regeln im Kopfe haben, in dem Grade, dass er selbst darin gründlicher Lehrer werden kann, und wird dennoch in der Anwendung derselben leicht verstoßen, entweder, weil es ihm an natürlicher Urteilkraft (obgleich nicht am Verstande) mangelt, und er zwar das Allgemeine in abstracto einsehen, *aber* ob ein Fall in concreto darunter gehöre, nicht unterscheiden kann, oder auch darum, weil er nicht genug durch Beispiele und wirkliche Geschäfte“ belehrt wurde. Denn dieses ist nach Kant auch der Nutzen von Beispielen: „dass sie die Urteilkraft schärfen“ (Kant 1998, A 134/B173).

INDIVIDUALITÄT UND UNVERWECHSELBARKEIT

Wertschätzung wirkt korrigierend auf Entgleisungen, sie wirkt profilierend mit Blick auf die praktische Rationalität und sie wirkt *qualifizierend* auf das Gegenüber, das wertgeschätzt wird. Denn dieses Gegenüber wird nicht als ein Fall unter Fällen geschätzt, sondern in seiner konkreten Individualität. Die besonderen Leistungen von Arbeitern können mit Zulagen und zusätzlichem Urlaub honoriert werden, der Erfolg von Mitarbeitern einer Bank kann sich in

Boni niederschlagen, auch können die Lehrer einer Grundschule, die bei einem internationalen Leistungstest besonders gut abschneidet, in der Öffentlichkeit positiv herausgestellt werden. Doch sind dies alles Wertschätzungen? Sicherlich handelt es sich um Formen der Anerkennung, vielleicht auch um besondere Würdigungen von Reputation und Ansehen. Doch Wertschätzung in einem strikten Sinne zeichnet sich nicht dadurch aus, dass etwas an einem anderen gemessen und anschließend belohnt wird. Wertschätzung in einem prägnanten Sinne zeichnet sich vielmehr dadurch aus, dass das Gegenüber in seiner Unverwechselbarkeit geschätzt wird. Es besteht ein Unterschied zwischen der Anerkennung der herausragenden Leistungen eines Lehrers in seiner Klasse und der Wertschätzung, die dem Lehrer als Person von Eltern und Schülern entgegengebracht wird. Die Leistungen des Lehrers lassen sich *vermessen*, die Wertschätzung kann man nur *ermessen*.

AUSWEG AUS SACKGASSEN DER GEGENWART

Jenseits des Üblichen qualifiziert die Wertschätzung eine konkrete Unverwechselbarkeit ohne Maßstab. In einer Zeit, in der ohne quantifizierende Vermessung kaum etwas als gültig anerkannt wird, provoziert Wertschätzung und fällt aus dem Rahmen – so wie etwa auch folgender Hinweis von Hannah Arendt, der als weiterer Fingerzeig für die politische Funktion von Wertschätzung gelesen werden darf.

Wir haben uns – Arendt vermutet, seit den Zeiten von Karl Marx – daran gewöhnt, zwischen Interessen und Meinungen keinen Unterschied mehr zu machen. Wer eine Meinung äußert, gebe zugleich ein Interesse kund und umgekehrt. Gerade in einer kommunikativ aufgeheizten Zeit wie der unseren werden die Grenzen zwischen „Stimmung“ und „Meinung“ und zwischen „Meinung“ und „Interesse“ schwammig. Die Diskussionen um die Sprach- und Debattenkultur belegen dies deutlich und werden zu Recht geführt (Bermes 2019b). Gerade in diesem Rahmen ist Arendts Intervention und Erinnerung von Relevanz: „Interessen sind politisch nur als Gruppeninteressen von Bedeutung und für ihre Bereinigung genügt es, wenn ihr partieller Charakter, Teile eines Ganzen zu sein, gewahrt wird, so dass keines dieser Gruppeninteressen je herrschend werden kann, auch nicht als Interesse der Mehrheit. Meinungen dagegen können sinngemäß niemals die Meinungen von Gruppen, sondern immer nur von Einzelnen sein.“ In diesem Sinne ist für Arendt auch eine sogenannte „öffentliche Meinung in Wahrheit der Tod aller Meinungen und Meinungsbildung“ (Arendt 2019, S. 292, 294).

Dieser Hinweis Arendts scheint aus der Zeit gefallen, da modernes politisches Handeln ohne Demoskopie nicht mehr auszukommen scheint und Interessen mit Meinungen gleichgesetzt werden. Wir haben uns zu sehr an diese Indifferenz gewöhnt, und Arendts Erinnerung provoziert zu Recht.

Interessen kann man respektieren, und sie lassen sich ausgleichen; Meinungen können gewürdigt werden, und sie müssen sich bewähren. Und nichts ist wichtiger, als ressentimentgeladene Stimmungen von Meinungen zu scheiden. Wer zur Wertschätzung fähig ist, wird diese Unterscheidungen treffen können.

Mit der Wertschätzung wird die soziale Ordnung zu einem eigenen, nicht auf Wirtschaft oder Recht reduzierten, politischen Thema. Sie kann damit einen Ausweg markieren aus Sackgassen der Gegenwart. Jenseits von (interessengeleiteter) Identitätspolitik auf der einen Seite und (identitätsmotivierter) Interessenverwaltung auf der anderen Seite wird die Kategorie der Person als regulative Idee politischen Handelns wieder sichtbar.

Literatur

- Arendt, Hannah: Über die Revolution, 7. Aufl., Piper Verlag, München 2019.
- Aristoteles: Nikomachische Ethik, 4. Aufl., Felix Meiner Verlag, Hamburg 1985.
- Bermes, Christian (2019a): „Verbindlichkeit. Stärken einer schwachen Normativität“, in: Bauks, Michaela / Bermes, Christian / Schimmer, Thomas / Schneider, Jan / Steinicke, Marion (Hrsg.): Verbindlichkeit. Stärken einer schwachen Normativität, Transcript Verlag, Bielefeld 2019, S. 13–28.
- Ders. (2019b): Wandel der Sprach- und Debattenkultur. Verbindlichkeit – Artikulation, Meinung, Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2019.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: Phänomenologie des Geistes, Neuauflage, Felix Meiner Verlag, Hamburg 1988.
- Honneth, Axel: Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte, Suhrkamp, Frankfurt am Main 2012.
- Kant, Immanuel: Kritik der reinen Vernunft, nach der ersten und zweiten Originalausgabe hrsg. von Jens Timmermann, Felix Meiner Verlag, Hamburg 1998.
- Nietzsche, Friedrich: Nachgelassene Fragmente 1884–1885, hrsg. von Giorgio Colli und Mazzino Montinari, 2. Aufl., Kritische Studienausgabe 11, De Gruyter, Berlin / New York 1988.
- Scheler, Max: „Das Ressentiment im Aufbau der Moralen“, in: Maria Scheler (Hrsg.): Vom Umsturz der Werte. Gesammelte Werke, Bd. 3, 6. Aufl., Bouvier Verlag, Bonn 2007, S. 33–147.
- Taylor, Charles: Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung, S. Fischer Verlage, Frankfurt am Main 1993.

Zwischen Coolness und Corona

Von politischen Gefühlen und Gefühllosigkeiten

KERSTIN MARIA PAHL

Geboren 1984 in Frankfurt am Main,
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
am Max-Planck-Institut
für Bildungsforschung, Berlin.

Das Problem des amerikanischen Präsidenten Donald Trump, so verlautbarte CNN 2018, sei nicht die Intelligenz, sondern das Herz. Der britische *Guardian* urteilte im gleichen Jahr, das präsidentiale Weihnachtsbild, auf dem Trump

und Gattin etwas steif vor Christbäumen posieren, zeige eine „emotionale Taubheit“, die das Herz gefrieren lasse. Und im Hinblick auf das Management der Coronakrise hieß es – viel zitiert – in *Last Week Tonight*, dass es normalerweise unmöglich sei, eine solche „kaltschnäuzige Gleichgültigkeit gegenüber dem menschlichen Leben“ zu haben, wie Trump sie offenbare („it's impossible to have such a callous indifference to human life“). Kaum ein Politiker der

heutigen Zeit dürfte in diesen kurzen Abständen so oft mit dem Prädikat „kaltherzig“ bedacht worden sein wie Donald Trump – eine Kaltherzigkeit, die wie ein Brandbeschleuniger im politischen Diskurs wirkt.

Wärme und Kälte, Mitgefühl und Desinteresse – emotionale Frontlinien prägen die Politik ebenso wie fachliche, und das nicht erst heutzutage. Als die amerikanischen Demokraten im Jahr 1936 Franklin D. Roosevelt erneut als Präsidentschaftskandidaten nominierten, legte er anschließend in einer Rede sein Verständnis von Regierung dar. Sie sei die Verkörperung von Wohltätigkeit; nicht Privilegien sollten das Land bestimmen, sondern Glaube, Hoffnung, Nächstenliebe: „We seek not merely to make Government a mechanical implement, but to give it the vibrant personal character that is the very embodiment of human charity. [...] In the place of the palace of privilege we seek to build a temple out of faith and hope and charity.“ Selbstverständlich, fuhr Roosevelt fort, machten Regierungen Fehler. Doch Gott würde die Kaltblütigen und die Warmherzigen unterschiedlich wägen – und besser sei es, die Fehler einer mitfühlenden Obrigkeit hinzunehmen, als eine kalte, gleichgültige Staatsgewalt: „Better the occasional faults of a Government that lives in a spirit of charity than the consistent omissions of a Government frozen in the ice of its own indifference.“

Gefühllose Menschen, das schrieben bereits Denker der schottischen Aufklärung wie Francis Hutcheson (1694–1746) und Adam Smith (1723–1790), seien die provokantesten von allen. Gefühle, vor allem die Sympathie (heute wäre das die Empathie, ein erst später geprägtes Wort), erlaubten uns eine Verbindung zu anderen Menschen. In die Gefühl- und Empfindungslosigkeit anderer könnten wir dagegen nicht vordringen, notierte Smith in seiner *Theory of Moral Sentiments* von 1759. Ein kaltes Herz bliebe uns immer verschlossen, und diese durch den anderen empfundene Ausgrenzung unserer selbst treffe uns so hart, weil damit unsere grundsätzliche Ähnlichkeit als Menschen geleugnet werde. Gefühllosigkeit untergräbt die Vorstellung, dass Menschen miteinander und füreinander fühlen könnten, und damit den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft.

Doch eine Diagnose macht noch keine Tatsache. In historischer Perspektive zeigt sich, dass Kaltherzigkeit oft nicht von der politischen Agenda und dem Wunsch der Kontrolle anderer zu trennen ist. Oft dient ihr Vorwurf als Ausschlusskriterium und Selbstvergewisserung. Als in den 1830er-Jahren in England soziale Fragen besonders brisant wurden, als Arbeiter das Wahlrecht und bessere Arbeitsbedingungen forderten und die Städte durch die Landflucht verelendeten, wurde „insensibility“ zu einem Kampfbegriff: Fabrikbesitzer und Politiker galten als erbarmungslos, weil sie die unteren Klassen knechteten; Arbeiter und Straßenkinder seien durch Lebens- und Arbeitsbedingungen abgestumpft; Ärzte verhärteten durch das Übermaß an Krankheit und Trostlosigkeit und ließen die Armen sterben. An der imperialen Front gab es ähnliche Zuschreibungen. Die englischen Missionare in China

klagten, dass ihrem Unterfangen wenig Erfolg beschieden sei. Der Grund: die sogenannte „chinesische Apathie“, also die angebliche Unempfänglichkeit der Chinesen für religiöse oder tiefere zwischenmenschliche Gefühle.

Meist waren es die Gegner, die als verhärtet und gefühllos titulierte wurden. Gefühllosigkeit wurde zur wirksamen Anklage, mit der diese anderen als nicht der eigenen Gruppe zugehörig dargestellt werden konnten. Gefühle der langlebigen und verfeinerten Art – nicht die vulgären, kurzzeitig aufflammenden Affekte – galten als Ausweis von Gesellschaftsfähigkeit und Zivilisation. Chinesen, aber auch andere Gruppen wie Schwarze oder Sklaven, erschienen dadurch als weniger entwickelt, wenn nicht gar als weniger menschlich. Eine feine Trennlinie verlief dabei zwischen Gefühlskontrolle und Gefühlstilgung. Bestimmte Formen des verringerten Gefühlsausdrucks galten und gelten durchaus als besonders fortschrittlich: Gelassenheit, Selbstbeherrschung und Souveränität werden bei Führungspersonen geschätzt; Objektivität und Unvoreingenommenheit zeichnet(e) Wissenschaftler und Richter, auch Schiedsrichter, aus; die Coolness entwickelte sich Anfang des 20. Jahrhunderts in den marginalisierten Gruppen Amerikas, zunächst in der schwarzen Musik wie dem Jazz und dem Blues, dann in der Jugendbewegung der 1950er-Jahre als demonstrative Gleichgültigkeit gegenüber Verletzung, Demütigung und sozialem Ausschluss; die ungerührte Herablassung fand im Dandy und heute im Hipster ihre Anhänger. Dagegen stand die Abgestumpftheit der Soldaten, im 19. Jahrhundert besonders der preußischen und der russischen, die durch endlosen Drill zu menschlichen Automaten erzogen wurden.

GEFÜHLE ALS FORM DER MITBESTIMMUNG

Indem ein spezifischer emotionaler Habitus oder Stil von der Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen oder professionellen Gruppen kündigt, funktionieren Gefühle als Form der Teilhabe und der Teilnahme. Sie zeigen jemandes Platz und jemandes Beteiligung. Insofern sind Gefühle, insbesondere solidarische Gefühle, eine Form der gesellschaftlichen und politischen Mitbestimmung. In ihrer Äußerung und ihrer Häufung offenbaren sich die Bedeutung und die Wertschätzung von Menschen und Themen. Roosevelts Postulat, dass eine Regierung im Geiste der Nächstenliebe handeln solle, übertrug das Mitgefühl auf die Ebene exekutiver Politik. Der in Europa und besonders in Deutschland etablierte soziale Wohlfahrtsstaat institutionalisierte die Solidarität.

In der heutigen medialen Bekenntniskultur ist das Mitgefühl dabei zu einer verkürzten sprachlich-visuellen Formel geronnen: *#JeSuisCharlie* oder *#MeToo* signalisieren auf einen Blick, dass der Einzelne Anteil nimmt oder Ähnliches erlebt hat. Vor allem aber zeigt sich, dass durch diese Anteilnahme der Widerspruch zwischen Individuellem und Kollektivem aufgehoben ist.

Memes, Kombinationen aus Bildern und Schlagworten oder Motti, versinnbildlichen die Haltung, inklusive der emotionalen Haltung des Nutzers zu bestimmten Themen. Es gibt wissenschaftliche Hinweise, dass sich als ausdrücklich emotional wahrgenommene, expressive und zugespitzte Botschaften über das Internet besonders gut verbreiten. Die kurze Reaktionszeit, die durch diese Form der Gefühlsäußerung gegeben ist, gestattet sowohl eine schnelle Verbreitung als auch ein kurzfristiges Anschwellen. Letzteres verleiht einem Anliegen durch emotionale Fülle Gewicht, sodass wichtige und berechnete mit irrelevanten und illegitimen Sujets um eine Popularität kämpfen, die sich an der emotionalen Rückendeckung bemisst.

ACHTLOSIGKEIT ALS SELBSTAUSSCHLUSS

Gefühle sind dann akut, aber nicht notwendigerweise nachhaltig. Die allseits geschätzte Empathie wird hier ambivalent: Einfühlungsvermögen kann zu einer Überidentifikation mit der eigenen und damit zur starken Ablehnung der anderen Gruppe führen und folglich ihren Beitrag zur sozialen Zersplitterung leisten. Die besondere Krux der einfachen, sehr demokratischen und allen zugänglichen Selbstzuordnung qua Anteilnahme ist jedoch, dass sie Haltung und Handlung zunehmend entkoppelt. Oder besser gesagt: Die Haltung gilt bereits als Handlung. In dieser Verquickung von Geste und Tat erweist sich proklamierte Achtsamkeit als Eintrittskarte zum Gemein- oder Gruppenwesen und Achtlosigkeit als Selbstausschluss.

Achtsamkeit, das zeigt das aktuelle Beispiel der Corona-Pandemie, kann sich dabei auch durch Enthaltensamkeit beweisen. Die Aufforderungen, Sozialkontakte zu vermeiden, verbinden sich mit Appellen an den Gemeinsinn. Angela Merkel formulierte das am 11. März dieses Jahres so: „Da sind unsere Solidarität, unsere Vernunft, unser Herz füreinander schon auf eine Probe gestellt, von der ich mir wünsche, dass wir diese Probe auch bestehen.“ Auf Twitter lagen die Hashtags *#BleibtZuhause* und *#SocialDistancingNow* im Trend. Solidarität bedeutet, das öffentliche Leben weitgehend stillzulegen, Gemeinschaftsgeist und emotionale Nähe drücken sich nun in physischem Abstand, aber sozialer Verantwortlichkeit aus: Für jemanden einkaufen zu gehen, regelmäßige Telefonate, Sorge – gerade jetzt erweist sich Zugewandtheit als nicht von gemeinsamer körperlicher Anwesenheit abhängig. Auch Donald Trump hat seine ursprünglich abwehrende Haltung aufgegeben: „If everyone makes this change or these critical changes and sacrifices now, we will rally together as one nation and we will defeat the virus“ (16. März 2020). Die Wertschätzung der anderen und des menschlichen Lebens generell in Zeiten von Corona überbrückt damit, ganz unerwartet, eine gesellschaftliche Fragmentierung, die sich anhand unterschiedlicher emotionaler Resonanzen zu politischen Themen gebildet hatte.

Ich werde gesehen, also bin ich!

—
Das Internet als Identitätsmaschine

MARTIN ALTMAYER

Geboren 1948 in Völklingen (Saar),
Diplom-Psychologe, Supervisor (BdP),
Privatdozent für psychoanalytische
Psychologie, Mitglied der IARPP
(„International Association for Relational
Psychoanalysis and Psychotherapy“),
eigene paar- und familientherapeutische
Praxis in Frankfurt am Main, Autor
von Zeitungs- und Zeitschriften-
aufsätzen zur Anwendung einer
modernen Psychoanalyse auf Kultur
und Gesellschaft („PSYCHE“, „Forum
der Psychoanalyse“, „Frankfurter
Rundschau“, „taz“, „Der Spiegel“).

Woher wissen wir, dass wir überhaupt existieren? Der französische Philosoph René Descartes wollte diesen existenziellen Zweifel durch einsame Selbstvergewisserung ausräumen: „Ich denke, also bin ich!“ Das hirnorganische Zentrum unseres Selbst vermutete er in der Zirbeldrüse. Doch die Neurobiologie der folgenden Jahrhunderte fand diesen „Homunkulus“ im Kopf nicht. Warum? Weil es ihn nicht gibt, wie wir inzwischen wissen. In der dezentralen Architektur des Gehirns ist kein Platz für ein solches Zentrum. Unser Identitätsempfinden beruht vielmehr darauf, von anderen

Menschen wahrgenommen und als eigenes Wesen anerkannt zu werden. Das basale Gefühl des eigenen Selbst entsteht auf sozialem Wege, ursprünglich aus den anerkennenden Interaktionen des Kleinkinds mit seinen primären Bezugspersonen, im prozeduralen Gedächtnis als implizites Beziehungswissen gespeichert. Aus dem Du der Mutter (und des Vaters) wird das Ich des Kindes. Die cartesianische wird durch eine entwicklungspsychologische Identitätsformel ersetzt, die das werdende Selbst mit dem anderen verbindet: „Ich werde gesehen, also bin ich!“ An dieses frühkindliche Identitätsmuster – so meine Kernthese – können die interaktiven Medien mit ihrem Versprechen auf Sichtbarkeit und Resonanz andocken.

DIE VERNETZTE SEELE

Um den psychischen Untergrund der entfesselten Mediengesellschaft zu erforschen, sollten wir zunächst unsere klassisch-psychoanalytischen Theorien zur Entwicklung und Struktur des Seelenlebens überprüfen. Insbesondere der Mythos vom primär narzisstischen Säugling, der sich nur unter Triebnot in die reale Welt begibt, lässt sich im Licht neueren Wissens nicht aufrechterhalten. Der Mensch ist keine Monade, sondern von Beginn bis zum Ende seines Lebens existenziell auf andere Menschen angewiesen, vor allem auf emotionale Bindung und intersubjektive Anerkennung. Über Disziplinargrenzen hinweg ist das der gegenwärtige Stand der humanwissenschaftlichen Forschung.

Soziale Einbettung ist geradezu die Bedingung für Individuierung. Erst über die Verinnerlichung von Erfahrungen des Gehalten- und Versorgtwerdens, des Gesehen- und Gehörtwerdens, der intersubjektiven Spiegelung und Anerkennung – das heißt aus dem Zwischenmenschlichen – gewinnt das Individuum jenen Stoff, den es schließlich zur subjektiven Aneignung seiner Lebenswelt, zur Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und zur Formung seiner unverwechselbaren Identität verwendet. Ein Säugling bringt seine Bezogenheit bereits mit auf die Welt. Das Lächeln im Gesicht der Eltern, die ihn anschauen; die liebevolle Zuwendung der Menschen, die auf seine Bedürfnisse eingehen; das Interesse, das jemand zeigt, der mit ihm scherzt oder spielt; die Aufmerksamkeit, die andere ihm schenken; die Resonanz, die er von seiner primären Umwelt erfährt – die Summe solcher Beziehungserlebnisse gibt ihm eine erste Ahnung davon, wer er ist oder werden kann: Ich werde gesehen, also bin ich!

Die identitätsstiftende Urerfahrung, von anderen Menschen wahrgenommen und wertgeschätzt zu werden, machen sich die interaktiven Medien zunutze. Denn die interaktive Struktur digitaler Netzwerke passt ziemlich genau zur Netzwerkstruktur von Gehirn und Psyche, die von den modernen Humanwissenschaften nicht mehr als abgeschlossene Einheiten, sondern

buchstäblich als Beziehungsorgane begriffen werden. Damit erklärt sich die enorme Verbreitung und Attraktivität der Sozialmedien. Zumindest im Unbewussten der Nutzer spielen das Sichzeigen und Gesehenwerden sowie die darunter liegende Hoffnung auf Wertschätzung und Anerkennung eine entscheidende Rolle. Diesen Zusammenhang verkennt eine kulturpessimistische Modernekritik, die in der Massennutzung des Internet und seiner Derivate lieber einen psychosozialen Niedergang im Weltmaßstab zu erkennen meint. Wer jedoch stets nur Narzissmus, Exhibitionismus, Sucht, Flucht oder Regression am Werk sieht, dem entgeht ausgerechnet das Neue an der digitalen Moderne. Was aber ist neu daran und deshalb noch nicht verstanden?

IM SPIEGEL DES ANDEREN

Offenbar haben sich im digitalen Zeitalter die Reservate des medialen Narzissmus geöffnet. Gehörte es in früheren Zeiten zu den Privilegien der Reichen, Schönen und Mächtigen, sich im Licht der Öffentlichkeit zu sonnen, haben Vernetzung, Medialisierung und Digitalisierung der Alltagswelt inzwischen dafür gesorgt, dass das einstige Vorrecht gesellschaftlicher Eliten gewissermaßen demokratisiert worden ist. Auch für Blogger, Podcaster und Influencer gilt schließlich: Berühmt ist, wer erkannt wird! Nahezu jeder und jede kann heute die zahllosen Spiegel- und Echoräume der Kommunikationsgesellschaft nutzen, um seine Gedanken, seine Meinungen, seine Werke oder sich selbst einem hoffentlich interessierten Publikum zu präsentieren. Alle, die wollen und etwas zu bieten haben, können sich zeigen. Und sie bekommen Rückmeldungen, die in jedem Fall Resonanz bedeuten, ganz gleich, wie sie ausfallen mögen. Denn selbst negative Resonanz liefert Anerkennung, da sie beweist, dass man in seiner Existenz von anderen Menschen wahrgenommen wird.

Nehmen wir das Selfie, das schlichteste und zugleich erfolgreichste Produkt einer weltweit boomenden Ökonomie der Aufmerksamkeit: Auf Selfies sehen wir Menschen, wie sie sich selbst sehen möchten. So scheint es zumindest. In Wahrheit zeigen Selfies – gern auch als Doppel- oder Gruppenselfie mit Prominenz –, wie ihre Produzenten von anderen Menschen gesehen werden möchten. Denn die digitalen Selbstporträts sind nicht für das private Fotoalbum gedacht. Ins Internet gestellt, über Facebook oder Instagram an Freunde, Bekannte oder Unbekannte verschickt, sollen sie potenzielle Betrachter interessieren. Ingeheim – um nicht zu sagen: im Unbewussten – zielt das Selfie auf Resonanz, auf eine Spiegelung der eigenen Person, auf ein soziales Echo. Das per Smartphone in Sekundenschnelle aufgenommene, mit zwei, drei Klicks in die virtuelle Welt übertragene Selbstbild ist binnen weniger Jahre zur Massenware auf der breiten Angebotspalette eines „mental Kapitalismus“ geworden, auf dessen Märkten bekanntlich Selbstdarstellung

gegen Beachtung getauscht wird. Mit dem Selfie ruft man der Welt zu: Schaut her! Hier bin ich! So bin ich! Was haltet ihr davon? Wie findet ihr mich?

Die Klickraten, die Zahl der „Friends“, „Follower“, „Likes“ oder „Flames“, die Rückmeldungen auf Postings, die Kommentare zu Kommentaren, die Antworten in den Chatrooms, die Quoten des interaktiven Fernsehens mit all seinen Talk-, Quiz-, Game-, Koch-, Casting- und Realityshows, die zum Mitmachen einladen und das Sichzeigen schon im Namen tragen – aus dem Blickwinkel einer relationalen Psychoanalyse bedeuten die digitalen Feedbacks in den neuen Medien nichts anderes als soziale Resonanz durch ein virtuelles, reales oder imaginiertes Publikum. Insofern erfüllen sie dieselbe, zu Unrecht als bloß „narzisstisch“ denunzierte Funktion wie in der traditionellen Kulturszene die Auflage von Büchern, die Preise auf dem Kunstmarkt, die Einladung zu Ausstellungen, die Besucherzahl von Museen oder der Beifall des Theater-, Opern- und Konzertpublikums. Auch Schriftsteller, Maler oder Musiker brauchen am Ende ein Publikum in Gestalt von Lesern, Betrachtern oder Zuhörern: Es ist eben keineswegs nur das Werk, das den Meister lobt.

AUF DER SUCHE NACH RESONANZ

Die Moderne ist ständig in Bewegung. Hatte bereits die industrielle Revolution im Fabrikzeitalter nicht nur die Arbeitswelt, sondern auch die Lebenswelt und das Seelenleben der Menschen verändert, gilt das für die digitale Revolution im Informationskapitalismus umso mehr. Der Modernisierungsprozess reicht in die Weichteile entwickelter Gesellschaften hinein, bis in die Tiefenstrukturen der Psyche, die sich ebenfalls modernisiert. Sexuelle Befreiung, kulturelle Liberalisierung und gesellschaftliche Individualisierung haben im Verein mit partnerschaftlichen Erziehungsmethoden bereits dazu beigetragen, dass Kinder heute in freiheitlichen, weniger reglementierten, stärker an Selbstbestimmung orientierten und kommunikativ anspruchsvolleren Milieus aufwachsen als in vergangenen Zeiten. Die Entwicklungspsychologie spricht von einer „Modernisierung der Seele“ (Martin Dornes): das Es weniger triebhaft, das Ich weniger gepanzert, das Über-Ich weniger streng und die Beziehung zwischen psychischer und sozialer Realität offener als in vordigitalen Charakterformationen.

Mit dem Einzug der Kommunikationstechnologie in die persönliche Lebenswelt sind unsere Kontaktmöglichkeiten ins Grenzenlose gewachsen, sodass wir an (fast) jedem Ort und zu (fast) jeder Zeit mit anderen in Verbindung treten, uns exponieren und inszenieren können. Die Einladung auf die Schaubühnen und in die Spiegelkabinette der modernen Lebenswelt nimmt das zeitgenössische Selbst gern an. Das Sehen und Gesehenwerden ist zur Basis

eines zunehmend exzentrischen Sozialcharakters geworden, der ohne Hemmungen aus sich herausgeht, um der Welt zu zeigen, was alles in ihm steckt.

Früher wurden solche Schau- und Zeigebedürfnisse nur Kindern und pubertierenden Jugendlichen zugestanden, die ihnen im Lauf ihrer weiteren Sozialisation jedoch als regressiv, unreif oder ungehörig ausgetrieben wurden. Verleugnet, verdrängt oder auf andere Weise abgewehrt, durften die scheinbar voyeuristischen und narzisstischen Wünsche bestenfalls künstlerisch sublimiert oder irgendwie getarnt auf Befriedigung hoffen. Im Medienzeitalter kehren sie nun mit Macht in eine panoptische Lebenswelt zurück, wo sie gefördert und befriedigt werden. Doch hinter dem Massenbedürfnis nach sozialer Sichtbarkeit verbirgt sich ein elementares Verlangen nach Resonanz und Anerkennung. Zeitdiagnostisch könnte man sagen: Die Kinder der digitalen Moderne haben offenbar weniger Angst davor, überwacht als übersehen zu werden.

Dann aber sollten wir darauf vertrauen, dass jede Generation sich die Lebenswelt, die sie vorfindet, auf ihre besondere Weise aneignen muss – mit- samt all dem uns Unvertrauten, Ungewohnten, Unverstandenen und gerade deshalb so Befremdlichen. Genau darin liegt das Wesen des Generationenkonflikts, selbst in einer Welt, die allmählich zusammenwächst. Warum sollte das ausgerechnet der kosmopolitischen Internetgeneration nicht gelingen?

Auf der anderen Seite registrieren wir gerade in den liberalen Demokratien des Westens ein wachsendes Unbehagen an der Moderne, die ich mit dem nötigen Schuss an Geschichtsoptimismus den Geburtswehen der Globalisierung zurechnen möchte. Populistische Gegenströmungen wenden sich entschieden gegen den Pluralismus von Glaubensrichtungen, Alltagskulturen, Essgewohnheiten, Sexualpräferenzen und Lebensentwürfen. Ihrerseits auf der Suche nach Medienresonanz, pflegen sie demonstrativ ihre völkischen, weltanschaulichen oder religiösen Gewissheiten, indem sie sich lärmend gegenüber dem anderen als dem Fremden, Ungläubigen, Abtrünnigen, Verräter oder Feind abgrenzen und eigene Führungsfiguren erschaffen. Voller Selbstherrlichkeit und Bekennerdrang inszenieren sie sich als Retter des Vaterlands vor der Globalisierung, als Krieger des Guten gegen das Böse, als opferbereite Märtyrer für den wahren Glauben – wobei sie sich zugleich modernster Medienstrategien bedienen.

Das Internet ist zwar ein universelles, aber moralisch indifferentes Leitmedium, das für alle möglichen Zwecke tauglich scheint: eine virtuelle Identitätsmaschine, bei der es auf die tatsächlichen Motive und Absichten der Nutzer ankommt.

Der Text verdichtet Überlegungen aus meiner Publikation „Ich werde gesehen, also bin ich! Psychoanalyse und die neuen Medien“, Vandenhoeck & Ruprecht, Reihe „Psychodynamik kompakt“, 2019.

Gekommen, um zu gehen?

Das Verlangen türkischer Migranten nach Anerkennung

MUSA DELI

Geboren 1982 in Köln, Sozialpsychologe, Leiter Gesundheitszentrum für Migrantinnen und Migranten, PariSozial gemeinnützige GmbH, Köln.

Nach dem zwischen der Türkei und Deutschland geschlossenen Anwerbeabkommen von 1961 machten sich viele junge Frauen und Männer auf den Weg nach Deutschland, um für einige Jahre Geld zu verdienen und anschließend wieder in die Heimat zurückzukehren. Im Gepäck hatten sie den staatlichen Auftrag, ihr Heimatland angemessen zu repräsen-

tieren und sich in der Fremde vorbildlich zu verhalten, sodass ein gutes Licht auf die Türken und den türkischen Staat fallen sollte. Dies führte zu einer teilweise extremen Überangepasstheit und Ängstlichkeit insbesondere der ersten Generation. Zu seinen Lebzeiten ging mein Vater etwa nie über eine rote Ampel, nahm nie staatliche Hilfen in Anspruch, selbst wenn sie ihm zugestanden hätten. Der überwiegende Teil der einwandernden Menschen kam aus ländlichen Regionen der Türkei, sie waren in guter gesundheitlicher Verfassung und harte Arbeit gewohnt. In

Deutschland angekommen, mussten die Einwanderer zunächst eine als sehr erniedrigend empfundene Eingangsunter-suchung über sich ergehen lassen, in der die Menschen auf Krankheiten und Unge-zieher kontrolliert wurden, bevor sie „weiterverteilt“ wurden.

Die Unterbringung erfolgte zunächst in extra dafür eingerichteten Wohnheimen. Diese zeichneten sich durch wenig Wohnfläche für viele Menschen sowie durch gemeinschaftlich zu nutzende sanitäre Anlagen aus. Da diese Art der Unterbringung kostengünstig war, war sie zunächst sehr beliebt, bot sie doch die Möglichkeit, große Teile des Arbeitslohns zu sparen. Darüber hinaus war das gemeinschaftliche Wohnen für die allein eingereisten Arbeiterinnen und Arbeiter in den ersten Jahren eine Art Familienersatz. Viele damals entstandene Freundschaften existieren noch heute. Jeder hatte Eltern, Ehepartner oder sogar Kinder in der Heimat zurückgelassen, immer mit der Idee, einige Jahre „gutes Geld“ zu verdienen und dann in den Schoß der Familie zurückzukehren.

Auf Druck der Firmen, die die Gastarbeiter beschäftigten, wurde das zunächst angedachte Rotationsprinzip (Rückführung der Gastarbeiter nach zwei Jahren und Anwerbung neuer Arbeitskräfte) ausgesetzt und der Familienzuzug gesetzlich ermöglicht. Zunächst zaghaft wurden Familienmitglieder nach Deutschland geholt, Kinder jedoch häufig bei den Großeltern in der Türkei zurückgelassen und oft erst kurz vor Erreichen des achtzehnten Lebensjahres nach Deutschland geholt. Die ersten Jahre der Migration waren geprägt von familiären Kontakten auf große Distanz, Beziehungsabbrüchen, Trennungsschmerz und Heimweh. Kinder, die

in der Türkei geboren wurden, kamen nach Deutschland und lebten dann mit einem Vater zusammen, den sie überhaupt nicht kannten. Mein in der Türkei geborener Bruder hat unseren Vater in den ersten Jahren nicht als Vater anerkannt.

BINDUNGSSCHWIERIGKEITEN UNTER DEN GENERATIONEN

Diese (Beziehungs-)Brüche in den Biographien sorgen bis heute für große Bindungsschwierigkeiten auch in der zweiten und dritten Generation. Dies erlebe ich gegenwärtig in den Beratungen in unserem Gesundheitszentrum. In den Berichten von Menschen der zweiten Generation geht es immer wieder um Wut und Enttäuschung, um Anschuldigungen gegen die Eltern, die ihnen gegenüber jedoch nie formuliert wurden, da der geforderte Respekt gegenüber den Eltern dies nicht zuließ und zulässt. Durch Tod oder auch durch demenzielle Erkrankungen älterer Familienmitglieder vergeht die Chance, das Erlebte aufzuarbeiten und zu besprechen.

Auch nach der Familienzusammenführung blieben die Lebensumstände einfach. Die meist in kleinen Werkswohnungen untergebrachten Familien teilten sich weiterhin sanitäre Anlagen und beheizten ihre Wohnungen mit Kohleöfen, und dies sogar noch zu Zeiten, in denen vergleichbare deutsche Familien längst in Wohnungen mit Zentralheizung und eigenem Badezimmer mit fließend warmem Wasser lebten. Meine Kindheit war geprägt von Gängen in den Keller, um eimerweise Kohle zu holen, einem Badetag einmal in der Woche (das Wasser wurde in einer großen Kanne auf dem Ofen warm gemacht),

wobei ich als jüngstes Familienmitglied immer als Letzter ins gerade noch lauwar-me Wasser gesetzt wurde. Die ganze Familie, inzwischen auf fünf Personen angewachsen, teilte sich ein Doppelbett. Für Kinderzimmer war in der Zweiraumwohnung kein Platz, ganz zu schweigen von einem Arbeitsplatz für die Erledigung der Hausaufgaben. Ich war bereits Teenager, als wir Mitte der 1990er-Jahre eine etwas größere Dreizimmerwohnung bezogen. Am Tag des Einzugs durften wir alle in eigenem Badewasser baden, und die größte Freude waren die Heizkörper in jedem Zimmer, die man einfach nur aufzudrehen brauchte, und schon wurde die Wohnung wohligh warm.

Im Vergleich zu ihren Klassenkameraden wuchsen die Kinder der ersten Gastarbeiter in sehr einfachen Verhältnissen auf. Der Besuch des Kindergartens war von meinen Eltern aus Unkenntnis des Systems gar nicht in Erwägung gezogen worden, und zu damaliger Zeit gab es diesbezüglich keine Empfehlungen der Stadt. So kam ich in die Schule und sprach praktisch kein Wort Deutsch.

FLUCHT VOR DEM STIGMA „SONDERSCHULE“

Viele Kinder der ersten Generation wurden aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse zurück in die Vorschule geschickt. Ängste und Unkenntnis der Eltern führten auch dazu, dass Kindergeburtstage nicht gefeiert wurden und die Kinder der Einwandererfamilien aus der Türkei meist nicht mit auf Klassenfahrt fuhren. Bildungsbiographien wurden entscheidend geprägt von sprachlichen Barrieren und

Unkenntnis des Systems auf der einen und Ressentiments sowie fehlender Kultursensibilität auf der anderen Seite. So wurde ich mit einer Empfehlung für das Gymnasium von meinen Eltern auf der nahe gelegenen Hauptschule angemeldet, weil dort auch alle Kinder aus der Nachbarschaft angemeldet wurden.

Überdurchschnittlich häufig wurden bei den Kindern der ersten und zum Teil auch noch der zweiten Generation Verfahren auf Überprüfung von sonderpädagogischem Förderbedarf eröffnet, weil es keine brauchbaren Ansätze gab, dem sprachlich begründeten Lerndefizit mit anderen Fördermaßnahmen zu begegnen. Nicht selten reagierten und reagieren Familien mit Flucht auf die Beschulung an einer Förderschule. Die Kinder wurden und werden in die Türkei zu dort lebenden Verwandten geschickt, um das Stigma „Sonderschule“ zu umgehen – unter Inkaufnahme erneuter Beziehungsbrüche und einer Entwurzelung mit den bereits erwähnten Folgen.

Unabhängigen Studien zufolge werden Kinder mit einem Migrationshintergrund schlechter benotet und erreichen in der Folge schlechtere Schulabschlüsse als ihre deutschsprachigen Mitschüler. Auch bei der späteren Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche müssen Menschen mit Migrationshintergrund deutlich mehr Bewerbungen schreiben, bis sie erfolgreich in Lohn und Brot stehen. Diese Erfahrungen von Chancenungleichheit und Diskriminierung führen zu Frustrationen und Gegenwehr.

Hinzu kam die fehlende Wertschätzung der Eltern für schulischen Erfolg und die ständige Forderung von Hilfestellungen zur Kompensation eigener sprachlicher Defizite. So mussten die Kinder der

Migranten der ersten Generation häufig als Übersetzer dienen, sei es bei Arztterminen, Behördengängen oder auch bei dem eigenen Elternsprechtag. Dies bedeutete eine oft auch emotional überfordernde Aufgabe für die Kinder und eine Vertauschung der Rollen. Kinder hatten in erster Linie zu funktionieren. In der zweiten Generation begegnen uns, auch daraus resultierend, überdurchschnittlich häufig Suchtproblematiken, Brüche in der beruflichen Biographie sowie massive Beziehungsproblematiken.

ZUNEHMEND UNSELBSTSTÄNDIGE MENSCHEN

Diese Sozialisationserfahrungen wirkten sich auf das Erziehungsverhalten der zweiten Generation aus: Die allgemein zu beobachtende Tendenz zur Überbehütung etwa von „Helikoptereltern“ potenziert sich oft im Erziehungsverhalten der zweiten Generation der Migranten. Die selbst erlebten Entbehrungen führen zu der Einstellung, dass es die eigenen Kinder besser haben sollen. Es werden keine Kosten und Mühen gescheut, und Wünsche werden sofort erfüllt. Die Ausstattung mit Spielkonsolen und Smartphones bereits im Grundschulalter gilt als obligat und benötigt keinen besonderen Anlass. Geburtstage werden mit hohem finanziellem Aufwand gefeiert. Zum Sport, in die Schule oder zu anderen Aktivitäten werden die Kinder mit dem Auto gebracht, auch wenn der fußläufige Weg kürzer wäre. Den Kindern soll es an nichts fehlen.

Auf diese Art und Weise wird das Erlernen wichtiger Schlüsselkompetenzen – wie etwa das Aushalten eines Belohnungs-

aufschubs, also Durchhaltevermögen – deutlich erschwert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht. Das Ergebnis sind zunehmend unselbstständigere und darüber hinaus egoistische Menschen, die nicht in der Lage sind, ihr eigenes Leben selbstverantwortlich zu führen. Insbesondere bei männlichen Jugendlichen der dritten Generation lässt sich eine Haltung erkennen, die diese Erziehungs- und Sozialisationserfahrungen widerspiegelt. Gruppen junger Türken entwickeln ihren eigenen Habitus, fühlen sich ihrer Gleichaltrigengruppe verbunden, innerhalb derer sie sich gegen ihre übergriffigen, überbehütenden Eltern und ein wenig wertschätzendes gesellschaftliches System formieren. Unfähig (oder unwillig), für das eigene Handeln und für die eigene Biographie Verantwortung zu übernehmen, und nicht realisierend, dass der Lebensstil, den die Eltern eingeführt und (teilweise auf Pump) finanziert haben, sich nicht durch „Nichtstun“ finanzieren lässt.

Das Erleben von Zugehörigkeit ist ein wesentliches menschliches Grundbedürfnis. Dieses Gefühl stellt sich jedoch nicht ein, wenn man aufgrund seiner Herkunft Nachteile erfährt. Auf diesem Nährboden entwickeln sich Sympathien, zum Beispiel für den türkischen Staatschef, der sein Wort immer auch an die in der Migration lebenden Türken richtet. Es entsteht ein Teufelskreis, da diese Gruppen durch ihr Verhalten und ihre unreflektierte Verehrung des türkischen Staatschefs eher auf gesellschaftlichen Unmut treffen und dadurch bewusst oder unbewusst zu ihrer gesellschaftlichen Desintegration beitragen. Der eigene Beitrag zur Desintegration wird nicht reflektiert; vielmehr richtet man sich in seiner Opferrolle ein und kann auf diese Weise die eigenen

Handlungsmöglichkeiten und die eigene Verantwortung komplett ausblenden. Vor diesem Hintergrund haben auch radikale Gruppen, wie zum Beispiel der Islamische Staat (IS), ein zu leichtes Spiel beim Anwerben neuer Kämpfer.

Allerdings soll an dieser Stelle betont werden, dass diesen Biographien eine Vielzahl von Geschichten gelungener Integration gegenübersteht: Familien der zweiten Generation, die gesellschaftlich etabliert und finanziell gut situiert ihre Position gefunden haben, Kinder und Jugendliche, die immer bessere Bildungsabschlüsse erreichen. Es ist notwendig, den gesellschaftlichen Fokus wieder mehr auf die Dinge zu richten, die gut funktionieren.

DIE ATTRAKTIVITÄT ERDOĞANS

Das Gefühl der Ablehnung beziehungsweise der Nichtzugehörigkeit führt jedoch auch in der gut etablierten zweiten Generation immer öfter dazu, dass Ressentiments gegenüber Recep Tayyip Erdoğan abnehmen und über einen Rückzug in die Türkei nachgedacht wird.

Betrachtet man nun die Geschichten der Migranten der ersten, zweiten und dritten Generation, stellt sich die Frage, welche Form der Unterstützung notwendig und sinnvoll beziehungsweise welche politische und gesellschaftliche (Re-)Aktion wünschenswert wäre. Fragt man die

Migranten selbst, so kristallisiert sich der Wunsch heraus, ein deutliches Signal der Anerkennung und ein Zugeständnis der Zugehörigkeit vonseiten der Politik zu erhalten, sei es als Teil einer Ansprache oder aber in Form klarer Handlungsansätze und von Stellungnahmen, etwa bei der Aufklärung von Taten mit rechtsradikalem Hintergrund wie den NSU-Morden oder dem jüngsten Attentat von Hanau.

Darüber hinaus könnte man der ersten Generation, die ihr ganzes Leben hart für die deutsche Wirtschaft gearbeitet hat, den Lebensabend in Deutschland deutlich erleichtern und überdies auch Wertschätzung entgegenbringen, wenn es mehr kultursensible Angebote gäbe. Wünschenswert wäre es, diese Menschen aus ihrer Bringschuld – zum Beispiel das bessere Erlernen der deutschen Sprache – zu entlassen und dafür muttersprachliche Beratung anzubieten, da ältere Menschen die zweiterlernte Sprache im Alter oder etwa bedingt durch eine demenzielle Entwicklung wieder verlernen.

Des Weiteren wird das Erstarken rechter Parteien von Migranten mit großer Sorge beobachtet, spiegelt doch eine im zweistelligen Bereich liegende Zustimmung zur Alternative für Deutschland (AfD) eine gesellschaftliche Haltung wider, die wenig Raum lässt für kulturelle Vielfalt und ein friedliches Miteinander. Dabei ist der Wunsch nach Anerkennung und Akzeptanz mit allem, was wir an Kultur und Religion mitbringen, sehr groß.

Sagen, was geht und was nicht geht

Über Bürgernähe in der Coronakrise, die Neubegründung von Vertrauen und die Bedeutung des direkten Gesprächs

MICHAEL KRETSCHMER

Geboren 1975 in Görlitz, seit 2017 Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Sachsen, seit 2017 Ministerpräsident des Freistaates Sachsen.

Herr Ministerpräsident, in der Coronakrise werden die vermeintlich Unscheinbaren, die die sonst selbstverständlichen Dinge des Alltags erledigen, bisweilen schon zu Superhelden erklärt – beispielsweise Pflegerinnen und Pfleger, Kassiererinnen und Kassierer. Könnte die Krise, wenigstens

die Wertschätzung von „Normalmenschen“ betreffend, am Ende auch etwas Heilsames haben?

Michael Kretschmer: Wenn diese Krise etwas Gutes hat, dann, dass wir eine unglaubliche Solidarität erleben. Dass wir überall spüren, dass Menschen sich nicht unterkriegen lassen und zusammenstehen. Und die für uns alle schwierige Situation hat sicherlich auch dazu beigetragen, dass viele noch einmal genauer hinschauen und mitbekommen, was für eine verantwortungsvolle und wichtige Arbeit an



Foto: © Sächsische Staatskanzlei | Maik Gärber

vielen Stellen bei uns im Land geleistet wird – nicht zuletzt auch in Pflegeheimen und Supermärkten. All diese Frauen und Männer verdienen zu Recht unseren Respekt und unsere Dankbarkeit. Das darf sich aber nicht auf besondere Zeiten, auf diese besondere Situation beschränken. Wir müssen uns auch daran erinnern, wenn die Krise eines Tages vorbei ist.

Sie haben die CDU in Sachsen einmal als „Stimme der kleinen Leute“ bezeichnet. Was meinen Sie damit?

Michael Kretschmer: Wir müssen weiter diejenigen sein, die dicht dran sind an den Themen, die die Menschen bewegen. Die CDU steht für Verlässlichkeit, für eine kluge und vernünftige Politik. Für uns ist klar, dass für unseren Wohlstand und unsere Zukunft eine gute Wirtschaftspolitik

die Basis ist. Und natürlich haben wir immer auch diejenigen im Blick, die unseren Wohlstand erarbeiten und die überall in unserem Land an ganz verschiedenen Stellen daran mitwirken, dass es läuft.

Für die Nähe zum Nächsten gilt unter Pandemiebedingungen ein Mindestabstand von eineinhalb Metern. Distanzwahrung entscheidet im Extremfall über Leben und Tod. Wie ordnen Sie diese irritierende Erfahrung ein – auch als Führungsfigur einer politischen Kraft, die, wo es geht, gesellschaftliche Distanzen zu überbrücken sucht?

Michael Kretschmer: Tatsächlich ist Nähe im Moment erschwert bis unmöglich, jedenfalls, wenn man die Nähe mit dem Zollstock misst. Das ist durchaus

gewöhnungsbedürftig. Und doch ist Nähe auch in solchen Extremzeiten wie jetzt möglich. Das haben wir inzwischen ja auch gelernt. Denken Sie an die Menschen, die für andere da waren und noch sind. An die vielen Helferinnen und Helfer, die für Ältere und Kranke Einkäufe erledigen. Oder an jene, die andere mit kleinen Konzerten im Netz oder direkt vor dem Seniorenheim erfreut haben, die losgelegt und Mundschutzmasken genäht haben. Was für eine große Kraft, was für eine Solidarität, was für ein Bürgersinn. All das macht uns reicher. Wenn wir auf Distanz gehen, dann ja tatsächlich nur räumlich. Wir haben erlebt und erleben es noch, wie sehr uns ein solches Ereignis als Gemeinschaft zusammenbringt und zusammenschweißt.

Soziologen sprechen von „Inselgesellschaft“ oder beklagen, dass sich die Substanz der Gesellschaft „granular“ zerbröselt habe. Birgt die Krise, in der sich jeder notgedrungen in die eigenen Räume zurückzieht, eine dystopische Vorstellung von dem, was kommen könnte?

Michael Kretschmer: Wir haben uns zurückgezogen, direkte Kontakte sind eingeschränkt. Notgedrungen ist das so. Das wird uns immer wieder aufs Neue bewusst. Und damit müssen wir leben und umgehen. Vielleicht ist das aber auch eine Chance. Vielleicht hilft das dabei, neu zu entdecken und zu erkennen, was wichtig ist im Leben. Was das Leben reicher macht. In Zeiten wie diesen zeigt sich auch, wer Charakter hat. Es gibt einige wenige, die sich unsolidarisch verhalten. Leute, die in der Not vor allem an sich denken. Dann sind da aber eben auch die vielen Menschen, die sich solidarisch zeigen. Die was

auf die Beine stellen, um anderen beizustehen und zu helfen. Diese besondere Erfahrung, dass aus einer Krise auch etwas Gutes erwachsen kann, dass Nähe und Zusammenhalt möglich ist trotz notwendiger Auflagen und Einschränkungen in unserem Alltag, die wird bleiben. Diese Erinnerung wird prägend sein und uns als Gesellschaft stärker machen. Diese positive Erfahrung und Erinnerung wird in unserem kollektiven Gedächtnis verankert bleiben.

Die digitale Kommunikation erlebt aktuell einen weiteren Boom. Sie haben nicht allein im sächsischen Wahlkampf auf eine bodenständige Form der Ansprache gesetzt – nämlich auf die persönliche Begegnung in unzähligen Bürgergesprächen. Können Sie uns erklären, warum Sie diesen „Bürgerkampf“ auf sich genommen haben?

Michael Kretschmer: Die persönliche Begegnung, der Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern, ist für mich, ist für mein Handeln sehr wichtig. Für mich war von Anfang an klar, dass es nur so gelingen kann, Vertrauen neu zu begründen. Am Anfang habe ich mitunter große Skepsis erlebt. Inzwischen stelle ich fest, dass Vertrauen gewachsen ist. Es ist ja nicht so, dass nach den Bürgerdialogveranstaltungen alle meiner Meinung sind, darum geht es auch nicht. Aber ich habe schon viel erreicht, wenn die Leute merken, da ist jemand, der nimmt mich wirklich ernst.

Und die Menschen honorieren, dass wir als Regierung kontinuierlich in ganz Sachsen unterwegs und im Gespräch sind – ob in der Großstadt oder im Dorfkrug. Dass wir auf das eingehen, was die

Bürgerinnen und Bürger bewegt. Dass wir Veränderungen in Angriff genommen haben. Vieles von dem, was in den Bürgergesprächen zur Sprache gekommen ist, hat Niederschlag in unserem Regierungshandeln gefunden.

Direkte Bürgerdialoge mit ein paar Dutzend oder sogar einigen Hundert Teilnehmern sind derzeit nicht möglich. Deshalb machen wir das Beste daraus, indem wir verstärkt auf andere Formate setzen, auf Hörerforen im Radio etwa oder den Austausch via Facebook-Livestream. Das ist in Ordnung und funktioniert. Aber ersetzen kann es das direkte Gespräch im Dorfgasthof oder im Kulturhaus natürlich nicht. Aber auch das wird bald wieder möglich sein.

Sie gewinnen dadurch, wie Sie sagen, „ein klares Meinungsbild von dem, was die Leute denken“. Warum reichen demoskopische Studien nicht?

Michael Kretschmer: Demoskopische Studien sind durchaus hilfreich, um zu wissen, wo man ungefähr steht. Aber man wäre nicht gut beraten, sich in der Politik nur darauf zu stützen. Für ein umfassendes Meinungsbild ist der Kontakt zu den Menschen entscheidend. Was den Leuten auf den Nägeln brennt, erfährt man nur, wenn man direkt mit ihnen spricht. Was in einer bestimmten Region ein Riesenthema ist und die Leute umtreibt, kann in einem anderen Ort, in einer anderen Gegend ganz anders sein. Ich kann noch so viele Umfragen und Analysen studieren: Wenn ich wissen will, warum die Leute in einem Ort sauer sind und mit bestimmten politischen Entscheidungen hadern, ist es am besten, dorthin zu fahren und es herauszufinden.

Sie haben gesagt, Sie hätten „Millionen von Einwohnern neu kennengelernt“. Was war das Neue, was Sie zuvor nicht kannten?

Michael Kretschmer: Zunächst einmal habe ich viele neue Regionen und Orte entdeckt und kennengelernt, die ich vorher nicht kannte. Und ich habe mitbekommen, dass die Dinge, die die Leute beschäftigen, tatsächlich von Ort zu Ort ganz unterschiedlich sein können und es auch sind. Es ist erstaunlicherweise oft gerade nicht die große Politik, wie das Thema Asyl. Stattdessen geht es in dem einen Ort um eine Abwasserleitung und die Busverbindung, im nächsten um die Kita oder fehlende Fachkräfte für das Pflegeheim. Mich hat beeindruckt bei meinen vielen Gesprächen, wie verbunden die Menschen mit ihrer Heimat sind. Wie sie sich dafür einsetzen, dass sich Dinge im Sinne ihrer Gemeinschaft weiter verbessern.

Ich habe außerdem die Erfahrung gemacht, dass das direkte Gespräch häufig der einzige Weg ist, um gegen krude Dinge, die im Netz kursieren, gegen manche Vorurteile, Halbwahrheiten und Fake News anzukommen.

Wie stellt man es an, dass diese Begegnungen nicht wie Gunsterweise von oben erscheinen?

Michael Kretschmer: Die Leute haben ein ganz gutes Gespür dafür, ob da jemand ist, der sich wirklich für das interessiert, was sie sagen. Ob man wirklich auf Augenhöhe mit den Menschen spricht. Umgekehrt bin ich froh, dass da regelmäßig so viele interessierte und selbstbewusste Leute kommen. Bürgerinnen und

Bürger, die sich für ihr Gemeinwesen interessieren. Das ist eine wirklich Mut machende und sehr gute Entwicklung. Wenn an einem Freitagabend in einem kleineren Ort der Saal rappelvoll ist, dann bin ich froh und sehr dankbar. Die hätten ja auch zu Hause gemütlich auf dem Sofa bleiben können nach einer anstrengenden Arbeitswoche.

Teils sind Sie beharkt worden, als sei ein Politiker das personifizierte Böse. Wie und warum redet man mit Leuten, die einen anschreien?

Michael Kretschmer: Miteinander zu reden, sich auszutauschen, ist wichtig für eine lebendige Demokratie. Das ist mein Verständnis von Politik. Ich habe viele anregende Gespräche und lebhafte Debatten erlebt. Nicht selten hart in der Sache, aber bis auf wenige Ausnahmen immer freundlich im Ton. Das funktioniert.

Allerdings sage ich sehr klar „Bis hierher und nicht weiter!“, wenn jemand gegen andere Menschen hetzt, wenn jemand Gewalt gegen Andersdenkende, Andersgläubige oder auch Repräsentanten demokratischer Institutionen rechtfertigt.

Sie stehen für eine glasklare Abgrenzung von der AfD; aber ihre Wähler wollen Sie nicht aufgeben. Die meisten halten Sie für erreichbar. Was macht Sie da so sicher?

Michael Kretschmer: Wir erleben, wie abschätzig Abgeordnete und führende Funktionäre der AfD in den Landtagen und im Bundestag über Demokratie und Freiheit reden, wie sie über Grundwerte und Vertreter anderer Parteien herziehen. Die AfD ist europafeindlich, sie verdreht

die deutsche Geschichte, sie ist in Teilen rechtsextremistisch. Funktionäre mit Macht und Einfluss spalten die Gesellschaft, sie grenzen aus, schüren Ängste. Immer mehr Menschen sehen, dass diese Partei unserem Land schadet. Es muss darum gehen, zusammenzuführen und einen Ausgleich zu suchen. Das ist der richtige Weg. Das ist auch der Weg, für den ich und für den die CDU steht.

Die dichteste Nähe zum Volk versprechen Populisten, betrachten sich sogar als Verkörperung des Volkswillens. Wie setzt sich Ihre Art der Bürgernähe davon ab? Wie viel Nähe suchen Sie, wie viel Distanz wahren Sie?

Michael Kretschmer: Es ist absurd, wenn ausgerechnet Leute, die andere ausgrenzen und Ressentiments schüren und die deutlich machen, wie sehr sie die Demokratie verachten, dann auch noch behaupten, sie sprächen im Namen des Volkes. Das dürfen wir nicht stehen lassen. Wir sollten klar und wach sein und dagegehalten, wenn Grenzen überschritten werden und zu Hass und Gewalt aufgerufen wird.

Für mich ist ein respektvoller gegenseitiger Umgang die Grundlage. Ich will überzeugen. Aber ich will niemanden vereinnahmen oder bekehren. Mir ist dabei auch immer wichtig, deutlich zu sagen, was geht und was aus bestimmten Gründen nicht umsetzbar ist. Weil es dafür beispielsweise keine politischen Mehrheiten gibt oder weil dafür schlicht das Geld fehlt. Auf der anderen Seite lerne ich auch unglaublich viel und nehme eine Menge mit aus den Bürgergesprächen. Mir geht es um den Zusammenhalt in unserem Land. Mir geht es darum, dass wir uns gut für die Zukunft aufstellen.

Sie haben Sachsen bis „in den hintersten Winkel“ bereist – auch dahin, wo Wahlkampfstrategen vielleicht wenig „Relevanz“ vermutet hätten. Warum halten Sie die „Fläche“ für so wichtig?

Michael Kretschmer: Mir geht es darum, die Vorteile der Metropolen und die Vorteile der Regionen in Sachsen miteinander zu verbinden. Der ländliche Raum ist ein großes Kraftreservoir und kann mit einer hervorragenden Lebensqualität punkten. Etwa die Hälfte der Sachsen lebt hier, und ein Großteil der Unternehmen und Arbeitsplätze ist hier angesiedelt. Wir unterstützen den ländlichen Raum ganz gezielt, weil sich gerade hier ganz neue Zukunftschancen eröffnen. Die Schwarzmalerei gegen den ländlichen Raum hat mit dem Lebensgefühl der Menschen vor Ort wenig gemein.

Sieht man von Berlin aus immer auch die „Fläche“? Oder gibt es dort bisweilen eine selbstzentrierte Wahrnehmung?

Michael Kretschmer: Wir sehen gerade, wie eng Bund, Länder und Kommunen in der Krise zusammenarbeiten und zusammenhalten. Und wie schnell viele Dinge auf die Beine gestellt worden sind, damit Deutschland möglichst gut durch diese Krise kommt. Das ist großartig. Ich wünsche mir, dass wir von diesem Geist etwas in die Nach-Corona-Zeit mit hinübernehmen können. Ich wünsche mir die Bereitschaft, außerhalb bestehender Kategorien zu denken. Wir brauchen gerade bei der Gestaltung des Wandels in den Braun-

kohleregionen wie der Lausitz oder dem mitteldeutschen Revier eine Planungsbeschleunigung und eine gute Infrastruktur. Wir müssen es schaffen, schneller zu werden, um die Zukunft nicht zu verspielen.

Nach der hoffentlich bald weniger akuten Coronakrise: Was sind für Sie die entscheidenden Punkte, wenn sich die CDU Deutschlands für die Zukunft neu aufstellt?

Michael Kretschmer: Meine Haltung war schon immer: Wir sollten im Dezember auf dem regulären Parteitag die Entscheidung über einen neuen Parteivorsitzenden treffen. Es ist wichtig, dass die gesamte Partei nach der Wahl geschlossen hinter dem neuen Vorsitzenden steht. Anschließend reden wir mit der CSU über einen Kanzlerkandidaten und gehen als Mannschaft in den Bundestagswahlkampf 2021. Und unabhängig von Personalfragen müssen wir klare Impulse setzen, damit Deutschland nach dem Ende der Krise wirtschaftlich durchstarten kann. Wir brauchen ein Investitionsprogramm für Forschung und Entwicklung, die Infrastruktur und Zukunftstechnologien. Und wir brauchen ein Innovationsprogramm, damit sich die deutsche Industrie und ihre Schlüsselbranchen schnell von der Krise erholen. Wenn wir die Weichen richtig stellen, kann Deutschland der Motor für die wirtschaftliche Erholung in ganz Europa sein.

Die Fragen stellte Bernd Löhmann am 7. April 2020.

Wir alle!?

Zum Problem der Vereinnahmung in öffentlicher Kommunikation

ALEXANDER DEEG

Geboren 1972 in Rehau
(Oberfranken), Professor für
Praktische Theologie, Theologische
Fakultät der Universität Leipzig.

Am 18. März 2020 wandte sich Angela Merkel zum ersten Mal in ihrer Kanzlerschaft jenseits des Silvesterabends in einer Fernsehansprache an die Bevölkerung. Gegen Ende dieser eindrucksvollen Rede sagte sie: „Es kommt ohne

Ausnahme auf jeden Einzelnen und damit auf uns alle an.“

Dieser Beitrag entstand kurz danach inmitten der Coronakrise – einer Zeit, in der deutlich wird, wie unterschiedlich ein *Wir* im öffentlichen Raum gebraucht werden kann: als Versuch, die Gesellschaft der vielen Individuen mit ihren partikularen Interessen zu einer Gemeinschaft der verantwortungsvoll und solidarisch Handelnden zu formen wie bei Angela Merkel – oder als Versuch, die „Wir-gegen-die-anderen-Rhetorik“ aufrechtzuerhalten, wie etwa bei Donald Trump, der von einem „ausländischen Virus“ („foreign virus“) spricht und „die anderen“ für dessen Verbreitung verantwortlich macht. Die Coronakrise markiert eine in jeder Hinsicht herausfordernde Situation – auch, um über das *Wir* in der öffentlichen Rede nachzudenken, das unverzichtbar ist und zugleich hoch problematisch, weil es gegen seine Intention auf paradoxe Weise das Gegenteil des Intendierten erreichen kann.

Jede Gesellschaft lebt davon, *Wir* sagen zu können. Und selbstverständlich leben auch Kirchen von einem *Wir*, weswegen uns die erste Person

Plural in vielen Predigten und geistlichen Worten begegnet. Predigende sind häufige „Wir-Sager“, und das „Wir alle ...“ gehört zum typischen Predigtsound, zum kirchlichen Soziolekt, zur Konvention der Kanzelrede – wie es Otto Waalkes in seinem Klassiker „Wort zum Montag“, entstanden vor mehr als vierzig Jahren, bis heute gültig zeigt.¹ „Kirchensprech“ sagen manche dazu; es klinge „churchy“, sagen andere. Die Intention aber ist klar: Es soll Nähe hergestellt, eine Gemeinschaft der Hörenden mit dem Redner konstituiert, durch die Einbeziehung in die erste Person Plural Wertschätzung, Empathie und das Gefühl vermittelt werden, gemeinsam auf der richtigen Seite zu stehen.

PARADOXIE DER KOMMUNIKATION

Doch diese rhetorische Strategie kann nach hinten losgehen. Sobald jemand behauptet, *wir alle* würden etwas wissen oder kennen, würden uns moralisch an einer bestimmten Maxime ausrichten oder auf ein gemeinsames Ziel zugehen, werden viele Hörende skeptisch und gehen auf Distanz. Ausgelöst wird dann nicht eine Identifikation mit dem Gesagten, sondern vielmehr eine Reflexionsschleife zur inneren Klärung der Frage, ob es denn stimmt, was da gerade von *mir* behauptet wird. Wenn die Antwort „Nein“ lautet, bringt das *Wir alle* statt intendierter Nähe maximale Distanzierung hervor. Als besonders anfällig für eine paradox gegenteilige Wirkung erweist sich das *Wir* dann, wenn mit ihm eine bestimmte moralische Position verbunden und den Hörenden auf (subtile, aber durchschaubare) Weise nahegelegt wird. „Wir müssen ein Herz haben für ...“, „Wir dürfen Schritte tun, um ...“ – solche Sätze sind faktisch Imperative, die sich aber in der ersten Person Plural verstecken, anstatt in der zweiten Person Plural direkt adressiert zu werden. Die erste Person Plural wird im schlimmsten Fall als mehr oder weniger plumpe Überwältigungsrhetorik entlarvt. Der Literaturwissenschaftler Albrecht Koschorke schreibt: „Nicht nur Exklusion, auch Inklusion ist eine potentiell gewalttätige Operation; sie unterdrückt innere Differenzen und erzwingt die Ausrichtung an gemeinsamen Normen.“² Das *Wir* erweist sich rhetorisch vielfach als hochgradig dysfunktional, weil es das Gegenteil des Intendierten hervorbringt.

Gleichzeitig ergibt sich aus dem *Wir (alle)* nicht selten implizit oder explizit eine Rhetorik der Abgrenzung gegenüber anderen. In Predigten kann die *Wir alle*-Rhetorik auch dazu dienen, die „Menschen da draußen“ als die darzustellen, die nicht so leben wie wir und anderen Idealen nachfolgen – wodurch teilweise hoch stereotype Klischees der „Menschen von heute“ oder der „modernen Menschen“ in Umlauf gebracht werden.

Die gesuchte Integration in ein *Wir* kann zur Exklusion und Desintegration führen. Das Problem betrifft nicht nur Kirchen, sondern auch die Sprache der Politik. Die noch existierende Volkskirche wird durch ein *Wir* beschworen, wie gleichzeitig politisch die „Mitte“ von den noch immer so

genannten Volksparteien reklamiert wird. Das *Wir* ist hier wie dort ein potenziell dysfunktionaler Teil rhetorisch-sozialer Identitätspolitik.

Warnungen vor dem *Wir* gibt es schon lange. In seinem Gedicht „Einzahl“ von 1964 warnt Erich Fried sogar vor *jeder Mehrzahl*.³

Deine Rede sei / ICH DU ER SIE ES / was darüber ist / das ist vom Übel //
Wir sind die Wirrnis / Ihr seid der Irrtum / Sie sind / die Sintflut

Fried plädiert für ein radikales Ernstnehmen des Singulars, des Einzelnen und Individuellen – gegen jede kollektive Vereinnahmung. Das ist verständlich. Aber ohne *Wir* geht es gesellschaftlich eben auch nicht. 1887 erarbeitete der Soziologe Ferdinand Tönnies die Unterscheidung von „Gemeinschaft und Gesellschaft“.⁴ Unter Gemeinschaft versteht er eine kollektive Gruppierung, die von einem gemeinsamen Willen und der Orientierung des Handelns Einzelner an einem übergeordneten Zweck getragen ist. Exemplarisch wäre eine Kirche beziehungsweise eine Partei zu nennen. In der Gesellschaft hingegen sei diese Gemeinsamkeit nicht gegeben, und der Einzelne brauche die anderen als Mittel zu einem übergeordneten Zweck.

Gegenwärtig ist selbst in Gemeinschaften das *Wir* fraglich und problematisch geworden. Großinstitutionen tun sich zunehmend schwer, das Verbindende auch verbindlich zum Ausdruck zu bringen. Erst recht gilt das für Gesellschaften, die aber gleichzeitig nicht darauf verzichten können, wenigstens den übergeordneten Zweck ihres Miteinanders sprachlich zu artikulieren. Das *Wir* erweist sich als ebenso nötig und unumgänglich wie problematisch. Es ist eine Gratwanderung, auf der immer wieder Abstürze drohen: auf die Seite des radikalen *Wir*-Verlustes und der Pluralität, womit jede Gemeinschaft und Gesellschaft unmöglich würden; oder auf die Seite der Behauptung und Beschwörung eines *Wir*, die zur Ablehnung und Distanzierung führen und massiv verärgern kann.

DESINTEGRIERT EUCH!?

Das zeigt das 2018 erschienene, hoch emotionale Buch *Desintegriert euch!* des Politikwissenschaftlers und Lyrikers Max Czollek.⁵ Es spiegelt den Ärger eines jüdischen Deutschen angesichts des beschworenen und vielfältig inszenierten *Wir*. Das „Integrationsparadigma“ bezeichnet Czollek als „Konstruktion eines kulturellen und politischen Zentrums, das sich implizit oder ausdrücklich als *deutsch* versteht“ (S. 15) und dabei durch unterschiedliche, jeweils scheiternde Konstrukte (wie „Leitkultur“, „christlich-jüdisches Abendland“ et cetera) definieren muss, was dieses Deutsch-Sein eigentlich ausmache. Jedes *Wir*, das andere integrieren möchte, stabilisiere letztlich einen Unterschied zu den anderen. Daher bleibe nur die Dekonstruktion des *Wir* als gesellschaftlich

heilsamer Akt. Czollek vertritt so – mit einem hohen moralischen Anspruch – ein Modell radikaler Pluralität, womit er freilich paradoxerweise die Kriterien der Identitätspolitik erfüllt, die er den „anderen“ vorwirft.

Geht es auch anders? Ist Sprache in der Lage, ein *Wir* nicht in einer Form zu behaupten, die dazu führt, dass sich Menschen distanzieren, sondern vielleicht sogar ein solches, solidarisch empfundenes *Wir* hervorzu- bringen? In seiner Vorlesungsreihe „How to do things with words“⁶ zeigte John Austin in den frühen 1960er-Jahren, wie Sprache Wirklichkeit schafft. Und auch das gibt es: Ein *Wir* in der Rede muss nicht als Vereinnahmung gehört, sondern kann durch Sprache *geschaffen* werden.

Die Fernsehansprache von Angela Merkel auf dem Höhepunkt (oder am Beginn?) der Coronakrise Mitte März 2020 ist ein herausragendes Beispiel dafür. Das Ziel war es, an die Verantwortung von *uns allen* zu appellieren und so eine handlungsfähige und solidarische Gesellschaft hervorzubringen. In der Ansprache begegnet die erste Person Plural insgesamt 85-mal, fünfmal als „wir alle“. Aber siebzehnmal sagt die Kanzlerin auch „ich“, siebenmal „mich“. Immer wieder adressiert Angela Merkel auch die Zuhörerinnen und Zuhörer direkt in der zweiten Person Plural. Die Kommunikationssituation ist klar: „[...] ich möchte Ihnen [...] vermitteln, warum es Sie [...] braucht [...]“. Die Kanzlerin legt ihre Zielsetzung offen, scheut nicht vor direkten Appellen zurück: „Es ist ernst. Nehmen Sie es auch ernst.“ Sie bringt sich mit ihrer eigenen Erfahrung ein: „Für jemanden wie mich [...]“. Und artikuliert ihre eigene Gewissheit: „Dass wir diese Krise überwinden, dessen bin ich vollkommen sicher.“ Auf diese Weise gelingt es, das *Wir* in eine klare Konstellation einzubinden, die sie selbst als Rednerin und die Angesprochenen ins Verhältnis setzt und Solidarisierung im *Wir* ermöglicht.

ALTERNATIVEN ZUM „WIR“

So wie am 18. März 2020 kann es gehen. Aber es lassen sich auch Alternativen zum *Wir* finden.

Erstens: In der Homiletik gab es im 20. Jahrhundert eine intensive Diskussion, ob man auf der Kanzel *Ich* sagen dürfe. Es gehe doch in der Predigt schließlich nicht um das *Ich* des Predigers, sondern um „die Botschaft“ – so meinte man in einer Phase der evangelischen Predigtlehre, die von den 1920er-Jahren bis in die 1960er-Jahre andauerte. Erst danach wurde die Chance und Notwendigkeit des *Ich* in der Kanzelrhetorik neu entdeckt und gewürdigt. Es ist auch hier paradox, aber gerade die erste Person Singular eröffnet weit unproblematischer die Chance zur Identifikation, als es die erste Person Plural tut. Als Zuhörender kann ich in Freiheit überlegen, ob es mir auch so geht oder ganz anders. Es ist ein Zeichen der Wertschätzung der Zuhörenden, ein authentisches *Ich* anzubieten, mit dem sich die Auseinandersetzung lohnt.

Der große Lehrer der Predigt Friedrich Niebergall schilderte in einem eigenen Paragraphen seiner Predigtlehre anschaulich die ermüdende Konventionalität der Kanzelrede und fasste das Problem dann in dem Satz zusammen: „Es predigt.“⁷ Da war kein *Ich* mehr, das individuell und angreifbar etwas gesagt hätte. Da war nur noch Kanzelmonotonie.

Zweitens: Eine weitere Möglichkeit, Gemeinschaft in der Rede und durch die Rede zu schaffen, liegt im Erzählen von Geschichten. Das klingt banaler, als es gemeint ist. Menschen leben in Geschichten; Identität wird narrativ konstruiert, und unsere Welt ist immer narrativ strukturiert. Wenn es eine Gemeinschaft gibt, für die ein *Wir* sinnvoll verwendet werden kann, dann muss es Geschichten geben, die dieses *Wir* miteinander verbinden. Das gilt für Familien genauso wie für Freundeskreise, aber auch für Kirchen oder Parteien. Es ist der Verlust dieser Erzählungen, der die Institutionenkrise der Gegenwart begründet und jenen an den Rändern Auftrieb gibt, die alte Geschichten neu aufwärmen: die neue Rechte mit ihrem völkisch-nationalen Narrativ oder fundamentalistische religiöse Gruppierungen. Die Schwäche der „Mitte“, der Volkskirchen und Volksparteien könnte in ihrer Unfähigkeit liegen, Geschichten zu erzählen, die Menschen verbinden und motivieren. Wer mag, kann vom Gleichniserzähler Jesus lernen. Er fordert Zuhörende heraus, mit ihm auf Bilder oder Geschehnisse zu blicken. Viele dieser Geschichten wurden kulturelles Erbe der westlichen Welt: der barmherzige Samariter, der verlorene Sohn. Durch Geschichten wird es möglich, dass sich Zuhörende in Freiheit identifizieren, ihren eigenen Ort in der Erzählung finden, über Nähe und Distanz selbst entscheiden. Gerade durch den Verzicht auf ein *Wir* kann ein *Wir* geschaffen werden.

Es kann sein, dass die Zeit der Krise ein *Wir* auf neue Weise möglich macht – als ernst gemeinten und tief empfundenen Ausdruck der Gemeinschaft von Menschen, die solidarisch eine gemeinsame Herausforderung meistern. „Yes, we can ...“ – so ähnlich sagte das auch Angela Merkel am 18. März 2020: „Wir sind nicht verdammt, die Ausbreitung des Virus passiv hinzunehmen.“ Das „wirksamste Mittel gegen die zu schnelle Ausbreitung des Virus [...] sind wir selbst.“

¹ Vgl. Jan Feddersen / Philipp Gessler: *Phrase unser. Die blutleere Sprache der Kirche*, München 2020, S. 18.

² Albrecht Koschorke: *Wahrheit und Erfindung. Grundzüge einer Allgemeinen Erzähltheorie*, 4. Aufl., Frankfurt am Main 2017, S. 98.

³ Erich Fried: *Gesammelte Werke*, Bd. 1: *Gedichte*, hrsg. von Volker Kaukoreit und Klaus Wagenbach, Berlin 1993, S. 336.

⁴ Vgl. Ferdinand Tönnies: *Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie*, hrsg. von Arno Bammé, München/Wien 2017.

⁵ Max Czollek: *Desintegriert euch!*, München 2018.

⁶ John L. Austin: *How to do things with words*, Oxford 1963.

⁷ Friedrich Niebergall: *Wie predigen wir dem modernen Menschen?*, zweiter Teil: *Eine Untersuchung über den Weg zum Willen*, 3. Aufl., Tübingen 1917.

Die Kunst des „Miteinander-sprechens“

—
Eine sprechwissenschaftliche Perspektive

SUSANNE VOIGT-ZIMMERMANN

Geboren 1967 in Bernburg (Saale), Sprecherin der Abteilung Sprechwissenschaft und Phonetik, Institut für Musik, Medien- und Sprechwissenschaften, Philosophische Fakultät II der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

JUDITH PIETSCHMANN

Geboren 1978 in Berlin, Abteilung Sprechwissenschaft und Phonetik, Institut für Musik, Medien- und Sprechwissenschaften, Philosophische Fakultät II der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Nach wie vor – selbst unter den Bedingungen einer Pandemie – gilt, dass gesellschaftliches und soziales Miteinander kommunikativ ausgehandelt werden. Insbesondere Politik realisiert sich demokratisch, also über das Recht der Mitsprache. Denn im Dialog unter und mit den Bürgerinnen und Bürgern wird mittels politischer Kommunikation gesellschaftliche Wirklichkeit, das heißt das Miteinanderleben im Heute und in der Zukunft, gestaltet.

Doch nicht nur politische, sondern auch gesellschaftliche Diskurse scheitern und polarisieren zunehmend. Das

Gemeinsame nicht nur der Sprache und der Sache scheint zu fehlen, sondern auch in der Art und Weise des gemeinsamen Sprechens. Klassische, öffentliche Räume diskursiven Miteinanders scheinen zudem kaum noch effektiv genutzt zu werden; es florieren vielmehr anonyme („geschützte“), geschlossene („sichere“), unmoderierte („als frei von Bevormundung verstandene“) und eher homogen („ohne Widerspruch“) besetzte Kommunikationsformen in den sozialen Medien.

Durch die Art und Weise, wie wir miteinander reden beziehungsweise sprechen, tragen wir alle eine immense Verantwortung dafür, wie wir miteinander leben (werden). Doch „Empörung(sgesten)“ (Detering 2018) über die aktuelle Debattenkultur allein reichen nicht aus. Es müssen Antworten auf die für das künftige soziale Zusammenleben mehr als brennenden Fragen gefunden werden: Gibt es noch einen gesellschaftlich allgemein akzeptierten Anstand in der politischen Debatte? Wie und wodurch wird er definiert, und wie kann er vermittelt werden? Wie gelingt es (wieder), in einen echten mündlichen Dialog zu kommen? Wie gelingt es, ihn trotz kontroversen Gesprächsverlaufs aufrechtzuerhalten? Wird es gelingen, selbst kontroverse Argumente in geschützten Räumen gemeinschaftlich zu verhandeln? Welche kommunikativen Begegnungsräume stehen zur Verfügung, um miteinander in einer echten Face-to-Face-Situation ins Gespräch zu kommen? Woran erkenne ich destruktives Miteinandersprechen? Wie reagiere ich darauf? Welches sind bewusst beeinflussbare Merkmale des eigenen Sprechens?

Dies sind Fragen, derer sich insbesondere die Sprechwissenschaft annimmt und annehmen muss. Denn wenn es nicht gelingen sollte, a) in einen echten, das heißt auch mündlichen Dialog zu kommen, b) durch den bewussten und verantwortungsvollen Einsatz deeskalierender sprecherischer Mittel wieder wertschätzend miteinander umzugehen und c) trotz vorliegenden Meinungsverschiedenheiten gemeinsam einen tragfähigen Konsens zu finden, steht die Gefahr eines Abgleitens in autoritäre Verhältnisse im Raum. Das Hauptmerkmal der Diktatur ist die verbale Indoktrination, die sich zudem rigoros einer Diskussion entzieht.

„VERHEXUNG DES POLITISCHEN DISKURSES“

Schon früher verliefen die parlamentarisch geführten Dialoge nicht immer „fein“. Berühmt-berüchtigt sind die Wortgefechte zwischen Herbert Wehner und Franz Josef Strauß. Aus heutiger Perspektive klingen ihre Dialoge gleichwohl wie ein Echo der Vergangenheit: laut, mit vielen dynamischen Akzenten, stakatohaft, überartikuliert, ohne Pausen, die ja Einspruch ermöglichen würden. Noch vor wenigen Jahren erschienen solche oder ähnlich martialisch und patriarchal klingenden Töne kaum mehr möglich. Sie schienen eigentlich

überwunden; wissen doch gerade die Deutschen um die Gefahren demagogischer Rhetorik einerseits und die Notwendigkeit des gesellschaftlichen Diskurses als Aushandlungsprozess des Zusammenlebens andererseits. Auch aktuell entgleisen politische Debatten nicht nur inhaltlich-argumentativ wieder auf diese unerträgliche Art und Weise und mit dem eigentlich als überwunden geglaubten „Keine Diskussion!“- beziehungsweise „Basta“-Habitus. Der politische Gegner wird wieder und unverhohlener als je zuvor mit lauter Stimme überbrüllt, totgeschrien, erniedrigt und auf das Heftigste psychisch und physisch verletzt – als gäbe es kein Morgen!

Die Grenzen des Sagbaren und des Konsensfähigen verschieben sich rasant (Pörksen 2019). Wenn Aufmerksamkeit nur durch verbale Entgleisungen erheischt werden kann und sie offenkundig das letzte Mittel der „rhetorischen“ Wahl sind, offenbart dies nicht nur Unanständigkeit, fehlenden Takt und schlechte Erziehung. Vielmehr geben derart kommunizierende Menschen durch die Wortwahl, den Satzbau, durch Stimmklang und Stimmführung detailliert Auskunft über sich selbst. Und nicht zuletzt zeigt sich das Eingeständnis, keine anderen kommunikativen Mittel zu kennen oder zu beherrschen, um politische Macht zu erringen, zum Beispiel durch zwar überzeugende, engagiert und doch situativ angemessen vorgetragene Argumente. Der Literaturwissenschaftler Heinrich Detering spricht in diesem Zusammenhang von einer „Verhexung des politischen Diskurses“ (2018, 17), die zu einer aufgeheizten politischen Debatte führe. „Vergiftung“ ist der vermutlich passendere Begriff. Das Ergebnis von kalkulierter, also durchaus politisch diskursiver Provokation (im Sinne einer bewusst auf Eskalation angelegten Kommunikation) ist Sprachlosigkeit, eine Art funktioneller Aphasie.

FAKTISCH CONTRA APPELLATIV

Henning Lobin konstatiert aktuell das Fehlen einer „gemeinsamen Sprache“ (2019, 36), einen Umstand, der einer partikularisierten Gesellschaft immanent ist. Denn Teilöffentlichkeiten befördern die Herausbildung eigener Sprach- und Kommunikationsformen, insbesondere auch eigener Sprechweisen, womit unter anderem der Sprechduktus gemeint ist. Diese Kommunikationsräume sind dabei freilich Segen und Fluch zugleich, denn sie befördern einerseits die von allen Seiten gewünschte kommunikative Teilhabe mit den zur Verfügung stehenden Mitteln und erlauben doch andererseits die bereits benannte, oftmals unwidersprochene Grenzverschiebung hin zum bisher eigentlich Unsagbaren. Und wir wissen: Zunehmend häufig unwidersprochen ausgesprochene Unwahrheiten werden irgendwann als faktisch bewiesen akzeptiert.

Politisches (Miteinander-)Sprechen, so scheint es, bewegt sich zunehmend zwischen Bedeutungslosigkeit, Inhaltsarmut und Phraseologismen auf

der einen und extremen Protestpositionen und ihren sprachlich-kommunikativen Auswüchsen auf der anderen Seite. Beides verbindet sich nicht mit den Bestimmungsmerkmalen von Gesprächsfähigkeit: Konfliktfähigkeit, Verantwortungsfähigkeit und Reflexionsfähigkeit (vgl. Geißner 2000, 125). Verantwortungsvolle, kritikfähige und reflektierte politische Kommunikation ist zunächst immer kein Sprechen *zu* anderen, sondern ein Sprechen *mit* anderen.

Es ist zu beobachten, dass Inhalte, zu denen das Faktische zählt, zunehmend unwichtig oder sogar ins „Unfaktische“ verkehrt werden, übrigens auch ohne Scham vor dem überwiegenden Teil der Gesellschaft, einer bis dato funktionierenden regulativen Größe vergangener Jahrzehnte. Vielmehr wird mittels Ausnutzung peripherer Routen der Oberflächenverarbeitung, das heißt kognitiv eher unaufwendig, lediglich Aufmerksamkeit evoziert (*Elaboration Likelihood Model of Persuasion* nach Cacioppo und Petty 1984), wie es zum Beispiel in der Werbebranche üblich ist. Das Faktische wird dabei nicht nur infrage gestellt. Sachliche Argumente werden durch gezielt eingesetzte und ausgestaltete Sprechakte (Appell, Motivierung, Beruhigung und so weiter) vorgetragen. Hierin sieht Caspar Hirschi (2018; 2020) ein grundlegendes Problem: Das Faktische, oftmals durch Experten und Expertinnen vorgetragen, stehe mittlerweile in richtungsbeeinflussender Konkurrenz zum Appellativen, Mittel der Populisten und Populistinnen. Hirschi spitzt dieses rhetorische Problem auf einen erklärungsbedürftigen „politischen Antagonismus“ zu: Wissenschaftliche Expertinnen und Experten würden für politischen Zwecke instrumentalisiert, sogar verschiedentlich gegen die Bevölkerung. Ihre Beratungsfunktion rücke damit in den Hintergrund. Das führe unter anderem dazu, dass sie als erweiterter Arm des Establishments angegriffen würden. Auch dadurch würden kontroverse Probleme einer demokratischen Diskussion entzogen. Nicht nur aus sprechwissenschaftlicher Sicht sei das eine fatale Entwicklung.

GESPRÄCHSKOMPETENZ ALS SCHLÜSSELQUALIFIKATION

Die nach Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen (2019) in den offenen Diskursräumen der derzeitigen „Empörungsdemokratie“ verschobenen Grenzen des sanktionsfrei Sagbaren, des öffentlich Akzeptablen und Konsensfähigen bei gleichzeitigem Fehlen sogenannter Gatekeeper verlangen nach einer frühzeitigen *rhetorischen Bildung*. Eine bewusste, verantwortliche und strukturierte Gesprächskultur muss durchaus erst ausgebildet werden (frühkindliche Bildung im Bereich Argumentation eingeschlossen). Deshalb ist nicht nur politische, sondern auch eine rhetorische Bildung unumgänglich, die eine Reflexion und Adaptation des eigenen Sprechens einschließt. Formate wie (professionell moderierte) Debattierclubs oder etwa der Erwerb eines

Rhetorikzertifikates stellen verschiedene Möglichkeiten dar, eigene Gesprächskompetenz, auch für den politischen Diskurs, zu erwerben. Gesprächskompetenz als wesentliche Schlüsselqualifikation beispielsweise für den Lehrberuf zu begreifen, stellt ein für Bildungspolitikern und -politiker wichtiges Argument bei der Entscheidung zum weiteren Ausbau von rhetorischen Kursen in der Lehramtsausbildung dar. Denn Lehrerinnen und Lehrer leisten einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung mündiger Bürgerinnen und Bürger und schaffen bei den Schülerinnen und Schülern die Voraussetzungen für einen verantwortungsvollen, reflektierten und wertschätzenden politischen Dialog.

KOMMUNIKATION IST „GEMEINSCHAFTSHANDLUNG“

Eine weitere Frage ist, ob man grundsätzlich eine gewisse „Grobheit“ und „Verletzungen“ im politischen Diskurs und den Vorwurf fehlender „Robustheit“ akzeptieren muss. Nein, das muss man nicht, zumindest nicht immer. Man muss sie als inakzeptabel und störend benennen und eine andere Stilistik einfordern, damit das Gespräch überhaupt aufrechterhalten werden kann. Man kann also die Verantwortung für das Gelingen des Gespräches an den „grobe“ oder „verletzenden“ Gesprächspartner zurück- beziehungsweise übergeben. Denn durch unwidersprochene Hinnahme solcher „Entgleisungen“ wird das Gegenüber in seiner rhetorischen Art und Weise bestärkt.

Eine gemeinsame Sprache setzt zunächst den Willen voraus, etwas gemeinsam bewegen und bewältigen zu wollen, und in diesem Sinne auch den Willen, etwas zur gemeinsamen Sache, zu einem gemeinsamen Ziel zu erklären, damit natürlich auch ein geteiltes Problemverständnis und so weiter. Hierin liegt die Kernbedeutung von Kommunikation in der sprechwissenschaftlichen Theorie: Kommunikation ist „Gemeinschaftshandlung“ beziehungsweise gemeinschaftliche Verständigungshandlung und bezeichnet den reziproken Verständigungsprozess, in dem etwas zur gemeinsamen Sache beziehungsweise etwas gemeinsam gemacht wird (vgl. Geißner 2000). Wenn das nicht möglich ist, wenn sogar aktive Kommunikationsverweigerung stattfindet, müssen Erklärungs- und Interventionsmodelle bemüht werden.

Andreas Petrik et al. (2018) haben in verschiedenen schulischen Bildungssettings diesbezüglich übrigens nur einem von insgesamt vier rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Argumentationstypen, nämlich dem der „gefestigten Nationalisten“, eine Unerreichbarkeit für Argumente und politische Bildung attestiert. Die Angehörigen dieser Gruppe zählen somit vermutlich zu den beratungsresistenten Menschen. Hier liegt eine Verweigerung vor, gemeinschaftlich Verständigung zu verhandeln und zu erreichen. Echte Veränderungen treten bei dieser Gruppe „nur im Rahmen tiefgreifender biografischer Krisen ein“ (ebenda). Alle anderen Argumentationstypen,

nämlich *erstens* tabubrechende Provokateure, *zweitens* reflexive Ausländer-skeptiker und *drittens* frustrierte Wohlstands-Chauvinisten, die „wild und böse reagieren, wenn man sie mit Argumenten konfrontiert“ (Petrik 2018), sind argumentativ erreichbar beziehungsweise mehr oder weniger offen.

In der sprechwissenschaftlich geprägten Lesart geht es in der politischen Kommunikation grundlegend darum, Gemeinsamkeit zu suchen und herzustellen, damit politisch verantwortliches Handeln möglich werden kann. Miteinandersprechen ist das zentrale Mittel, um sich über grundlegende Fragen des Zusammenlebens in der Gesellschaft zu verständigen – und das durchaus kontrovers. Zu einem Gespräch gehört beides: der Wille aller Beteiligten zum Miteinandersprechen und der zum Zuhören (KFW 2019). Das „Miteinander“ im Kommunikationskonzept des Miteinandersprechens und der damit grundlegend implizierten Dialogizität bedeutet zunächst eine grundlegende *Abkehr von unidirektionalen Steuerungsperspektiven* (von Perspektiven auf den Orator als den rhetorisch handelnden Einzelmenschen, der andere einseitig – also ohne deren Mitbeteiligung – in seinem Sinne lenken und „überreden“ kann), die wohl bis heute zuweilen mit dem Gegenstandsbereich der Rhetorik verbunden werden. Nach diesem Verständnis sind auch monologische Formate wie die Rede grundlegend auf Dialogizität hin konzipiert beziehungsweise „virtuell“, das heißt latent dialogisch.

ZUM ZUHÖREN VERPFLICHTET

Dies setzt das Gewährwerden der „anderen“ Perspektive(n) als Gelingensbedingung für jede Form und jedes Feld von Kommunikation voraus. Das Wahr- und Ernstnehmen der anderen Perspektive, der anderen Meinung und Intention bildet in diesem Konzept die Grundlage gelingender Kommunikation. Um gemeinsam handeln und darüber hinaus auch Zukunft und Gesellschaft gestalten zu können, muss die gemeinsame Sache, das gemeinsame Anliegen gehört, erkannt und ernst genommen werden. Miteinandersprechen aus systemischer Perspektive bedeutet, alle Stimmen und Perspektiven, sowohl gemäßigte als auch polarisierende, urteilsfrei wahr- und ernst zu nehmen. Darin liegt die große Chance, das eigene Versagen (den eigenen Anteil im System) zu erkennen. Dieses „Miteinander“ verpflichtet dabei alle Gesprächspartner zum *Zuhören*, verpflichtet dazu, allen Stimmen und Meinungen Aufmerksamkeit und Respekt zu schenken, um Resonanz zu erzeugen, zumindest jenen, die auf dem Fundament des Grundgesetzes agieren. Und es verlangt die Fähigkeit zum Perspektivwechsel, zum Sich-Einfühlen und Sich-Eindenken in die Vorstellungswelt des jeweils anderen. Letztendlich endet jedoch auch Kommunikation genau dort, wo Gewalt beginnt. An dieser Stelle muss die Legislative beziehungsweise die Judikative die Kommunikation übernehmen.

Um ins Gespräch zu kommen, um das Miteinander in den Fokus zu setzen, ist eine kommunikative Grundhaltung gefragt, die sich eben nicht durch „lautes Brüllen“ extremer Positionen Gehör zu verschaffen sucht, sondern bei der eine Haltung konsequent auf die Gesprächspartner hin orientiert ist und dabei zugleich das eigene Sprechhandeln kritisch reflektiert. Die Analyse der eigenen (Fehl-)Leistung, der eigenen Gesprächs(un)fähigkeit und kommunikativen (In-)Kompetenz sowie des eigenen Anteils am Gelingen und Scheitern von Kommunikation ist dabei der Archimedische Punkt, an dem die Optimierung der Sprechkommunikation ansetzt. Die aktuellen politischen Zustände – auch im Hinblick auf das Debakel in Thüringen – bieten das große Potenzial der selbstkritischen Fehleranalyse.

Literatur

- Detering, Heinrich: Was heißt hier „wir“? Zur Rhetorik der parlamentarischen Rede, Reclams Universal-Bibliothek Nr. 19619, Philipp Reclam jun. Verlag, Stuttgart 2019.
- Pörksen, Bernhard: „Die neue Aufklärung. Über das Ende des Belehrens“, in: Entgleist? Wandel der Sprach- und Debattenkultur, Die Politische Meinung, 64. Jg., Nr. 557, Juli/August 2019, S. 30–33.
- Lobin, Henning: „Medienrevolution und Sprache. Über ‚Sprachverrohung‘ und die Auswirkungen von Digitalisierung“, in: Entgleist? Wandel der Sprach- und Debattenkultur, Die Politische Meinung, 64. Jg., Nr. 557, Juli/August 2019, S. 34–40.
- Geißner, Hellmut K.: Kommunikationspädagogik. Transformationen der „Sprech“-Erziehung, Roehrig-Universitätsverlag, St. Ingbert 2000.
- Cacioppo, John T. / Petty, Richard E.: „The Elaboration Likelihood Model of Persuasion“, in: Advances in Consumer Research, 11. Jg., 1984, S. 673–675.
- Hirschi, Caspar: Skandalexperten, Expertenskandale. Zur Geschichte eines Gegenwartsproblems, Matthes & Seitz, Berlin 2018.
- Ders.: Experten und Populisten: Zur Geschichte eines politischen Antagonismus. Wissenschaftshistorische Seminare im Leopoldina-Zentrum für Wissenschaftsforschung (ZfW) Halle (Saale), Vortrag am 03.03.2020.
- Petrik, Andreas: Die Neue Rechte als Herausforderung an die politische Bildung. Vortrag beim Fachtag „Die neue Rechte – Die autoritäre Revolte?“ der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 11.10.2018, siehe www.youtube.com/watch?v=J9KspEd3q8o [letzter Zugriff: 16.03.2020].
- Petrik, Andreas / Köhler, Anke / Hentschel, Jannis: Lernort Schule: Die „Dorfgründung“ als demokratischer Prozess. Ergebnisse eines Simulationsspiels im Unterricht. Forschungsbericht des Projekts Demokratietransfer, Bd. 2, Universitätsverlag, Halle 2018.
- Kleine Fächer-Wochen Sprechwissenschaft, KFW 2019, kfw.sprechwiss.uni-halle.de/politischer-diskurs-wie-wir-heute-miteinander-reden-werden-wir-morgen-miteinander-leben/ [letzter Zugriff: 16.04.2020].



„Politik der Würde“

Wie Institutionen sittlich handeln

JOACHIM SÖDER

Geboren 1967 in Premich (Bayern),
Professor für Philosophie an der
Katholischen Hochschule Nordrhein-
Westfalen (Abteilung Aachen).

Politikverdrossenheit ist so alt wie Politik. Wo es Regierende und Regierte gibt, findet sich auch ein Ressentiment gegen „die da oben“. Daran ändern auch demokratische Verfassungen nichts, die den Regierten prinzipiell die

Möglichkeit eröffnen, auf die andere Seite der Macht zu wechseln und selbst zu Gestaltern der Politik zu werden. Ungewohnt und in hohem Maße beunruhigend dagegen ist das Phänomen, dass nach jahrelangem wirtschaftlichem Aufschwung und trotz allgemeiner Prosperität nicht nur die politischen Kräfteverhältnisse erodieren, sondern den Repräsentanten des politischen „Establishments“ in bisher ungekanntem Ausmaß Verachtung und unverhohlener Hass entgegenschlagen. Galgen bei Demonstrationen, Beleidigungen in der virtuellen und analogen Welt, Gewaltattacken gegen Politiker zeugen nicht nur von einer Verrohung der Umgangsformen, sondern von einer elementar gestörten Kommunikation zwischen Entscheidungsträgern und Entscheidungserträgern.

Schnell werden dann Forderungen nach mehr Mitbestimmung laut, etwa durch Einführung plebiszitärer Partizipationsstrukturen oder durch die Absenkung des Wahlalters. Menschen sollen die Erfahrung machen, politisch etwas bewirken zu können. Macht Menschen zu Politikern, dann hört die Politikverdrossenheit auf. Stimmt das?

Wo es Elemente direkter Demokratie, etwa Volksbegehren oder Bürgerentscheide, gibt, bleiben Abstimmungszahlen in vielen Fällen hinter der gesetzlich geforderten Mindestbeteiligung zurück. Und wo das Quorum erreicht, ja manchmal eindrucksvoll übertroffen wird, geschieht das oft, weil der zur Abstimmung stehende Sachverhalt radikal vereinfacht wurde. „Rettet die Bienen!“ – wer könnte zu diesem Imperativ ernsthaft „Nein“ sagen? Doch wird die mit der Kampagne verbundene Reduktion auf Ackergiftverbote und Blühstreifen kaum dem komplexen Zusammenspiel von landwirtschaftlichen Erzeugungsbedingungen, Wettbewerbsorientierung, Existenznöten, Biodiversität, Großhandelsmargen und Lebensmittelpreisen gerecht. Ab wann kippt populäre Zuspitzung in populistische Stimmungsmache? Nicht erst das Brexit-Referendum hat vor Augen geführt, zu welch hanebüchenen Falschbehauptungen *Campaigner* greifen, um die Mehrheit auf ihre Seite zu ziehen.

POLITIK IST KEINE SPIELWIESE

Noch aus einem anderen Grund sind Elemente direkter Demokratie auf nationaler Ebene problematisch. Denn anders als an Stammtischen bisweilen vermutet gilt in einem demokratischen Rechtsstaat das Prinzip „Mehrheit entscheidet“ nicht uneingeschränkt. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung kennt Normen, die der Mehrheitsentscheidung entzogen sind. Die in Artikel 79 Absatz 3 Grundgesetz (GG) formulierte „Ewigkeitsgarantie“ sichert die Unantastbarkeit von Menschenwürde und Menschenrechten, das Demokratie- und Bundesstaatsprinzip sowie die Rechts- und Sozialstaatlichkeit gegen mögliche Eingriffe, selbst wenn diese auf demokratischem Wege zustande kämen. Die grausamen Lehren der Geschichte haben dazu geführt, dass um der Humanität willen bestimmte Bereiche des menschlichen Zusammenlebens absolut geschützt und der demokratischen Mehrheitsentscheidung entzogen sein müssen.

Genau vor diesen Bereichen würde aber das politische Instrument der direkten Demokratie schwerlich haltmachen. Die Schweiz, scheinbar ein Musterland basisdemokratischer Kultur, hat 2009 durch eine Volksabstimmung die Aufnahme eines Bauverbots für Minarette in die Eidgenössische Bundesverfassung erzwungen. Eine solche, in der Verfassung verankerte Diskriminierung der kulturellen Ausdrucksform einer zugelassenen Religionsgemeinschaft dürfte in westlichen Demokratien beispielloos sein und ist, wie selbst das Schweizer Bundesgericht urteilte, ein Verstoß gegen die Menschenrechte.

Würden in Deutschland nationale Volksentscheide eingeführt, die Zahl der populistisch ausschaltbaren Themen würde erheblich zunehmen.

Dies gilt im Übrigen auch für die Absenkung des Wahlalters. Kann man jungen Menschen, denen der Abschluss eines Ratenkreditvertrags verwehrt ist, politische Gemengelagen so erklären, dass sie zu einer mündigen Wahlentscheidung in der Lage sind? Können sie, denen im privaten Bereich der vollumfängliche Überblick über die Folgen ihres Handelns abgesprochen wird, Verantwortung im öffentlichen Bereich wahrnehmen? Bei näherer Betrachtung scheint das Wahlrecht für Minderjährige die Tendenz zu haben, Demokratie eher zu infantilisieren, als sie krisenfest zu machen.

Politik ist eine ernste Sache. Sie eignet sich nicht als Spielwiese zum Ausprobieren und Spaßhaben, und sie lässt auch nur in beschränktem Umfang Komplexitätsreduktion und Vereinfachung zu. Selbst dort, wo es nicht unmittelbar um Krieg oder Frieden geht, stehen Entscheidungen an, die tief in das Leben der Menschen eingreifen. Solche Eingriffe sind durch keinen anderen Grund als den der Gerechtigkeit legitimierbar. Deshalb ist auch die gern bemühte Rede vom „Respekt“ des Staates gegenüber der Lebensleistung von Bürgerinnen und Bürgern unangebracht. Entweder die politischen Akteure emotionalisieren, damit das, was nüchtern betrachtet um der Gerechtigkeit willen gefordert ist, zu einer Gunst wird, die sie aus Wohlwollen gewähren. Oder aber der wohlklingende Ausdruck kaschiert eine Klientelpolitik, die – weil sie Partikularinteressen bevorzugt – gerade *nicht* gerecht ist. In beiden Fällen aber macht die scheinbar so egalitäre Formel vom „Respekt“ die einen zu Spendern und die anderen zu Empfängern von Wohltaten. Die Kluft wird also keineswegs aufgehoben, sondern vertieft.

DEMÜTIGUNG UND SCHAM

Der politische Grundsatz, „Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben“ (Artikel 56 GG), stellt ein normatives Ideal dar, doch im Zwielficht des Tagesgeschäfts verschwimmen häufig die Motive des Handelns. Ob eine Entscheidung aus Taktik, Strategie, Wille zum Machterhalt, Verantwortungsbewusstsein oder um der Gerechtigkeit willen getroffen wird, ist selten eindeutig zu bestimmen. Aber den Bürgern immer wieder zu erklären, dass dieses oder jenes konkrete politische Handeln der Versuch ist, Gerechtigkeit herzustellen, ist ein wichtiger Schritt der Vertrauensbildung. Die einschneidenden Maßnahmen zur Eindämmung der Coronakrise haben die Zufriedenheit mit den Politikakteuren signifikant ansteigen lassen, weil glaubhaft vermittelt werden konnte, dass die erheblichen Beschränkungen Teil eines insgesamt gerechten Gesamtplans waren.

Neben das Ideal der Gerechtigkeit, das als solches nie vollkommen zu verwirklichen ist, hat der israelische Philosoph Avishai Margalit die Praxis der

Anständigkeit gestellt, um eine „Politik der Würde“ zu realisieren. Margalit unterscheidet dabei zwischen der moralischen Haltung des Individuums und der in Institutionen inkorporierten „substanziellen Sittlichkeit“. Ein Staat, der die Extravaganzen seiner Bürger durch Manipulation, Überwachung und Unterdrückung im Zaum hält, mag effizient sein; menschenwürdig agiert er nicht. Unter solchen Umständen ist die Würde des Einzelnen auch nicht dadurch zu wahren, dass Individuen einander mit Respekt begegnen. Wo Menschen in Würde zusammenleben sollen, muss ein Übergang von der bloß „gezügelter Gesellschaft“ zur „anständigen Gesellschaft“ erfolgen. „Eine Gesellschaft ist dann anständig, wenn ihre Institutionen Menschen nicht demütigen“ (Margalit 2012, S. 13). Der Umgang mit Flüchtlingen etwa, mit sozial Schwachen, mit ethnischen oder religiösen Minderheiten und mit den Sorgen der Menschen sagt etwas darüber aus, ob eine Gesellschaft anständig ist. Demütigung greift die Selbstachtung an. „Eine Person zu demütigen heißt, ihr die Menschlichkeit abzusprechen, was wiederum bedeutet, sie so zu behandeln, als ob sie kein Mensch wäre, sondern bloß ein Ding, Werkzeug, Tier, Untermensch oder Mensch zweiter Klasse“ (ebd., S. 126).

Wie aber lassen sich institutionelle Demütigungen verhindern oder, positiv gewendet: Wie werden Einrichtungen sittlich? Es sind die Menschen, die Organisationen errichten, unterhalten und mit Leben füllen, es sind Politiker, deren Entscheidungen Ablaufroutinen ins Werk setzen, die beim Bürger als Institutionenhandeln ankommen. Allgemeine Verwaltungsstrukturen sind prinzipiell etwas anderes als individuelle Handlungen, aber in ihnen manifestiert sich etwas vom Ethos derer, die sie eingerichtet haben. Wo das Individuelle zum Allgemeinen auskristallisiert, macht es einen Unterschied, ob das Ethos der Entscheidungsträger und Gestalter Tugenden wie Wertschätzung, Demut und Großherzigkeit – nach Corine Pelluchon allesamt „Tugenden für eine ungewisse Welt“ – umfasst oder nicht. „Die Idee wäre, dass eine Gesellschaft nur anständig sein kann, wenn ihr das Schamgefühl nicht abhanden gekommen ist, mit anderen Worten, wenn sich ihre Mitglieder für demütigende Akte schämen“ (Margalit 2012, S. 140).

Literatur

Margalit, Avishai: Politik der Würde. Über Achtung und Verachtung, Suhrkamp, Berlin 2012.
Pelluchon, Corine: Ethik der Wertschätzung. Tugenden für eine ungewisse Welt, wbg Academic, Darmstadt 2019.

Unmut und Utopie

Ethnographische Betrachtungen in ländlichen Räumen Ostdeutschlands

JULIANE STÜCKRAD

Geboren 1975 in Eisenach, Seminar für Volkskunde/Kulturgeschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Beginnen wir mit den Betrachtungen zu Unmut und Utopie auf dem Marktplatz im brandenburgischen Elsterwerda. Es ist der 13. September 2004. Ungefähr 400 Menschen haben sich zu einer Demonstration gegen die sogenannte „Hartz-IV-Gesetzgebung“ versammelt. Ich stehe als Ethnologin mittendrin und betreibe Feld-

forschung für mein Dissertationsprojekt über die Kultur des Unmuts im Süden Brandenburgs.

Ein Mann tritt ans Mikrofon: „Ich möchte mal kurz zu ihnen sprechen. ... Wir Bürger ham nu jetzt praktisch zwei Möglichkeiten, um gegen dieses Gesetz vorzugehen. Punkt eins is, diese Demonstration in Massendemonstrationen ausarten zu lassen. Das muss Deutschland erfassen wie ein Flächenbrand. ... Und die zweite Möglichkeit is, dass wir die Wahl, die jetzt kommt, nutzen, um denen da

oben eine Lehre zu erteilen. Was dann jeder wählt, ob ganz rechts oder links, das muss jeder selber für sich entscheiden. ... Und diese Regierung muss sich mal eins merken: Das Volk kann sich ne neue Regierung suchen, aber die Regierung nicht ein neues Volk.“

Wie wir wissen, entwickelten sich die „Hartz-IV“-Proteste nicht zu einem „Flächenbrand“. Was blieb, war die langfristige Artikulation des Unmuts in der Wahlkabine.

Der Ton wurde im Laufe der Demonstration aggressiver. Zwischenrufer kommentierten die Redebeiträge. Bürger U: „Auf die Schnauze!“ Bürger V: „So korrupt, das System.“ Rednerin: „Schröder hat gesagt, keinem soll es schlechter gehen.“ Bürger V: „Hat Kohl auch schon gesagt, raus die Hunde! Verbrecher müssen verschwinden. Das is Kapitalismus, pure Ausbeutung. Die Bonzen sollen zu Fuß gehen und dann mit der Peitsche jagen, das Gesindel, die Lumpenhunde.“

Ich redete mit den Männern, die hier ihre Wut herausschrien. Sie erzählten mir bereitwillig von ihren Arbeitslosenbiographien, von vergeblichen Bewerbungen und davon, dass sie sich überflüssig fühlen in diesem Land, das nicht ihres sei.¹ Die Kundgebung hinterließ in mir Beklommenheit. Was hier auf einer öffentlich angemeldeten Demonstration ohne Eingreifen der Veranstalter (Arbeitslosen-Service und ver.di) geäußert wurde, war zwar reich an Daten, bereitete mir aber große Sorgen. Vielleicht hoffte man, bei den Demonstrationen könnten die Menschen einmal Dampf ablassen und würden sich dann wieder beruhigen. Doch sensibilisiert durch die Unmutforschung, wusste ich um die performative Kraft der Sprache und fürchtete die Handlungen, die sie be-

wirkt. Judith Butler schreibt: „Wir tun Dinge mit der Sprache, rufen mit der Sprache Effekte hervor, und wir tun der Sprache Dinge an; doch zugleich ist Sprache selbst etwas, was wir tun.“²

Es ging in der Ethnographie des Unmuts nicht nur um das Schimpfen von „Hartz-IV“-Empfängern. Auch Chefärzte, Angestellte, Selbstständige oder Rentner schimpften über die Zumutungen der Transformation. Ziel meiner Forschung war es, ihren Unmut und die Welt, die er erschafft, zu verstehen. Was, so fragte ich am Ende der Arbeit, passiert, wenn sie nicht erhört werden?

„DAS FÜNFTE RAD AM WAGEN“

Zehn Jahre nach den Hartz-IV-Demonstrationen erfuhr der Unmut durch Pegida den großen Auftritt und fand in der Alternative für Deutschland (AfD) Wortführer, die nun meinten, stellvertretend für die Unmutigen das Sprechen übernehmen zu können. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass man über den Unmut das „Leiden an der Gesellschaft“ (Pierre Bourdieu) ergründen sollte. Doch in den letzten Jahren ist es meines Erachtens schwieriger geworden, aus den zu Parolen gewordenen Unmuts-Artikulationen eine wirklich selbstständige, kritische Haltung herauszuhören. Die Sprache des Unmuts kann durchaus kreativ sein und damit einen persönlichen Zugang zur Welt der Schimpfenden ermöglichen, solange sie nicht zu Formeln erstarrt ist. Dann wird der Zugang zum persönlichen Leiden schwierig. Wir erleben, dass der Unmutige nicht mehr selbstständig denkt³ und schimpft, sondern sich denken und schimpfen lässt.

Wie soll man ihn hinter dieser Sprachbarriere verstehen und erreichen?

Doch auch das eigene Sprechen sollte kritisch hinterfragt werden. Denn es sind ja nicht nur extremistische Gruppierungen, die sich einer formelhaften Sprache bedienen. Damit ist nicht gemeint, dass komplizierte politische Zusammenhänge vereinfachend dargestellt werden sollten, sondern dass die Strukturen, in denen politische Entscheidungen getroffen werden, oftmals undurchsichtig sind. Bourdieu ermittelt die Ursache für eine Politik, die den Kontakt zu den Menschen verliert, nicht in der „Komplexität der Sprache“, sondern in der „Komplexität der für das politische Feld konstitutiven sozialen Beziehungen“.⁴

Dass die Bürger sich weit entfernt vom politischen Feld – einem nicht völlig abgegrenzten, aber in sich geschlossenen Mikrokosmos, in dem um die Bewahrung oder Veränderung der Struktur der Kräfteverhältnisse gekämpft wird – fühlen, belegen Aussagen, die ich im Rahmen ethnographischer Studien sammelte: „Potsdam ist ganz weit weg“, „Für Potsdam spielt der Kreis kaum eine Rolle“, erklärten mir Verwaltungsmitarbeiter des Elbe-Elster-Kreises. „Thüringen hört für Erfurt am Hermsdorfer Kreuz auf“, „Die Gegend ist von der Politik irgendwie vergessen, und Gößnitz will auch keiner haben. Wir sind das fünfte Rad am Wagen“, erklärten mir Gößnitzer Bürger.⁵ Auch das Reden von „denen da oben“, vom „kleinen Mann“, vom „Rand und von der Mitte der Gesellschaft“, von „bottom up“ und „top down“ geben eindrücklich Aufschluss über Gesellschaftsmodelle, die die politische Wahrnehmung bestimmen und hinterfragt werden sollten, wollen wir uns wirklich gegenseitig zuhören und miteinander

reden, wie man es angesichts gegenwärtiger gesellschaftlicher Spannungen oftmals fordert.

Dabei kann es hilfreich sein, vorerst die Lebenswelt der Bürger aus der lernenden Perspektive heraus zu erkunden – ein wahrhaft ethnographisches Anliegen. Aus dieser Haltung heraus ergeben sich durchaus erstaunliche Erkenntnisse. So fuhr ich im Herbst 2018 mit den typischen Vorurteilen von einer schrumpfenden Kleinstadt in der ostdeutschen Provinz nach Gößnitz und kam zurück mit beeindruckenden Firmen- und Gründungsgeschichten, Berufs- und Arbeitslosenbiographien.

KULTUREN DES MUTES

Lebensgeschichtliche Interviews führen mir immer wieder vor Augen, wie oft sich die Menschen in den Jahren seit der Friedlichen Revolution neu erfinden mussten. Dieser Generation – ich empfinde sie in gewisser Weise als erschöpft – ist vor allem daran gelegen, das Erreichte zu bewahren. Ihr Pragmatismus ist sicherlich auch den Debatten zum demografischen Wandel in vielen Gegenden Ostdeutschlands und den finanziellen Engpässen in den Kommunen geschuldet, befördert aber nicht gerade die Entwicklung von Zukunftsutopien. Das bringen Sätze wie diese zum Ausdruck: „Wer weiß, wie lange es das noch gibt“ oder „Wenn alles so bleibt wie es ist, wären wir schon zufrieden.“ Derartige Aussagen hörte ich während der Forschung in Ostthüringen,⁶ bei ethnographischen Erkundungen zur Bedeutung von Kirche in ländlichen Räumen Sachsens oder zu Heimatstuben in Vorpommern.⁷ Dem gegenüber steht der

Wunsch einer zahlenmäßig sehr viel geringeren jungen Generation nach einem Plan für die Zukunft ihrer Städte und Dörfer, einer Generation, die „gestalten und nicht nur verwalten“ will, so wie es mir ein junger Unternehmer in Gößnitz sagte.⁸ Es fehlt eine motivierende Utopie.

Ein Zugang zur Utopie ergibt sich aus dem Unmut. Denn er entsteht da, wo sich die Erwartungen an die Welt nicht mit den Erfahrungen decken. Man kann aus ihm die unerfüllten Sehnsüchte nach einem Leben in *guter Ordnung* herauslesen.⁹

Dafür gilt es, ihn von Floskeln und Parolen zu befreien, ernst zu nehmen und daraus eine Utopie zu entwickeln, die unserer demokratischen Gesellschaftsordnung entspricht. Das sollte sehr konkret in den Dörfern und Städten beginnen. Denn die ethnographischen Fallstudien belegen, dass die Menschen ausgehend von ihrer direkt erfahrenen Lebenswelt den Zustand des Landes beurteilen. Dort, in den Kommunen, wo der Alltag stattfindet, können die Kulturen des Mutes entdeckt, gefördert und neu erschaffen werden.

¹ Juliane Stückrad: „Ich schimpfe nicht, ich sage nur die Wahrheit“. Eine Ethnographie des Unmuts am Beispiel der Bewohner des Elbe-Elster-Kreises/Brandenburg, Kiel 2010.

² Judith Butler: Hass spricht. Zur Politik des Performativen, Frankfurt am Main 2014, S. 19.

³ Dietrich Bonhoeffer: „Rechenschaft an der Wende zum Jahr 1943: Nach zehn Jahren. Von der Dummheit“, in: Christian Gremmels / Wolfgang Huber (Hrsg.): Dietrich Bonhoeffer Auswahl, Gütersloh 2006, Bd. 4, S. 218–220.

⁴ Pierre Bourdieu: Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft, Konstanz 2001, S. 88.

⁵ Juliane Stückrad: „Die Perspektive der Stadt ist ja eigentlich die Perspektive der Menschen“. Eine ethnografische Studie zur Stimmungslage in Gößnitz, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Thüringen, Erfurt 2020a, S. 17 (in Druck).

⁶ Stückrad 2020a, S. 73.

⁷ Juliane Stückrad: Verantwortung, Tradition, Entfremdung. Zur Bedeutung von Kirche im ländlichen Raum. Eine ethnographische Studie in drei Dörfern im Gebiet des Regionalkirchenamtes Leipzig, Kohrener Schriften 2, Kohren-Sahlis, Großpösna 2017; Juliane Stückrad: Heimatstuben in der Region Uecker-Randow. Kommunale Aufgaben und zivilgesellschaftliche Potentiale. Eine ethnographische Studie zu sieben Fallbeispielen, hrsg. vom Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben, 2020b (Manuskript, in Druck).

⁸ Stückrad 2020a, S. 26.

⁹ „Der Traum von der schönen und richtigen Ordnung als der vom goldenen Zeitalter begleitet die Menschen“, aus Christel Köhle-Hezinger: „Das Schöne in der Ordnung. Oder: Neue Ordnung, neue Fragen?“, in: Silke Götsch / Christel Köhle-Hezinger: Komplexe Welt. Kulturelle Ordnungssysteme als Orientierung, Münster 2003, S. 78.

Auenland und Grauenland

Über mangelnde Wertschätzung, die Aufgewühltheit der Deutschen und die „Fridays for Future“-Bewegung

STEPHAN GRÜNEWALD

Geboren 1960 in Mönchengladbach, Psychologe, Buchautor, Gründer und Geschäftsführer des „rheingold institut“ (Markt- und Medienforschung), Köln. Im Jahr 2019 erschien sein Buch „Wie tickt Deutschland? Psychologie einer aufgewühlten Gesellschaft“ (Kiepenheuer & Witsch).

Am 11. März 2020 hat die Weltgesundheitsorganisation die Verbreitung des Coronavirus als Pandemie eingestuft. In Deutschland ist das gesellschaft-

liche Leben weitgehend zum Erliegen gekommen. Wie geht es den Deutschen im Augenblick?

Stephan Grünewald: Wir sind an einem Wendepunkt angelangt. Die letzten Wochen waren durch das Gefühl bestimmt, einer Bedrohung ausgesetzt zu sein, die nicht wahrnehmbar ist, die man nicht riechen, nicht schmecken, nicht fühlen kann. Das setzt Ohnmachtsgefühle frei, und das mögen die Menschen nicht. Das Hauptthema war, wie wir aus dieser Ohnmacht herauskommen können. Ein erster Schritt



Foto: © imago images / Future Image

ist, wir waschen die Hände, wir hamstern Vorräte und beweisen dadurch unsere Handlungsfähigkeit. Das hat sich auch in den Medien und in der Politik gespiegelt. Die Politiker haben gezeigt, wir sind nicht ohnmächtig, sondern wir können aktiv Vorsorge treffen. Dadurch sind wir in eine Maßnahmenspirale gekommen, die bis zur Kontaktsperre geführt hat.

Hat die Coronakrise die Brüche und Spaltungen in der Gesellschaft völlig überlagert?

Stephan Grünewald: Bislang haben wir die Krise als Kollektivschicksal gesehen, und die Bevölkerung, aber auch alle Parteien haben mitgezogen. Natürlich gab es auch Verschwörungstheorien – das ist Panikmache. In letzter Konsequenz haben sich aber mehr oder weniger alle an die Einschränkungen gehalten. Jetzt treten

wir in eine neue Phase ein, in der Polarisierungen zutage treten werden, die vorher in der Gesellschaft vorhanden waren.

Vor der Coronakrise hatte man das Gefühl, die Gesellschaft fällt immer weiter auseinander. In Ihrem neuen Buch „Wie tickt Deutschland?“ sprechen Sie von Unzufriedenheit, innerer Aufgewühltheit und Wut in der Bevölkerung. In welcher Verfassung sind die Deutschen?

Stephan Grünewald: Die Menschen möchten ein homogenes Miteinander haben, aber viele haben das Gefühl, die Eliten kämpfen nicht für Lohnungleichheit und gleiche Bildungsstandards, sondern schauen etwas hochnäsiger auf den gemeinen Bürger herab, der weiterhin Fleischberge auf den Grill hievt, Alkohol trinkt, Zigaretten raucht, Süßigkeiten verputzt,

Diesel fährt und Fernsehen guckt. Das heißt, in dieser Gesellschaft gibt es Spaltungs- und Wertschätzungsprobleme, die in den nächsten Wochen wieder stärker werden, da die Gesellschaft jetzt realisiert: Wir sind auch angesichts der Coronakrise nicht gleich, sondern die einen profitieren von der Krise und die anderen sind komplett lahmgelegt oder stehen kurz vor dem Existenzminimum.

Das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends hat zu einem gesellschaftlichen Klimawandel geführt. Woran kann man das beobachten?

Stephan Grünewald: Neben der Wertschätzungskrise hatten wir eine Orientierungskrise. Das letzte Jahrzehnt war durch Große Koalitionen und durch eine Bundeskanzlerin gekennzeichnet, die als „Mutter Merkel“ als oberste Wächterin des deutschen Auenlandes fungierte. Mit deutschem Auenland meine ich ein Gefühl, dass Deutschland eines der letzten Paradiese ist: Wir haben eine halbwegs intakte Gesundheitsversorgung, eine florierende Wirtschaft und niedrige Arbeitslosenzahlen. Diese Saturiertheit, in die wir als Gesellschaft geraten sind, hat dazu geführt, dass die Menschen ihre Welt aufgespalten haben; einerseits in das Auenland und andererseits in das Grauenland. Alles, was vor Corona als bedrohlich erschienen ist, wurde von uns weggeschoben ins Grauenland, beispielsweise der Terrorismus, die Flüchtlingskrise, der Klimawandel. Jetzt erleben wir zum ersten Mal, dass man das nicht trennen kann, dass das Grauenland ins Auenland einbricht.

Diese Auenland-Saturiertheit führte vor der Coronakrise dazu, dass wir uns ungemein schwer damit getan haben, eine

Veränderungsbereitschaft zu entwickeln. Wir waren in einem Zustand, wo wir am liebsten die Zeit angehalten und uns in einer permanenten Gegenwart verbunkert hätten. Die Verwandlungsenergie, die im Land schlummerte, wurde nicht kanalisiert, sondern tobte sich zum Teil in Übersprunghandlungen und in Hasstiraden an den Rändern aus.

Sie bezeichnen den Mangel an Wertschätzung als Spaltpilz des Zusammenhalts in der Gesellschaft. Ist mangelnde Wertschätzung der Hauptgrund, warum unsere Gesellschaft in einer angespannten Verfasstheit ist?

Stephan Grünewald: Die Aufgewühltheit, die ich in meinem Buch konstatiert habe, rührt nicht nur von der mangelnden Wertschätzung her, sondern auch von dieser Auenland-Saturiertheit, die dazu führt, dass die Verwandlungs- und Gestaltungsenergien so seltsam ausgebremst wurden. Die Aufgewühltheit hängt auch mit der Orientierungskrise zusammen. Wir haben den inneren Kompass verloren, wir wissen nicht mehr, was programmatisch richtig und wichtig ist. Das führt zu Verschwörungstheorien und zu Radikalisierungen als Versuch, wieder eine einfache Orientierung zurückzugewinnen.

Großen Einfluss hat die Digitalisierung mit ihren Heilsversprechen, dass wir alle über das Smartphone einen magischen Zeigefinger haben und dass alle Prozesse, die früher mühselig waren, jetzt im Handstreich ermöglicht werden können. Dadurch sinkt die Duldsamkeit für das Analoge, das immer noch kleinteilig und mühselig ist. Diese Gemengelage führt zu Unruhe und Aufgewühltheit. Die Bürger haben das Gefühl, es gibt keine

gemeinsamen Anstrengungen und Visionen mehr, und ein Teil der Gesellschaft glaubt, die Welt wäre besser, wenn der andere Teil entweder gar nicht da wäre oder sein Leben komplett umstellen könnte. Die einen sagen, wenn wir jetzt die grünen Moralapostel nicht mehr hätten, dann wäre das Leben einfacher und besser, und die anderen sagen dies mit Blick auf all die Dieselfahrer und Fleischverputzer. Das heißt, wir haben einen ideellen Kampf zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus.

Woran wird die mangelnde Wertschätzung sichtbar?

Stephan Grünewald: In der materiellen Ebene ist diese Wertschätzungskrise konkret erfahrbar. Wenn Menschen ihr Geld zur Bank bringen – Geld repräsentiert die Lebens- und Arbeitsleistung – und es wirft keine Zinsen mehr ab, dann wird das auch als Entwertung erlebt. Wenn in den Ballungsgebieten die Menschen das Gefühl haben, der Wohnraum ist nicht finanzierbar, dann fühlen sie sich wie Vertriebene im eigenen Land. Wenn Menschen das Gefühl haben, dass es, wenn man alt wird, einen Pflegenotstand gibt, dann führt das zu Verwerfungen.

Wird sich die gesellschaftliche Spaltung nach der Coronakrise weiter zuspitzen, oder können die Gräben auch wieder zugeschüttet werden?

Stephan Grünewald: Ich beschreibe in meinem Buch zwei Szenarien: zum einen ein produktives Erwachen, das mit der Rückbesinnung einhergeht, dass Demokratie auch Streit und Auseinandersetzung bedeutet. Diese Auseinandersetzungs-

prozesse sind zwar langwierig, aber sie führen dazu, dass wir immer wieder einen Perspektivwechsel ermöglichen, der in der Lage ist, auch die andere Seite zu verstehen. So kann es zu Kompromissen und Befriedigungsangeboten kommen, die für alle tragfähig sind. Das zweite Szenario wäre ein böses Erwachen mit einem zivilisatorischen Rückfall in eine totemistische Kultur, in der es wieder einen „Führerkult“ und vorgebliche Lösungen für die Ewigkeit gibt und die Menschen über das Totentier, über den „Führer“, eine fast versessene Verbundenheit verspüren wollen.

Was ist das wahrscheinlichere Szenario?

Stephan Grünewald: Die Coronakrise kann dazu führen, dass wir in eine produktive Rückbesinnung kommen. Im Moment erleben wir einen Zuwachs des Vertrauens in die Politiker, die bereit sind, auch unbequeme Maßnahmen zu treffen. Wir spüren auch Solidarität und Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung. Eine Krise kann auch immer dazu führen, dass sich eine Gesellschaft wieder auf das besinnt, was ihr wichtig ist, und dass ein neues Gemeinschaftsgefühl entsteht. Im Moment sind wir in einer kippeligen Phase. Es könnten auch Stimmen laut werden, die die Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 für vollkommen unangemessen halten, sodass letztendlich zwei Lager entstehen, die auch parteipolitisch besetzt werden. Die einen sagen, das ist alles komplett übertrieben, lasst uns jetzt auf Herdenimmunität machen und hoffen, dass das möglichst schnell durchgestanden ist. Und die anderen, die die Maßnahmen für angemessen erachten, sind bereit, das erst einmal gemeinsam durchzustehen.

Wie kann man den Spaltungstendenzen in der Gesellschaft entgegenwirken?

Stephan Grünewald: Gemeinschaft entsteht, wenn es gemeinsame Projekte gibt, sprich Visionen, wo alle das Gefühl haben, das verbindet uns und da kann jeder auch persönlich seinen Beitrag leisten. Aber auch gemeinsame Bedrohungen, wie wir sie jetzt erleben, können so eine Kraft haben. Wenn das wegfällt, wenn wir in dieser permanenten Gegenwart sind, wenn es keine gemeinsamen politischen Überzeugungen mehr gibt, sondern großkoalitionäre Orientierungslosigkeit, dann driftet die Gesellschaft in Polarisierungen und Radikalisierungen ab, und das verschärft die Wertschätzungskrise.

Zu den großen gesellschaftlichen Debatten gehört der Klimawandel. Die „Fridays for Future“-Bewegung spielt eine wichtige Rolle, und sie hat auch zwischen den Generationen polarisiert. Was motiviert sie dazu?

Stephan Grünewald: Wir haben hierzu letztes Jahr Tiefeninterviews durchgeführt und Studien erstellt. Ein Generationenkonflikt lässt sich nicht erkennen. Die jungen Leute sind komplett anders drauf als die 68er-Bewegung. Die 68er hatten das Gefühl, in einer bornierten und betonierten Welt zu leben – mit Eltern, die autoritär sind. Man wollte eine andere Welt und den Bruch mit den Alten.

Jetzt haben wir eine Jugend, die findet ihre Eltern ganz nett, annehmbar und tolerant. Diese Jugendlichen wollen die Welt, so wie sie ist, erhalten. Es geht im Grunde darum, einen Wandel zu verhindern – sowohl den Klimawandel als auch einen gesellschaftlichen Wandel, weil die

meisten Jugendlichen das Auenland auch als paradiesisch erleben. Die Jugendlichen sind in einer Bereitstellungskultur, die ihnen ungeheuer viele Möglichkeiten eröffnet, wo sie eine große Wahl jenseits der prekären Verhältnisse an Versorgtheit erleben. Der einzige Kritikpunkt ist, dass man das Gefühl hat, die erwachsene Welt hat einen anderen zeitlichen Horizont im Blick, und die guckt nicht über ihre Lebenslaufzeit hinaus. Da sagt die junge Generation, wir starten einen Weckruf dergestalt, dass wir die Alten darauf aufmerksam machen, da ist etwas im Argen. Aber das führt nicht zu einer Fundamentalkritik, sondern die jungen Leute sagen, wir trauen den Alten zu, die haben die Kompetenz, die haben das Know-how und auch die Macht, an diesen Zuständen etwas zu ändern.

Ist die „Fridays for Future“-Bewegung also generationenübergreifend?

Stephan Grünewald: Die Idealvorstellung ist nicht der Bruch der Generationen, sondern dass man freitags mit den Eltern, Großeltern und Lehrern sozusagen händchenhaltend für den Klimawandel auf die Straße geht. Wenn man dann mit Erwachsenen spricht, sagen die: Ja, wir sind froh, dass es jetzt eine junge Generation gibt, die sich wieder ein bisschen politisiert. Und wir glauben, wenn die irgendwann Verantwortung tragen, werden sie schon etwas ändern. Das heißt, wir haben keinen Konflikt, sondern wir haben eine Betroffenheitssymbiose, wo die Jungen darauf bauen, dass die Älteren auf den Weckruf reagieren, und die Älteren darauf bauen, dass die Jugend reagiert, wenn sie etwas reifer und etablierter geworden ist.

Trotzdem hat man den Eindruck, dass der Umgang miteinander manchmal sehr konfrontativ ist.

Stephan Grünewald: Ja, aber das ist keine Generationenfrage, sondern es ist eine Frage der politischen Haltung. Das entspinnt sich an ähnlichen Linien, die auch in der Flüchtlingskrise zu Wertschätzungsproblemen und zu Spaltungstendenzen geführt haben. Ein Politiker hat das auf die Formel gebracht, dass manche Bürger mehr Angst vor dem Monatsende als vor dem Ende der Welt haben. Für jeden, der drei Jobs hat, der in prekären Verhältnissen lebt, der jetzt in der Coronakrise vor dem Existenzkollaps steht, ist der Klimawandel eher ein fernes oder abstraktes Problem, während es für andere eine ernst zu nehmende und fundamentale Herausforderung ist. Das ist aber keine Sache, die man an den Generationen festmachen kann. Wir finden auch unter den Jugendlichen Leute, die „Fridays for Future“ für Humbug halten und lieber eine Party machen oder arbeiten gehen.

Wie wird es mit der Bewegung weitergehen? Ist es denkbar, dass „Fridays for Future“ nach der Coronakrise nicht mehr existiert?

Stephan Grünewald: Die Coronakrise wird das überlagern. Wir machen in dieser Krise auch die Erfahrung, dass „heilige Kühe“ und Selbstverständlichkeiten, die bisher als unverzichtbar galten, in Rekordzeit geschlachtet werden. Hinsichtlich der Maßnahmen gegen den Klimawandel galt: Wir können diesen nur verhindern, wenn wir uns auf einen Wandel einlassen und anders mit unseren Ressourcen umgehen. Das machen wir jetzt seit Wochen.

Die Frage ist, wie sich die Gesellschaft nach der Coronakrise aufstellt. Bei einem Wirtschaftskollaps sind den Menschen finanzielle Sorgen näher als die Klimafrage. Es kann sein, dass wir aus der Krise etwas mitnehmen, dass wir die Erfahrung gemacht haben, wir sind verzichtsfähig, und weniger kann durchaus mehr sein. Es kann aber auch sein, dass wir in eine Situation hineinschlingern, wo es für viele in den nächsten Jahren darum geht, das alltägliche Überleben zu sichern. Und dann spielt der Klimawandel erst einmal keine Rolle.

Halten Sie es für möglich, dass sich die „Fridays for Future“-Bewegung radikalisiert?

Stephan Grünewald: Es gibt drei Szenarien, was diese Bewegung angeht: Das erste ist, sie verstetigt sich, und steter Tropfen höhlt den Stein. Das zweite ist, sie merkt, sie kommt nur aus der Betroffenheitssymbiose heraus, indem sie sich radikalisiert. Dadurch kündigt sie aber auch diesen händchenhaltenden generationsübergreifenden Konsens auf. Und das dritte Szenario, das schon vor der Coronakrise ansatzweise spürbar war, ist, dass die Bewegung langsam diffundiert. Teile der Bewegung scheinen sich zu erschöpfen, andere sich zu radikalieren.

Das Gespräch führte Ralf Thomas Baus telefonisch am 24. März 2020.

Die Fortschrittsfalle

Zur Moralisierung gesellschaftspolitischer Debatten

CHRISTOPH RAEDEL

Geboren 1971 in Neubrandenburg,
Professor für Systematische
Theologie an der Freien Theo-
logischen Hochschule Gießen,
Altstipendiat und Vertrauensdozent
der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Ein Kameranäher genügt, um Ellen DeGeneres unter Erklärungsdruck zu bringen. Bei einem Spiel der *National Football League* sah man die Fernsehmoderatorin, die mit einer Frau verheiratet ist, neben dem früheren Präsidenten George W. Bush sitzen und gemeinsam lachen – mit eben dem Präsidenten,

der die gleichgeschlechtliche Ehe ablehnt. In den sozialen Netzwerken sah sich DeGeneres genötigt, ihrer Community zu erklären: „Die Sache ist die: Ich bin mit George W. Bush befreundet. Tatsächlich habe ich viele Freunde, die nicht die gleichen Ansichten haben wie ich.“¹ Dass diese Feststellung heute offensichtlich Nachrichtenwert hat, lässt aufmerken.

Doch die Momentaufnahme fügt sich in das größere Bild einer zunehmenden Polarisierung und Moralisierung gesellschaftspolitischer Diskurse ein, in denen weniger Sachargumente zählen als vielmehr Emphase und Entrüstung. Wenn linksradikale Studentengruppen Rednerauftritte stören, Hochschullehrer in der Ausübung ihrer Lehrverpflichtungen behindern oder – wie es in Frankreich der frühere Staatspräsident François Hollande erleben musste – sogar Bücher verbrannt werden,² dann sollen damit paradoxerweise „liberale“ Wertvorstellungen wie Vielfalt, Toleranz und Antidiskriminierung verteidigt werden. Und wenn rechtsradikale Akteure Leitmedien zur „Lügenpresse“ erklären und das Gedenken an das nationalsozialistische Unrecht als „Schuldskult“ bezeichnen, dann sollen damit Äußerungen politischer Gegner als indiskutabel diskreditiert werden. Von den Entgleisungen in der Anonymität der virtuellen Welt ganz zu schweigen. Der argumentative Streit wird erschwert, wenn politische Gegner vorschnell moralisch diskreditiert werden und sie nicht über Wertedifferenzen, sondern wahlweise als Reaktionäre oder Volksfeinde wahrgenommen werden.

In der Moralisierung politischer Diskurse werden Hintergrundannahmen wirksam, die Entrüstung und Erregung befeuern und die Interpretation von Vorgängen leiten. Im Folgenden kann es nicht um die Fülle solcher in den Debatten wirksam werdenden Hintergrundannahmen gehen. Ich konzentriere mich hier auf eine Grundannahme: die eines globalen moralischen Fortschritts. Ihr soll die Wertschätzung als Anerkennung von Differenz entgegengestellt werden, bevor ich aus der Perspektive der christlichen Ethik Wege zu größerer Wertschätzung unter den politischen Kontrahenten andeute.

WAS HEISST „MORALISCHER FORTSCHRITT“?

In einem von Moralisierungen aufgeheizten Debattenklima geht die Sprachfähigkeit zwischen Menschen mit unterschiedlichen Biographien, Lebenspräferenzen und Gruppenidentitäten immer mehr verloren. Die Gründe dafür sind mannigfaltig; zu den einflussreichen Diskursbedingungen gehören aber Hintergrundannahmen, also zumeist implizit bleibende Vorstellungen, wie die von einem quasi gesetzmäßigen und globalen moralischen Fortschritt. Von dieser Annahme her bezeichnen diejenigen, die sich als progressiv verstehen, bestimmte Wertüberzeugungen als rückständig und keiner ernsthaften Diskussion wert. Hier kommt es zu einer Verschiebung der Diskurskultur, bei der das (für einige) politisch Erstrebenswerte als das *moralisch unanfechtbar* höherstehende Gut vertreten wird. Es durchzusetzen, erscheint als ein moralischer Imperativ, dem sich kein Mensch vernünftigerweise widersetzen dürfe. Auf diese Weise werden immer mehr Themen, sei es Zuwanderung, Elektromobilität oder die „Ehe für alle“, dem Sachdiskurs entzogen, indem als rückständig etikettierte Überzeugungen einfach für *moralisch* abwegig erklärt werden.³

Die in der westlichen Geistesgeschichte auf unterschiedliche Weise ausgearbeitete These vom moralischen Fortschritt wird von dem Soziologen Christian Welzel so vertreten, dass sich global eine Entwicklung von Überlebenswerten hin zu emanzipativen Werten vollziehe, und das in dem Maß, wie Menschen die Früchte zunehmender Freiheit für sich in Anspruch zu nehmen wissen.⁴ Als Überlebenswerte identifiziert er Sicherheit, Disziplin, Familie und Religion; emanzipative Werte sind demgegenüber Selbstverwirklichung, Geschlechtergleichheit sowie die Akzeptanz von ethnischer und sexueller Vielfalt. Von dieser Basisannahme aus ordnet Welzel die Gesellschaften der verschiedenen Staaten in eine globale Wertematrix ein, wobei solche Staaten als moralisch am weitesten entwickelt gelten, in denen sich die Menschen nicht mehr von vorgegebenen, also ethnischen, familialen und religiösen Gemeinschaftsformen her bestimmen lassen, sondern Selbstverwirklichungswerte am höchsten schätzen. Konkret findet sich hier Schweden in einer Spitzenposition wieder, während die US-Amerikaner aufgrund ihrer immer noch hohen Religiosität weiter unten rangieren. Als demokratisch gesinnt gelten für Welzel Gesellschaften, die emanzipative Werte wertschätzen. Zustimmung zu Gewaltenteilung und Meinungspluralismus genügt hierfür noch nicht.⁵

Watzels Forschungsansatz gibt sich als von einer allgemeinen Vernunft geleitet, steht und fällt aber mit dem ihm zugrunde liegenden Freiheitsverständnis, das, kurz gefasst, Freiheit als Befreiung des Menschen von ihm vorausliegenden Bindungen deutet. Wir haben es hier mit einer „halbierten“, weil rein negativen Freiheitskonzeption zu tun, die Freiheit als Ablösung von den sozialen und geschichtlichen Lebensvorgaben interpretiert und diese per se als Fremdbestimmung zurückweist. Ein solches Freiheitsverständnis ist jedoch unzureichend, weil das alleinige Abstellen auf die individuelle Selbstverwirklichung weder den Zusammenhalt einer Gesellschaft zu gewährleisten noch die Ausrichtung des Individuums auf das Gemeinwohl zu begründen vermag.

„ANYWHERE“ UND „SOMEWHERE“

Zugleich stehen gesellschaftspolitische Diskurse von diesem Ansatz her gedeutet unter der Prämisse eines moralischen Gefälles: Vom Standpunkt der Privilegierung emanzipativer Werte aus müssen Überzeugungen, die zum Beispiel Sicherheit und Familie stärker gewichten, als defizitär, rückständig und unvernünftig gelten. Das klingt an, wenn Welzel Menschen mit solchen Wertüberzeugungen als „illiberale Demokraten“ bezeichnet, die überwiegend älter und bildungsfern, demgegenüber emanzipative Liberale (zum Glück) jünger und auf dem Vormarsch seien.⁶ Hier werden die „progressiven“ gesellschaftlichen Akteure am moralischen Zenit verortet, womit zugleich auch der moralisch zurückgebliebene Rand definiert ist. Einer Wertschätzung des politischen Gegners ist damit der Weg abgeschnitten.

Widersprüche innerhalb der westlichen Gesellschaften, soviel ist also deutlich, werden heute nicht mehr einfach zwischen sozialen, ethnischen oder geschlechtlichen Gruppen ausgetragen, sondern vielfach auch zwischen kulturellen Identitäten, hinter denen sich Menschen unterschiedlicher Zugehörigkeiten versammeln. Bezogen auf die den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union (EU) begleitenden Debatten hat dies David Goodhart nachvollziehbar dargelegt.⁷ Er unterscheidet dabei zwei kulturelle Identitäten: Die „Anywheres“ definieren sich demnach über eine „achieved identity“, für die entscheidend ist, was man erreicht beziehungsweise was man sich selbst erarbeitet hat (Abschlüsse, Beförderungen, Auszeichnungen). „Anywheres“ sind eher kosmopolitisch; sie können – Internetzugang vorausgesetzt – praktisch überall ihrem Lebensentwurf folgen. Die „Somewheres“ stützen sich demgegenüber auf eine „ascribed identity“, für die wichtig ist, verbindlichen Gemeinschaftsgefügen zuzugehören (Familie, Vereinen, festen Orten, Ritualen). Goodhart arbeitet heraus, dass britische Regierungen seit Jahrzehnten, und zwar unabhängig von der politischen Couleur, in zentralen Politikbereichen (Bildungspolitik, Freihandel, Migration) den Leitvorstellungen der „Anywheres“ gefolgt sind und Lebensentwürfe gefördert haben, denen die geistige und räumliche Mobilität wichtiger ist als traditionelle Verbindlichkeiten und räumliche Verbundenheit. Goodhart geht es nicht darum, diese Lebensentwürfe zu bewerten. Er möchte vielmehr in seinem eigenen, dem eher linksliberalen Milieu dafür werben, „Somewheres“ nicht als kulturell reaktionäres Randmilieu zu diskreditieren. Wertschätzung ist erlernbar.

ÜBERRASCHEND BESTÄNDIGE IDENTITÄTEN

Auf deutsche Verhältnisse bezogen wirft Goodharts Analyse die Frage auf, ob nicht auch hierzulande „Repräsentationslücken“ für Menschen entstanden sind,⁸ die in tradierten Gemeinschaftsformen viel Bewahrenswertes finden und Regeln der „politischen Korrektheit“ (wie „Wintermarkt“ statt „Weihnachtsmarkt“) keinesfalls für den Ausdruck einer begrüßenswerten kulturellen Offenheit oder gar für alternativlos halten. Es dürfte sich als fatal erweisen, die (nicht nur) in der Bevölkerung Ostdeutschlands artikulierten Befindlichkeiten als hauptsächlich durch ökonomischen Mangel bedingt verstehen und überwinden zu wollen.⁹ Dahingehende Vorschläge sind als politische Reflexe zu deuten, hinter denen die Hilflosigkeit steht, mit konservativen kulturellen Identitäten umzugehen, die sich nicht nur hierzulande als überraschend beständig erweisen. Dabei sind Veränderungen in Lebensformen und Einstellungen überhaupt nicht zu leugnen. Zurückzuweisen ist jedoch der Versuch, Überzeugungen an der oben skizzierten Matrix eines gewünschten moralischen Fortschritts zu bemessen. Das ist schlicht bevormundend.

Auch mit dem weithin konturlosen und daher in seiner Verwendung beliebigen Begriff des „Populismus“ sollte vor diesem Hintergrund zurückhaltend agiert werden.¹⁰ Kaum zutreffend sind Kriterien wie diejenigen, wonach als Populisten solche Menschen gelten, die komplizierte Sachverhalte vereinfachen oder mit den Ängsten der Menschen spielen. Komplexe Sachverhalte eindrucklich darzulegen und zuzuspitzen, ist in einer Demokratie von jeher Element der Wähleransprache. Und Ängste können sich auf durchaus reale Gefährdungen beziehen und dabei sinnvolle oder nötige Verhaltensänderungen bewirken. Zumindest entsteht dieser Eindruck in der „Klima-Debatte“.

Jan-Werner Müller hat zwei Haltungen als im Kern populistisch identifiziert, nämlich die Ablehnung von Eliten in Verbindung mit der Ablehnung von Vielfalt.¹¹ Populisten erhöhen also den Anspruch, nur *sie* repräsentierten das Volk, und zwar das *ganze* Volk. Doch ohne Berücksichtigung des konkreten Kontextes bleiben auch diese im Kern hilfreichen Kriterien unscharf.¹² Allzu häufig wird „Populismus“ nicht als analytische Bezeichnung, sondern als politischer Kampfbegriff verwendet.¹³ Wenn es darum geht, konkrete Bedrohungen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu identifizieren, dann sollten deren Feinde als das bezeichnet werden, was sie sind: als *anti-demokratisch*. Im Interesse aller Demokraten müssen Feinde der demokratischen Grundordnung von politischen Gegnern, mit denen die demokratische Auseinandersetzung zu suchen ist, unterschieden werden. Die eilfertige „Skandalisierung von Positionen“ (Marie-Luisa Frick), die dann keiner Diskussion mehr wert erachtet werden, unterläuft diese Unterscheidung.

WERTSCHÄTZUNG ALS ANERKENNUNG VON DIFFERENZ

Die Annahme, dass Selbstverwirklichung höher zu schätzen sei als familiäre Bande oder religiöse Pflichten, versteht sich keineswegs von selbst. Vielmehr stehen hinter solchen Gewichtungen jeweils „starke Wertungen“ (Charles Taylor), die auf unterschiedliche moralische Quellen verweisen. Es ist der öffentlichen Debattenkultur abträglich, wenn die Hintergrundannahmen der Gesprächsteilnehmer unartikuliert bleiben, weil argumentiert wird, dass eine bestimmte Einstellung schon deshalb geboten sei, weil sich Lebensweisen verändert oder bestimmte Überzeugungen überlebt hätten. Wer den Wandel in eine bestimmte Richtung für „selbstverständlich“ hält, muss ihn nicht mehr begründen.

Eine christliche Ethik vermag in diesen Fragen insofern Orientierung zu geben, als sie auf eine lange Tradition zurückgreifen kann, in der das Transparent-Machen der moralischen Imperative (Höherachtung des anderen, Nächstenliebe, Verzicht auf Vergeltung et cetera) auf die ihr *zugrunde liegenden* Überzeugungen (der unverdienten Zuwendung des barmherzigen und

gerechten Gottes zu allen Menschen in Jesus Christus) eingeübt wurde und wird. Dazu abschließend drei Hinweise:

Erstens: Als *Geschöpf und Ebenbild Gottes* ist der Mensch mit der Würde ausgestattet, sich auf ein ihm vorausliegendes Gemeingut hin zu bestimmen, dem die Verwirklichung des eigenen Lebensentwurfs dient. Um herauszufinden, was es mit dem Menschen auf sich hat, braucht es mehr als den einzelnen Menschen. Es braucht den Dialog als Weise der Selbst- und Welterkenntnis. Dabei beginnt das Leben eines Menschen in vorgefassten Zuordnungsverhältnissen wie der Familie und dem Volk, in denen ein Mensch zwar nicht aufgeht, von denen er aber auch nicht absehen kann, will er sich selbst nicht verleugnen. Dialog schätzt den anderen wert, absolute politische Ansprüche negieren den anderen.

Zweitens: Als *endliches und fehlbares Geschöpf* kann sich der Mensch des Sinns und Ziels seines Daseins nicht selbst vergewissern. Die Wahrheit über das eigene Dasein erschließt sich in einer Weise, die vom Staat weder verfügt noch verbindlich gemacht werden kann. Daher gründen Menschen im demokratischen Staat ihr Leben in Überzeugungen, die in Konkurrenz und Konflikt miteinander stehen (können). Solche religiös-weltanschaulichen Überzeugungen sind der Wurzelgrund, auf dem starke Wertungen und die Motivation zum Handeln wachsen können. Zur freiheitlichen Demokratie gehören daher „agonistische“ Konflikte (Chantal Mouffe), die „die politische Gemeinschaft nicht zerstör[en], da die Gegner sich durch ein gemeinsames Band, wie insbesondere das Bekenntnis zum demokratischen Rahmen ihres Konfliktes, verbunden fühlen“.¹⁴ Die Grenzen der Arena, in denen diese Konflikte ausgetragen werden, sind durch die Verfassung gezogen, nicht durch wechselnde Identitätspolitik, die vorzugeben beanspruchen, was gesagt werden darf und was nicht. Wertschätzung setzt die Anerkennung von Differenz voraus und hält sie aus.

Drittens: Zivilisierte politische Debatten brauchen die *Artikulation weltanschaulicher Grundüberzeugungen*, also moralischer Hintergrundannahmen, auf die sich vertretene und praktizierte Bewertungen beziehen. Der „view from nowhere“ (Thomas Nagel), also der Standpunkt der neutralen Vernunft, ist dem Menschen weder möglich, noch ist er überhaupt wünschenswert. Wer ihn für sich beansprucht, steht in der Gefahr, dass sein Wohlwollen den anderen gegenüber, die für die „einzig vernünftige“ Einsicht gewonnen werden sollen, in Verachtung oder Aggression umschlägt angesichts des Unwillens Andersdenkender, sich dem „evident Guten“ anzuschließen. Demgegenüber schließt Wertschätzung anderer die Anerkennung von Differenzen auch im Grundsätzlichen ein.

Manchmal sind es geschichtliche Einschnitte, die zum Umdenken bewegen; man denke an die Katastrophe von Fukushima. Was wäre eigentlich, fragt Udo di Fabio im Sinne eines Gedankenexperiments, „wenn man die heute im gesamten Westen ohne großes Aufheben durchgeführten, in

jedem Jahr in die Millionen gehenden Abtreibungen in einer zukünftigen Zeit mit nur einer etwas anders gewichteten Werteordnung als schweres Verbrechen an der menschlichen Gattung verstünde? Was wäre, wenn nach dem kulturellen Sieg einer solchen Auffassung uns Zeitgenossen von heute entgegengehalten würde, wir hätten diesen doch leicht erkennbaren Verstoß gegen universelles, für alle Menschen geltendes Recht sehen und ihm entgegenzutreten müssen?¹⁵ Wenn wir solche Gedankenexperimente nicht mehr ertragen können, sind wir vom moralischen Zenit weiter entfernt, als wir uns eingestehen wollen.

¹ „Wir sind alle verschieden“. Ellen DeGeneres verteidigt ihre Freundschaft mit George W. Bush, www.stern.de/lifestyle/leute/ellen-degeneres-verteidigt-ihre-freundschaft-mit-george-w-bush-8943976.html [letzter Abruf: 18.03.2020].

² „Buchzerstörer. Intellektuelle fordern akademische Freiheit“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.11.2019.

³ Vgl. dazu Hermann Lübke: Politischer Moralismus. Der Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft, Münster 2019 (zuerst erschienen 1985).

⁴ Vgl. Christian Welzel: Freedom Rising. Human Empowerment and the Quest for Emancipation, Cambridge 2013.

⁵ Die Identifizierung von Grundsätzen der Demokratie mit bestimmten Überzeugungen des Liberalismus kritisiert Ryszard Legutko in seinem Buch „The Demon in Democracy. Totalitarian Temptations in Free Societies“, New York 2016.

⁶ Vgl. Guido Mingels: „Wie die Welt moralisch tickt“, in: Spiegel online, 28.12.2018, www.spiegel.de/plus/christian-welzel-wie-die-welt-moralisch-tickt-a-00000000-0002-0001-0000-000161577215 [letzter Abruf: 18.03.2020].

⁷ Vgl. David Goodhart: The Road to Somewhere. The New Tribes Shaping British Politics, London 2017.

⁸ Zum Begriff vgl. Werner J. Patzelt: „Repräsentationslücken‘ im politischen System Deutschlands?“, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften 13/1 (2015), S. 99–126.

⁹ Das ist die Tendenz bei Philip Manow: Die Politische Ökonomie des Populismus, Frankfurt am Main 2018.

¹⁰ Zum Folgenden vgl. auch Michael Meyer-Resende: „So ist die Welt aber gar nicht“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.12.2019.

¹¹ Vgl. Jan-Werner Müller: Was ist Populismus? Ein Essay, Frankfurt am Main 2016.

¹² Man bedenke zum Beispiel, dass zum Untergang des SED-Regimes der DDR Demonstranten beitrugen, die ihren Protest gegen die Staatselite zum Ausdruck brachten und ausweislich des Slogans „Wir sind das Volk“ den Anspruch erhoben, im Unterschied zu den das Regime tragenden Bevölkerungsgruppen das ganze Volk zu repräsentieren. Nach Müllers Definition war das Populismus.

¹³ Vgl. Marie-Luisa Frick: Zivilisiert streiten. Zur Ethik der politischen Gegnerschaft, Stuttgart 2017, S. 53 f.

¹⁴ Ebd., S. 30.

¹⁵ Udo di Fabio: Die Kultur der Freiheit, München 2005, S. 252.

Verführung und Wertschätzung

Herausforderungen durch „neu-rechte“ Modernisierer

UWE BACKES

Geboren 1960 in Greimerath (Kreis Saarburg), Politikwissenschaftler, Stellv. Direktor des Hannah-Arendt-Instituts, außerplanmäßiger Professor am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Dresden.

Seit wenigen Jahren zählt Deutschland nicht mehr – wie etwa Portugal und die Republik Irland – zu den Ausnahmeländern in Europa ohne erfolgreiche Rechtsaußenparteien auf nationaler Ebene. Damit scheint auch eines der zentralen Argumente für die deutsche Sonderrolle entkräftet: Man habe die Lektionen aus der verbrecherischen Geschichte des Nationalsozialismus gelernt. Die Auseinandersetzung mit der Alternative für Deutschland (AfD)

folgt diesem Interpretationspfad, indem sie sich häufig aus dem Arsenal des klassischen Antifaschismus bedient, „Nazis“ und „Völkische“ am Werk sieht und mahndend das Ende der Weimarer Republik beschwört.

Vor allem Vertreter des am 30. April 2020 ohne erkennbare Folgen offiziell aufgelösten AfD-„Flügels“ liefern solchen Deutungen reichlich Nahrung. So treten Kontinuitäten ins Zentrum, während offenkundige Diskontinuitäten

zu wenig Beachtung finden. Mit Recht warnen Historiker wie Heinrich August Winkler vor einer Überstrapazierung historischer Analogien, einer Überdehnung von Begriffen wie Faschismus und einem Weimar-Alarmismus, der wenig zur Diagnose der aktuellen Lage beiträgt: „Es ist absurd, ständig den Untergang der Weimarer Republik zu beschwören. Das, was in Erfurt geschehen ist, ist alarmierend genug. Aber mit falschen Analogien wird die gegenwärtige Situation der deutschen Demokratie in ein völlig falsches Licht gerückt.“ Offenbar sei vergessen, dass der Republik 1932 eine demokratische Mehrheit im Reichstag fehlte und auf den Straßen bürgerkriegsähnliche Zustände herrschten. Die AfD ähnele eher den damaligen Deutschnationalen, eine „antidemokratische, nationalistische und reaktionäre Rechtspartei mit einem starken völkisch-rassistischen Flügel“.¹ Und in der Tat scheinen die erinnerungspolitischen Signale, wie sie von „Kyffhäusertreffen“ oder dem Plädoyer für die Dekontaminierung der deutschen Kolonialgeschichte ausgehen, eher in Richtung Wilhelminismus zu weisen.

Jedoch dürfen die unleugbaren Kontinuitätslinien, die zu den Pickelhauben und zum Deutschnationalismus führen, nicht zu fett gezeichnet werden. Gegenüber der „alten Rechten“ erbringt die „neue Rechte“ (wenn man sie so nennen will) Modernisierungsleistungen – durchaus wertneutral zu verstehen –, deren Missachtung ihre Mobilisierungskraft zu einem unauf lösbaren Rätsel macht.

MODERNE RECHTSPOPULISTEN

Diese Modernisierungsleistungen lassen sich gut im Vergleich zur Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) erkennen, die nicht aufgrund des (gescheiterten) Verbotsverfahrens, sondern wegen der gemäßigteren Konkurrenz einstweilen „in der Versenkung verschwunden“ zu sein scheint. Die ausgeprägte NS-Affinität dieser Partei haben Verfassungsschutzbehörden, Verfassungsrichter und Extremismusforscher umfangreich dokumentiert und analysiert. Ihr einziger Vertreter im Europaparlament vor dem Scheitern bei den Wahlen vom Mai 2019 wurde von der Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ (ENF) um Marine Le Pen gemieden wie ein Aussätziger, während die AfD inzwischen zum festen Bestandteil der Nachfolgefraktion „Identität und Demokratie“ (mit dem *Rassemblement National*, der *Lega* Matteo Salvini und der Freien Partei Österreichs [FPÖ]) geworden ist. Die AfD hat sich im Vergleich zu ihren Anfängen unter Bernd Lucke radikalisiert, aber weniger im Sinne der NPD als in Richtung auf das ideologisch-programmatische Profil der „rechtspopulistischen“ Parteienfamilie, wie sie sich um Le Pen und Salvini versammelt.

Diese Parteien stellen sich auf den Boden der „Jerusalemser Erklärung“ (2010), die – unter maßgeblicher Beteiligung der FPÖ – den Kampf gegen

„den Islam als ein totalitäres System mit dem Ziel der Unterwerfung der Welt“ zum Schutz auch der „jüdisch-christlichen kulturellen Werte“ propagiert, das Existenzrecht des Staates Israel und die Notwendigkeit der „Selbstverteidigung“ gegenüber „islamischem Terror“² betont. Diese Position lässt sich zugespitzt als prozionistischer Antiislamismus kennzeichnen, und sie passiert eine Grenze, die von NS-affinen Parteien wie der NPD niemals überschritten werden könnte. Denn Antisemitismus wird hier nicht von „lunatic fringe“ auf den hinteren Rängen (wie einem seit Kurzem aus der AfD ausgeschlossenen Wolfgang Gedeon im Stuttgarter Landtag) kultiviert, sondern bildet den Markenkern. Daher wäre es undenkbar, dass sich in der NPD eine Vereinigung „Juden in der NPD“ formiert, die sich unter anderem gegen die „unkontrollierte Masseneinwanderung junger Männer aus dem islamischen Kulturkreis“ mit einer „antisemitischen Sozialisation“³ wendet. Die NPD wettet seit einigen Jahren ebenfalls gegen Deutschlands „Islamisierung“, sucht jedoch gleichzeitig Einvernehmen mit dem Chef der Hisbollah im Libanon, um deren Kampf gegen den „Islamischen Staat“ und den Einsatz für die Opfer des „alltäglichen israelischen Terrors“⁴ gebührend zu würdigen.

In der NPD musste ein Parteivorsitzender unter anderem wegen angeblicher homosexueller Verfehlungen zurücktreten. In der AfD verkörpert Alice Weidel nicht nur den weiblichen Anteil an einer eher kollektiven und uncharismatischen Führung, sondern auch die Anerkennung von Lebensformen, die vom traditionellen Familienbild abweichen. Die europäischen Bündnispartner haben der AfD vorgemacht, wie man auf sozialen Wandel reagiert und durch Wertschätzung neue Wählergruppen erschließt: Geert Wilders trug in der Zeit der Tolerierung des Minderheitskabinetts Rutte (2010/11) mit der rot-grünen Opposition zur Stärkung von LGBT-Rechten (*Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender*) bei, und Marine Le Pen holte eine stattliche Zahl von Vertretern der Community in Führungsämter, um Unvoreingenommenheit und das Abrücken von überholten sozialen Konventionen zu demonstrieren. In ihren Stellungnahmen gegen die „Islamisierung des Abendlandes“ plustern sich die Vertreter rechtspopulistischer Parteien zu Verteidigern von Menschen-, Frauen- und Homosexuellen-Rechten gegen einen „totalitären“ Islam auf, der eine „Religion der Knechtschaft und der Unterwerfung, der Unterdrückung ‚Ungläubiger‘ und der Entrechtung von Frauen“⁵ sei. Islamophobie hüllt sich in das Gewand der Aufklärung.

Sind die Verfassungsschutzbehörden angesichts solcher Modernisierungen auf dem Holzweg, wenn sie Teile der AfD unter Beobachtung stellen und für extremistisch erklären? Dies wäre nur dann der Fall, fiele Rechts extremismus mit NS-Affinität zusammen. Jedoch hat auch die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) die Weimarer Republik mehrheitlich bekämpft (und Hitler später den Weg zur Macht geebnet). Wichtiger aber noch: Der moderne Rechtspopulismus enthält einen extremistischen Kern: Die Gegenüberstellung einer verdorbenen politischen „Kaste“ und eines Volkes, dessen „wahren

Willen“ die Populisten gegen deren „Intrigen“ verteidigen, entstammt der Ideenwelt des Antipluralismus.

Solche Vorstellungen haben führende Repräsentanten der AfD offenbar tief verinnerlicht, wenn sie politische Gegner „jagen“ und eine Integrationsministerin mit türkischen Wurzeln „in Anatolien entsorgen“ wollen. Die krassesten Äußerungen kommen vom „Flügel“: „Wir sind die Götterdämmerung dieses globalisierten Multikulturalismus, wir sind die Totengräber der fauligen Reste dieser 68er-Zersetzung, wir sind die Restauratoren dieses am Boden liegenden entmerkelten Restes einer Nation.“⁶ Diese Kriegserklärung stammt vom Landes- und Fraktionsvorsitzenden der brandenburgischen AfD, der für die Gruppe der Spitzenfunktionäre der Partei insofern atypisch ist, als er sich viele Jahre lang in der rechtsextremistischen Szene bewegt hat. In der gleichen Rede greift er das Wort Björn Höckes von der AfD als der „letzten evolutionären Chance“ für Deutschland auf – eine kaum verklausulierte Bürgerkriegsdrohung für den Fall, dass die AfD politisch scheitert.

WEICHER EXTREMISMUS ALS SCHLEICHENDES GIFT

Mit solchen Äußerungen rückt der AfD-„Flügel“ dicht an den „harten“ Rechtsextremismus der NPD heran und sendet Signale aus, die gewaltgeneigte Gruppen gern empfangen, auch wenn die Partei insgesamt mit den militanten Szenen weit weniger Verflechtungen aufweist als die NPD. Mit dieser Partei gemeinsam ist weiten Teilen der AfD die Wertschätzung des „Ethnopluralismus“, eines Konzepts, das neu-rechte Zirkel in Frankreich und Deutschland ersonnen haben und das im Zentrum des Selbstverständnisses der sogenannten „Identitären“ steht. Es betont die legitime Vielfalt gleichrangiger Völker (im Unterschied zur NS-Rassenhierarchie), deren ethnische Substanz zu bewahren/wiederherzustellen sei. Das damit verbundene ethnische Reinheitsideal oszilliert zwischen kulturellen und biologischen Anforderungen, lässt also für die politische Praxis unterschiedliche Auslegungen zu. Stets geht von ihm jedoch ein Druck auf Minderheiten aus, die seinen Anforderungen nicht entsprechen. Wer sich der Verschwörungstheorie vom „großen Austausch“ bedient und lauthals „Remigration“ schreit, flößt nicht nur denen Angst ein, die davon unmittelbar betroffen sind. Und wenn das AfD-Grundsatzprogramm im Punkt 7.6.1 kategorisch erklärt: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“, müssen deutsche Staatsbürger muslimischen Glaubens befürchten, dass ihr Rechtsstatus von einer regierenden AfD infrage gestellt würde. All dies widerspricht dem Geist von Artikel 1 des Grundgesetzes.

Der „weiche Extremismus“, wie ihn Eckhard Jesse und Tom Thieme definiert haben,⁷ ist in der AfD weit verbreitet. Er ist zudem wirksamer als der „harte“ NS-affine, weil er wie ein schleichendes Gift in die Zellen der demokratischen Gesellschaft eindringt.

Diese Herausforderung kann kaum bestehen, wer blind auf die Rezepte aus dem Medizinschrank des historischen Antifaschismus vertraut. Eine Diagnose, die Übereinstimmungen mit alten Krankheiten erkennt, aber Mutationen missachtet, führt selten zu einer wirksamen Therapie. Eine differenziert-argumentative Auseinandersetzung muss den Kern der Herausforderung treffen. Vor allem gilt es, aufzuzeigen, wohin eine Politik führt, die politische Gegner unisono als korrupt und „volksverräterisch“ diffamiert und so den Boden für Debatte, Deliberation und Kompromissfindung zerstört; die Migranten vorzugsweise als „Taugenichtse“ und Kriminelle verunglimpft und Muslime als Schwulenhasser, Fanatiker und Terroristen; die auf Totalkritik an der Europäischen Union gebürstet ist und in stillschweigender Komplizenschaft mit Wladimir Putins Desinformationskampagnen agiert; die erinnerungspolitischen Porzellan zerschlägt und fragwürdige Traditionsbestände wieder aufleben lässt.

Der „Cordon sanitaire“ zu einer solchen Partei ist notwendiger denn je. Gleichzeitig muss den Verführten klargemacht werden, dass sich nicht ernsthaft auf das „jüdisch-christliche Abendland“ berufen kann, wer soziale Brücken einreißt und gesellschaftliche Spaltungen vertieft. Und dass nicht jede Form des Islam, wohl aber ethnozentrisches Stammesdenken mit den Werten des Grundgesetzes und der Christdemokratie unvereinbar ist. Zugleich sollte nicht zuletzt in den Hochburgen des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus⁸ der Dialog mit den Bürgern (gerade auch den wankenden und verführten) gesucht, Politik in ihrer Komplexität noch besser erklärt und nicht als vermeintlich alternativlos der Diskussion entzogen werden.

¹ Zitiert nach: „Historiker: Faschismusbegriff wird inflationär verwendet“, www.zeit.de/news/2020-02/09/historiker-faschismus-begriff-wird-inflationaer-verwendet [letzter Zugriff: 21.04.2020].

² Zitiert nach dem Abdruck unter www.diepresse.com/616660/jerusalem-erklarung-gegen-islamismus-im-wortlaut [letzter Zugriff: 21.04.2020].

³ Juden in der AfD e.V., Grundsatzklärung, www.j-afd.org/grundsatzerklaerung [letzter Zugriff: 21.04.2020].

⁴ „Europäische Abgeordnete treffen sich im Libanon mit Hisbollah-Vertretern“, <https://npd.de/2019/03/udo-voigt-ehrt-im-kampf-gegen-den-is-gefallene-hisbollah-kaempfer> [letzter Zugriff: 20.06.2019].

⁵ Alice Weidel: Widerworte. Gedanken über Deutschland, 2. Aufl., Kulmbach 2019, S. 117.

⁶ Andreas Kalbitz: Rede auf dem Kyffhäuser-Treffen 2018, 11. Juli 2018, www.youtube.com/watch?v=PB2mWTMT2V4 [letzter Zugriff: 21.04.2020].

⁷ Vgl. Eckhard Jesse / Tom Thieme (Hrsg.): Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden 2011, S. 20.

⁸ Vgl. jetzt auch Uwe Backes / Steffen Kailitz (Hrsg.): Sachsen – Hochburg des Rechtsextremismus?, Göttingen 2020.

Verwandt?

Das Populäre und der Populismus

NIELS PENKE

Geboren 1981 in Lüneburg,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
an der Professur für Germanistik
und Neuere deutsche Literatur-
wissenschaft, Universität Siegen.

Populär ist, was von vielen beachtet wird. Mit dieser griffigen Bestimmung¹ ist der Kern einer kulturellen Logik bezeichnet, die ihre Relevanz und Überzeugungskraft allein aus der Beachtung ableitet. Vor ihrem Hintergrund haben die Dinge keinen ästhetischen, intellektuellen oder moralischen Eigenwert, der sie anderen Dingen gegenüber derart auszeichnen könnte, dass die zahlenmäßig höhere Beachtung dadurch aufgewogen würde. Allein die große Zahl, die sich erheben und ablesen lässt, entscheidet. Populäre Kultur zeichnet sich dadurch aus, dass sie Beachtungserfolge „ständig ermittelt“ und in „Charts, durch Meinungsumfragen und Wahlen“ festlegt, „was populär ist und was nicht“.² Beachtung ist als ein

intendierter Medieneffekt zu verstehen. Wenn sich jemand eines Kommunikationsmediums bedient, zielt dies auf Beachtung bei einem Publikum. Um Popularität bemühte Kommunikation interessiert sich weniger dafür, wer konkret angesprochen wird, als für die größtmögliche Reichweite.

Diese Kommunikation existiert, seit es Medien gibt, mittels derer sich ein unbestimmtes Massenpublikum jenseits exklusiver Gemeinschaften erreichen lässt. Neue Medien haben in ihrer jeweiligen historischen Situation immer einen Vorsprung gegenüber anderen, etablierten und institutionell gepflegten Kommunikationsmöglichkeiten besessen. Die dabei unverändert gebliebene Grundfrage stellt sich stets hinsichtlich der Bewertung von Beachtung: Wer möchte aus welchen Gründen, dass andere etwas beachten oder eben auch nicht beachten? Darin liegt logischerweise immer ein Konkurrenzverhältnis begründet: Jeder Aufmerksamkeitserfolg enthält allen anderen, die in derselben Disziplin oder Sparte agieren, diese Aufmerksamkeit vor. Hinzu kommt: Neue Medien haben stets den Vorteil gehabt, dass sie schneller, billiger, in größerer Stückzahl oder Reichweite mehr Publikum erreichen – oder sogar neue Publika erschließen – konnten. Das Populäre hat immer wieder seine inklusive Macht gezeigt, indem es neue Gruppen in Kommunikationsgemeinschaften geholt hat, die vorher ausgeschlossen, unwissend und unbeteteiligt gewesen sind. Popularität fungiert damit als Indikator für einen erfolgreichen Medieneinsatz, der darin besteht, ihre Affordanzen, ihre Angebote und Möglichkeiten, bestmöglich auszuschöpfen.

Erstmalig hat sich dies in der reformatorischen Öffentlichkeit gezeigt, die Martin Luther begründete und in der seine Anhänger in großer Zahl mit Flugschriften bedient wurden. Diese schnell und billig produzierten, massenhaft verbreiteten Text-und-Bild-Medien trugen theologische Inhalte in die Welt außerhalb geschlossener Gelehrten Diskurse – in der Volkssprache anstelle des exklusiven Lateins. Neben der Popularisierung von Inhalten wurde auch die Person Luther bekannt gemacht, in Wort und Bild, ein früher Medienstar. Luthers Theologie wurde ebenso populär wie er selbst;³ und seine Gegner hatten einen schweren Stand, solange sie sich nicht dazu herabließen, die gleiche Sprache zu sprechen und dieselben Medien für ihre Entgegnungen zu nutzen. Die „Herablassung zum Volk“ wurde zum Modell populärer Vermittlung.

POPULARISIERUNG VON INHALTEN

Dieses Verständnis von Kommunikation wurde auch zwei Jahrhunderte später zum Motor der nächsten revolutionären Popularitätskonjunktur: der Popularisierung der Aufklärung. Auch hier waren es das Bestreben um Inklusivität – die exklusive Gelehrtenkommunikation zu überschreiten und das „Volk“ direkt zu adressieren – und medienstrategische Überlegungen, mit

84 Die Politische Meinung

welchen Mitteln sich theoretisches wie praktisches Wissen verbreiten ließ. Rudolph Zacharias Becker wurde zum erfolgreichsten Volksaufklärer. Sein *Noth- und Hülfsbüchlein für Bauersleute* (1788) wurde durch einen „generalstabsmäßig geplanten Einsatz von Werbemitteln ‚hochgesellt‘“.⁴ Landesfürsten kauften große Kontingente auf und ließen diese ihren Untertanen zukommen. Bis weit hinein ins 19. Jahrhundert wurden so mehrere Generationen mit alltagspraktischem Wissen versorgt. Becker bettete die Ratschläge zur Veranschaulichung in eine Romanhandlung ein, in der sich das Volk wiedererkennen sollte. Es ging also einerseits um die Bewertung, welches Wissen gemeinnützig und es demnach wert ist, verbreitet zu werden. Andererseits ging es um den Anspruch, das „Volk“ zu repräsentieren, was wiederum die Behauptung voraussetzt, es besser zu kennen als andere und natürlich auch besser als dieses sich selbst. Becker bediente zunächst mit Unterstützung der Obrigkeit den Markt, der zum Hauptumschlagplatz der Aufklärung werden sollte.⁵ Mit Beginn der Revolutionsbestrebungen in Frankreich nahm der Adel zunehmend Abstand von derartigen Popularisierungsbestrebungen.

AKKUMULIERENDE STEIGERUNGSLOGIK

Aus dem „Volk“, das um konkreter Interessen und Vermittlungsinhalte wegen adressiert worden war, wurde am Markt die Masse. Dieser wurden in jeder Hinsicht unspezifische Angebote vorgelegt, aus denen sie wählen konnte. Am Buchmarkt zeigte sich, dass die Wahl eher auf die unterhaltenden Romane denn auf nützliche Bücher fiel. Anders als die aufklärerische Popularisierung gehorcht die rein marktförmige Popularisierung einem Selbstzweck, der darin besteht, den eigenen Marktanteil zu erhöhen und sich den Produkten der Konkurrenz gegenüber positiv zur Geltung zu bringen. Suchten die Agenten der Volksaufklärung noch über die Vermittlung von Wissen das kulturelle Langzeitgedächtnis zu prägen, bespielte das marktförmig Populäre nur das Kurzzeitgedächtnis – aufblitzend im Spektakel. Ihm fehlte die institutionelle Sicherung, es war als mediales Kommunikat bald versendet, wenn es nicht wiederholt, erneuert oder gesteigert wurde. Hier hat die bis heute wirksame Form von Popularität als einer akkumulierenden Steigerungslogik ihren Ursprung. Sie weckt das Begehren (so Gernot Böhme) nach Beachtung, das sie durch immer neue Produkte anreizt und über diese ihre Erfolge auf Dauer stellt.⁶ Werbung und Kritik wurden zu zentralen Verfahren der bürgerlichen Öffentlichkeit, in der es nach ihrer idealistischen Konzeption darum gehen sollte, qua Deliberation möglichst viele mündige Individuen auf das bessere Argument wie das beste Produkt zu vereinen. Doch Popularität, die über rein quantitative Verhältnisse bestimmt wird, bezieht sich nicht automatisch auf die bessere Option.

Über diesen Zusammenhang von Markt und medialer Verbreitung, die Beachtungserfolge in Konsum übersetzt, ist besonders im Kontext der Kritischen Theorie nachgedacht worden. Entscheidend dabei ist die Feststellung, dass Medien und Maschinen inhaltsblind sind. Druckerpresse, Radio und Kamera bilden unterschiedslos ab, was ihnen ein- beziehungsweise vorgegeben wird. Eine „Auslese vor der Apparatur“ findet nicht statt. Sie bringt daher den „Star“ ebenso wie den „Diktator“ hervor, wie Walter Benjamin über die enge Verbindung von „Markt“ und „personality“ bemerkt.⁷ Die entscheidende Strategie, die beide erst entstehen lässt, ist die Wiederholung. Sie schleift den Eindruck ein, dass es etwas mit diesem Wiederholten auf sich haben müsse – und es darüber normalisiert und letztlich auch legitimiert.⁸

Der neuere Populismus, der in den vergangenen zwei Jahrzehnten seines Zeichens große Popularität erringen konnte, vereint von dem bisher Ausgeführten alle Elemente auf sich. Er erscheint als das Populäre der Politik, indem er beansprucht, das „Volk“ gegenüber korruptierten Eliten tatsächlich zu repräsentieren,⁹ und zu wissen vorgibt, was es wirklich benötigt. Dabei bezieht er sich auffallend häufig auf seine Beachtungserfolge und die jenseits von offiziellen Wahlen erbrachten Zustimmungswerte. Er treibt seine Popularisierung über den Nachweis der eigenen Popularität voran: über Likes, Klicks und Follower-Zahlen. Social-Media-Plattformen sind die Basis der Popularität des neueren Populismus, die medientechnischen Revolutionen des Web 2.0 sein Ausgangspunkt. Gegenüber den Massenmedien begründet vor allem der Wegfall von Torwächtern, die in den Redaktionen von Zeitungen und Rundfunkanstalten über Sagbarkeitsschwellen entscheiden, einen Strukturwandel der Öffentlichkeit. Dieser Schritt hat gleich mehrere Vorteile für eine um Popularität bemühte Kommunikation. Diese liegen zum einen in der großen Schnelligkeit und der hohen Frequenz, mit der über Social Media kommuniziert werden kann. Zum anderen garantieren sie eine unverstellte, „authentische“ Kommunikation, die gerade angesichts des oft kolportierten Generalvorwurfs der „Lügenpresse“ strategisch optimal ist.

„FRECHDACHSIGKEIT“ ALS KOMMUNIKATIONSSTIL

Hinzu kommt das Spektakel als Strategie der Aufmerksamkeitsgewinnung. Alles kann durch emotionale Aufheizung skandalisiert werden. Populistische Kommunikation erscheint in seiner „Frechdachsigkeit“¹⁰ dem Pop verwandt, jedoch geht es ihr weder um ästhetische Formen noch um konsistente moralische Positionen, die hinter der kommunizierten Empörung stehen, sondern um bloße Beachtung zur Selbstlegitimation. Beachtung, zu der auch all jene beitragen, die sich kritisch zu den jeweiligen populistischen Akteuren oder Parteien verhalten, denn jeder Klick zählt gleich, und jeder Aufmerksamkeitserfolg

erhöht in der algorithmisierten Logik der Plattformen die Wahrscheinlichkeit weiterer Beachtung. Populisten deuten diese Zahlen daher als Akte der Akklamation durch das wahre „Volk“.¹¹ Populisten betreiben mit diesem Kampf um Beachtung eine Doppelstrategie. Sie suchen nicht nur die positive Popularisierung der eigenen Person oder Partei, sondern zugleich auch eine negative, die, gekoppelt an Provokationen und Invektiven, alle politischen Gegner verächtlich zu machen und zu delegitimieren trachtet.

DIMENSIONEN EINER ENTGRENZTEN ÖFFENTLICHKEIT

In der neutralen Beachtung steckt Achtung. Eine Akzeptanz dessen, was von vielen Aufmerksamkeit erfährt. Zur reinen Beachtung ist mit den spektakulären Invektiven populistischer Parteien und Akteure die Verachtung hinzugekommen. Eine Verachtung, die sich der noch weitgehend nicht justiziablen Formen der Verächtlichmachung bedient, wie sie auch nicht politisch organisierte Akteure auf Social-Media-Plattformen wie Facebook und Twitter, stärker aber noch auf Imageboards wie *4Chan* eingeübt und zu großer Popularität unter ihren Peergroups gebracht haben. Die rechtliche Dimension ist die eine Seite dieser neuen Form einer nahezu völlig entgrenzten Öffentlichkeit, an der mehr Menschen denn je zuvor teilhaben können, in der die Logik des Populären regelt und in der sich Aufmerksamkeitserfolge selbst perpetuieren. Eine weitere ist die mediale. Hier gilt es, die Affordanzen der sozialen Medien zu verstehen, aber auch ihnen zu widerstehen.

Masse durch Masse bezwingen zu können, erscheint vor diesem Hintergrund ebenso unwahrscheinlich, wie Einzelfiguren durch Kritik erfolgreich auf demokratische Fairness zu verpflichten. Nicht ungewollt zu dieser Popularität populistischer Akteure beizutragen, hieße, nicht über jedes Stöckchen zu springen, das Empörungssüchtige immer wieder ausstellen. Ihr Moralismus ist Mittel zu Zwecken der Erregung, nicht Ausdruck moralischer Prinzipien.

Bereits Friedrich Schiller ahnte, dass „das Dunkel“ nur dann eintritt, „wenn die Personen die Sache verdrängen“, wo aber „mit Vernunftgründen und aus lauterem Interesse an der Wahrheit gestritten wird, streitet man niemals im Dunkeln“.¹² Hier liegt vielleicht die entscheidende Differenzierung begründet. Populismus kann ein Indikator sein, der auf tatsächliche Sorgen und Probleme verweist,¹³ der aber nur wenig zu ihrer Lösung anzubieten hat. Das hieße, sich im Großen wie im Kleinen inhaltlich an den *Sachen* abzuarbeiten und auf dieser Grundlage Problemlösungen anzubieten, die der Dauererregungsmaschinerie populistischer Akteure den Treibstoff entzieht. Diese Problemlösungen wiederum gilt es – nicht in der Erregung *über*, sondern in der Begeisterung *für* etwas – positiv zu popularisieren.

¹ Thomas Hecken: Populäre Kultur. Mit einem Anhang „Girl und Popkultur“, Posth Verlag, Bochum 2006, S. 85.

² Ebd.

³ Vgl. Manuel Braun: „Wir sehens, das Luther bey aller welt berympt ist“. Popularisierung und Popularität im Kontext von Buchdruck und Religionsstreit“, in: Gereon Blaseio / Hedwig Pompe / Jens Ruchatz (Hrsg.): Popularisierung und Popularität, DuMont Literatur und Kunst Verlag, Köln 2005, S. 21–42.

⁴ Reinhart Siegert: Nachwort, in: Rudolph Zacharias Becker: Noth- und Hülfsbüchlein für Bauersleute, Nachdruck der Erstausgabe von 1788, hrsg. und mit einem Nachwort von Reinhart Siegert, Harenberg, Dortmund 1980, S. 461–480, hier S. 468.

⁵ Siehe Heinrich Bosse: „Aufklärung und Kapitalismus. Meditation über einen Zusammenhang“, in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, 73. Jg. Heft 847, 2019, S. 90–99.

⁶ In diesem Sinne argumentiert Gernot Böhme für die Unterscheidung von Bedürfnissen und Begehrenissen – letztere sind steigerbar. „Für Ausstattung, Glanz und Sichtbarkeit gibt es keine natürlichen Grenzen“, siehe Gernot Böhme: Ästhetischer Kapitalismus, Suhrkamp, Berlin 2016, S. 29.

⁷ Walter Benjamin: Das Kunstwerk im Zeitalter der technischen Reproduzierbarkeit [1936]. Drei Studien zur Kunstsoziologie, Suhrkamp, Frankfurt am Main 1963, S. 28.

⁸ In diesem Sinne argumentiert Adorno gegen die Gefährlichkeit der Wiederholung, die, wenn sie verfängt, zur Versteigerung von Popularität führt: „What is repeated again and again accumulates the prestige of social establishment. The listener is led to believe that it is repeated either because it is particularly good or because so many people like it“, Theodor W. Adorno: „On Popular Music“ [1941], in: ders.: Nachgelassene Schriften, hrsg. vom Theodor W. Adorno Archiv, Abteilung I: Fragment gebliebene Schriften, Bd. 3, Suhrkamp, Frankfurt am Main 2006, S. 399–476, hier S. 427.

⁹ Zum Angriff des Populismus auf das Prinzip der Repräsentation vgl. die Beiträge zu: „Repräsentation in der Krise?“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 40–42/2016.

¹⁰ Diedrich Diederichsen: Der lange Weg nach Mitte. Der Sound und die Stadt, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1999, S. 286.

¹¹ Exemplarisch dafür sind die Medienpraktiken Donald Trumps. Vgl. dazu Niels Werber: „Donald Trumps Medien“, in: Lars Koch / Tobias Nanz / Christina Rogers (Hrsg.): The Great Disruptor. Über Trump, die Medien und die Politik der Herabsetzung, Metzler, Stuttgart/Berlin 2019, S. 115–133.

¹² Friedrich Schiller: „Verteidigung des Rezensenten gegen obige Antikritik“, in: Friedrich Schiller: Sämtliche Werke, hrsg. von G. Fricke und H. G. Göpfert, Bd. 5, 5. Aufl., München 1975, S. 985–991, hier S. 991.

¹³ Paul A. Taggart: Populism, Buckingham u. a. 2000.

Der Fall Thüringen

—
Ein Rückblick

BERNHARD VOGEL

Geboren 1932 in Göttingen, 1976 bis 1988 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, 1992 bis 2003 Thüringer Ministerpräsident, Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, Mitherausgeber der Zweimonatsschrift „Die Politische Meinung“.

Die Landtagswahlen vom Oktober 2019 sollten die politische Landschaft Thüringens verändern. Die Linke (+2,8 Prozent) und vor allem die AfD (+12,8 Prozent) nahmen zu, CDU (-11,8 Prozent) und SPD (-4,2 Prozent) verloren deutlich. Die Grünen zogen nur knapp wieder in den Landtag ein (-0,5 Prozent). Die FDP kehrte – mit 73 Stimmen über der Fünf-Prozent-

Hürde – in den Landtag zurück. Ein Ergebnis, das es bisher bei Bundes- und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gegeben hat: Linke und AfD waren zusammen stärker als die Parteien der demokratischen Mitte: 51 zu 39 Sitze. Die rot-rot-grüne Regierung unter Bodo Ramelow verlor ihre Mehrheit. Die lange sieggewohnte CDU belegte nur noch den dritten Platz.

Ramelow erneuerte – als sei nichts geschehen – seinen Koalitionsvertrag und stellte sich am 5. Februar 2020 im Landtag zur Wiederwahl.

Am Vorabend verständigten sich Vorstand und Landtagsfraktion der Thüringer CDU einvernehmlich darauf, in den ersten beiden Wahlgängen, in denen eine

absolute Mehrheit der Mitglieder des Landtages erforderlich war, weder den Kandidaten der Linken noch den Kandidaten der AfD zu wählen, sondern sich der Stimme zu enthalten. Im dritten Wahlgang aber, in dem nur noch die Mehrheit der abgegebenen Stimmen notwendig ist, die angekündigte Kandidatur des FDP-Fraktionsvorsitzenden Thomas Kemmerich zu unterstützen – auch wenn nicht auszuschließen war, dass auch AfD-Abgeordnete Kemmerich wählen würden. Aber warum sollte sich die CDU allein wegen dieses Verdachts von der Wahl eines Demokraten der Mitte abhalten lassen? Eine erneute Stimmenthaltung hätte die Wahl Ramelows zur Folge gehabt. Nicht die Wahl Kemmerichs mit den Stimmen von FDP und CDU führte zum Tabubruch. Der Tabubruch erfolgte, weil Kemmerich die Wahl zum Ministerpräsidenten mit den Stimmen der AfD annahm.

Im ersten Wahlgang entfielen 43 Stimmen auf Bodo Ramelow, 25 Stimmen auf den Kandidaten der AfD, 22 Enthaltungen. Im zweiten Wahlgang: 44 Stimmen Ramelow, 22 Stimmen für den Kandidaten der AfD, 24 Enthaltungen. Im dritten Wahlgang: Kemmerich 45 Stimmen, Ramelow 44 Stimmen.

POLITISCHES ERDBEBEN

Ein Sturm bricht los, ein politisches Beben erschüttert nicht nur Thüringen, sondern die ganze Bundesrepublik. Die Große Koalition scheint gefährdet. Annegret Kramp-Karrenbauer reist nach Thüringen, die Bundeskanzlerin meldet sich aus Südafrika zu Wort. Das Ergebnis müsse rückgängig gemacht werden. Der Thürin-

ger Bundestagsabgeordnete Christian Hirte tritt von seinem Amt als Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Länder zurück. Der FDP-Bundesvorsitzende Christian Lindner zwingt Kemmerich zum Rücktritt.

Die Thüringer CDU fühlte sich an den Parteitagsbeschluss und an ihr zentrales Wahlkampfversprechen gebunden und wird von der Bundespartei auch immer wieder deutlich daran erinnert, weder mit der Linken noch mit der AfD eine Koalition einzugehen. Nicht eine vermeintliche Äquidistanz, sondern gänzlich unterschiedliche Gründe bestimmen das Verhalten. Mit der AfD, einer nationalistischen, rückwärtsgewandten, geschichtvergessenen Partei, kommt ein Bündnis nicht infrage. Aber die Partei der Wiedervereinigung kann auch nicht mit der Nachfolgepartei der SED, die am Sozialismus als Ziel festhält, die leugnet, dass die DDR ein Unrechtsstaat war, in der bis heute engagierte Stasi-Mitarbeiter in führenden Funktionen tätig sind, koalieren – schon gar nicht in den jungen Ländern.

„EIN HUSARENSTÜCK“

Nach der gescheiterten Ministerpräsidentenwahl beginnen Ramelow, aber auch SPD und Grüne umzudenken. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Thüringer Landtag, Dirk Adams, äußert öffentlich: „In eine Wahl ohne Mehrheit zu gehen, war verwegen, war ein Husarenstück.“ Ramelow ist bereit, sich nicht nur auf den Wahlerfolg seiner eigenen Partei zu berufen, sondern auch aus der Abwahl seiner Regierung Konsequenzen zu ziehen und das Gespräch mit der CDU zu suchen.

Aber auch die CDU muss zu Gesprächen bereit sein, will sie nicht an der Unregierbarkeit des Landes mitschuldig werden; sie muss Teil der Lösung und darf nicht Teil des Problems sein. Es kommt zu mehrfachen tage- und nächtelangen gemeinsamen Beratungen. Schließlich einigt man sich auf einen „Stabilitätspakt“, in dem vereinbart wird, im Landtag gemeinsam dringend notwendige Vorhaben ohne die Stimmen der AfD zu beschließen. Unter anderem, den Haushalt 2021 zu verabschieden, den Kommunen finanziell zu helfen, den ländlichen Raum zu stärken, Lehrer einzustellen. Und danach Neuwahlen im April 2021 anzustreben.

Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten zu wählen, war die CDU auch jetzt nicht bereit. Durch ihre Enthaltung im dritten Wahlgang wollte sie allerdings nicht verhindern, dass er mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen wieder ins Amt kam.

So geschah es am 4. März 2020: Im ersten und zweiten Wahlgang entfielen auf Ramelow 42 Stimmen, auf Björn Höcke, den Kandidaten der AfD, 22 Stimmen, 21 Enthaltungen. Im dritten Wahlgang tritt Höcke nicht mehr an: 42 Stim-

men für Ramelow, 23 Nein-Stimmen, 20 Enthaltungen. Die FDP nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Erst die Zukunft wird weisen, ob es der Thüringer CDU gelingt, wieder Tritt zu fassen und in neuer Geschlossenheit in den nächsten Wahlkampf zu ziehen. Ob es der CDU-Landtagsfraktion unter ihrem neuen Vorsitzenden Mario Voigt gelingt, eine konstruktive Opposition zu betreiben, Stillstand in der Landespolitik zu vermeiden und gleichwohl nicht Steigbügelhalter der Minderheitsregierung zu werden.

Der Freistaat Thüringen befindet sich in guter Verfassung, in der besten Verfassung unter den jungen Ländern. Er hat seinen Platz in der Mitte des wiedervereinigten Deutschlands gefunden. Seine Arbeitslosigkeit ist niedriger als die in vielen westdeutschen Ländern. Er wird auch diese Krise überwinden. Die Bundesrepublik ist um eine Erfahrung reicher. Kein Land und erst recht nicht der Bund dürfen es zulassen, dass sich der Fall Thüringen wiederholt. Es steht zu hoffen, dass wir die Corona-Katastrophe erfolgreich bestehen und dass die in ihr gemachten Erfahrungen zur neuen Nachdenklichkeit bei Wahlen und Gewählten führt.

Auf den Kopf gestellt

Die Coronakrise und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

HARDY OSTRY

Geboren 1970 in Ziegenhain (Schwalmstadt), Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, Leiter des Europabüros Brüssel der Konrad-Adenauer-Stiftung.

LUDGER BRUCKWILDER

Geboren 1988 in Wesel, Referent im Europabüro Brüssel der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Coronakrise wirft mit Blick auf die Europäische Union (EU) viele Fragen auf: Ist die Kritik an den Institutionen der EU berechtigt? Welche Möglichkeiten und Kompetenzen hat die EU für die Krisenbekämpfung, und wie hat sie diese Kompetenzen bisher genutzt und kommuni-

ziert? Lassen sich bereits Erkenntnisse gewinnen und Lehren ziehen? Welche Auswirkungen und Herausforderungen hat die Krise für die bald beginnende deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020?

Die Corona-Pandemie stellt die politischen Ebenen vor besondere Herausforderungen, da sie einerseits länder- und kontinentübergreifend ist, sich andererseits jedoch regional starke Unterschiede in Intensität und Verlauf ergeben. Somit sind zum einen politische Maßnahmen gefordert, die dem Prinzip der Subsidiarität folgen; zum anderen bedarf es multilateraler Maßnahmen. Die Pandemie hat dabei viele Spannungsfelder offengelegt. Zunächst herrschten Reaktionsmuster vor, die dem

Prinzip der Subsidiarität folgten. Die Absage von Großveranstaltungen, Schulschließungen oder allgemeine Ausgangs- und Kontaktsperren wurden nach und nach in unterschiedlicher Art und Weise in fast ganz Europa eingeführt. Diese Maßnahmen stellten und stellen drastische Einschnitte der Freiheiten und Rechte der Bürger dar und liegen zu Recht in der Kompetenz der nationalen oder regionalen Regierungen.

Gleichzeitig führten EU-Mitgliedstaaten an den Binnengrenzen vielfach wieder Grenzkontrollen ein; in einigen Fällen wurden Grenzen vorübergehend geschlossen. Das Schengen-Abkommen wurde damit ausgehebelt. Obwohl es sich um ein europäisches Abkommen handelt, geschah dies seitens der einzelnen Mitgliedstaaten und zunächst ohne Einbeziehung der EU-Institutionen. Zwar erlauben die Abkommen in streng definierten Ausnahmesituationen Grenzkontrollen und -schließungen. Allerdings sollten diese koordiniert und einheitlich geschehen. Die anschließende Kritik an der Europäischen Union war groß; weniger kritisch wurde das Verhalten der nationalen Regierungen betrachtet. Während sich mancher Regierungschef als entschlossener Krisenmanager zu inszenieren vermochte, wirkten die Spitzen der EU-Institutionen wie Randfiguren.

Am 17. März 2020 gelang es EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und EU-Ratspräsident Charles Michel, eine Einigung der Mitgliedstaaten herbeizuführen, gemeinsam und koordiniert die Schengen-Außengrenzen für dreißig Tage zu schließen. Sie verkündeten diese Einigung gemeinsam in einer Pressekonferenz und konnten auch mit ihrer Krisenkommunikation wieder ein

Stück Vertrauen in ihre Handlungsfähigkeit zurückgewinnen. Trotz dieses politischen Erfolgs bleibt die Lage an den Binnengrenzen unübersichtlich; einheitliche Regelungen für die Bürger und die Wirtschaft wären wünschenswert. Mit Blick auf diese Situation hätte man sich zu Beginn der Krise ein klareres Handeln seitens der EU gewünscht; dennoch greift eine einseitige Schuldzuweisung zulasten ihrer Institutionen zu kurz, da diese maßgeblich auf die Zusammenarbeit und Bereitschaft der Mitgliedstaaten angewiesen sind. Da die Coronakrise einmal mehr die Problematik der Schengen-Binnengrenzen in Krisenzeiten offenbart hat, sollte der Modus Operandi zur Gestaltung des Grenzmanagements innerhalb der Schengen-Zone auf den Prüfstand gestellt werden.

BESCHAFFUNG MEDIZINISCHER GÜTER

Ein weiterer Politikbereich, den die Coronakrise in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt hat, ist die Beschaffung von medizintechnischem Material. Insbesondere kleinere Mitgliedstaaten haben schlechtere Konditionen, da sie keine hohen Stückzahlen einkaufen. Die EU begegnet dieser Schwierigkeit bereits seit Längerem mit der „Vereinbarung über die gemeinsame Beschaffung“. Die EU-Kommission übernimmt laut Vereinbarung eine koordinierende Rolle dabei, benötigte Geräte und Materialien zu beschaffen; Käufer der Waren sind letztlich aber die EU-Mitgliedstaaten.

In der Coronakrise hat die EU bisher vier Ausschreibungen auf den Weg gebracht, um die Beschaffung medizinischer

Güter für die Mitgliedstaaten zu ermöglichen. Das Konzept und die durchgeführten Ausschreibungen sind zweifelsohne richtig und ein Beispiel dafür, dass die Staatengemeinschaft als Zusammenschluss stärker sein kann, als es die einzelnen Nationalstaaten allein sind. Dennoch steht auch die EU in einem starken Wettbewerb, und da das Material zeitnah benötigt wird, kann das positive europäische Handeln kritische Engpässe nicht vermeiden. Dass private Speditionsunternehmen durch ihre Geschäftspartner aus China schneller und effektiver an hochwertige medizinische Schutzkleidung kommen und die Versorgung von europäischen Großstädten davon abhängt, ist angesichts der Ernsthaftigkeit der Krise nicht hinnehmbar. Es bedarf neben einer koordinierenden Rolle der EU bei der Beschaffung künftig auch einer koordinierenden Rolle bei der heimischen Produktion von Medizinprodukten.

DEUTSCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT MUSS NEU PRIORISIEREN

Der Bereich, in dem die Europäische Union jedoch zweifelsohne eine tragende Rolle einnehmen wird, ist die Hilfestellung zur wirtschaftlichen Erholung. Einzelne Maßnahmen dazu hat die EU bereits beschlossen, langfristige Strategien werden aktuell diskutiert. Hierbei wird der deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 eine besondere Bedeutung zukommen.

Der Vorsitz im Rat der Europäischen Union wechselt im Halbjahresrhythmus von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat. Die Präsidentschaft sorgt dafür, dass die syste-

matische Arbeit des Rates vorangetrieben wird; sie hat im Allgemeinen drei Hauptaufgaben: *Erstens* leitet und moderiert sie die Arbeitsprozesse und Sitzungen des Rates, wozu etwa 200 Arbeitsgruppen und Ausschüsse zählen. Sie nimmt dabei eine konsensorientierte, Streit schlichtende und Brücken bauende Rolle ein – im EU-Jargon die Rolle des „honest broker“. *Zweitens* vertritt die amtierende Präsidentschaft den Rat gegenüber den anderen EU-Institutionen, hauptsächlich dem Parlament und der Kommission. *Drittens* vertritt die dem Rat vorsitzende Regierung die Europäische Union – gemeinsam mit dem Hohen Vertreter – auf internationaler Ebene. Dies umfasst die Vertretung gegenüber Drittstaaten, aber auch gegenüber internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen oder der Welt handelsorganisation.

Ratspräsidentschaften sind zweifelsohne ein zweischneidiges Schwert. Einerseits bieten sie der jeweiligen nationalen Regierung eine seltene Gelegenheit, im EU-Kontext eine Führungsrolle einzunehmen, wichtiges Agenda-Setting zu betreiben und sich dabei öffentlichkeitswirksam zu präsentieren. Der Zeitraum der Präsidentschaft ist mit sechs Monaten sehr überschaubar, was im Zuge des Lissabon-Prozesses bereits zu einer breiten Debatte über Sinn und Unsinn des Präsidentschaftssystems geführt hatte – insbesondere, weil manche Beobachter hier auch Zielkonflikte mit der Einführung des Amtes des ständigen Präsidenten des Europäischen Rates (heute Belgiens ehemaliger Premierminister Charles Michel) sahen. Man beließ es schließlich dabei, führte aber die sogenannten Trio-Präsidentschaften neu ein. Dies bedeutet, dass immer drei Vorsitz-Perioden zusammen

einen übergreifenden Zeitraum bilden, in dem gemeinsam langfristige Prozesse vorangetrieben werden.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 steht angesichts der Coronavirus-Pandemie vor neuen Herausforderungen, besonders logistischer Natur. Michael Clauß, Deutscher Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der Europäischen Union, warnte Anfang April angesichts der dramatisch veränderten Lage in einer öffentlich gewordenen Verschlusssache Berlin bereits eindringlich vor den Schwierigkeiten. Thematisch müsse man sich neu ausrichten, das Krisenmanagement rücke in den Vordergrund, viele andere Themen müssten hintanstehen. Besondere Probleme werde außerdem die Logistik bereiten, da mit Blick auf *Social-Distancing*-Maßnahmen nur eine sehr begrenzte Anzahl von Sitzungssälen zur Verfügung stünden. Geeignete, abhörsichere Videokonferenztechnologie stünde nur in sehr begrenztem Ausmaß zur Verfügung, sodass das Programm der deutschen Ratspräsidentschaft massiv reduziert werden müsse und es gelte, neu zu priorisieren.

„WIRTSCHAFTLICHE ERTÜCHTIGUNG EUROPAS“

Normalerweise hätte die deutsche Ratspräsidentschaft verschiedene Schwerpunkte gehabt: Einer davon wird der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) auch unter den veränderten Bedingungen bleiben; umso mehr, als mittlerweile unstrittig ist, dass auch Deutschland zur Krisenbewältigung mehr in den Haushalt wird einzahlen müssen und zugleich die Aufgabe hat, den

von der Kommission nun genauer zu definierenden Wiederaufbaufonds (*Recovery Fund*) politisch auszugestalten.

Mit den weiteren Schwerpunkten der Präsidentschaft hatte man sich seitens der Bundesregierung aus vielfältigen Gründen lange zurückgehalten: Einerseits wollte man die aktuelle kroatische Ratspräsidentschaft nicht beeinträchtigen; andererseits deshalb, weil sich die EU-Kommission noch im legislativen Zyklus befand und erst mit der Veröffentlichung des ersten Arbeitsprogramms im Januar klar wurde, welche Projekte die Kommission im Einzelnen verfolgen würde. Neben dem MFR wären der Brexit, die Konferenz zur Zukunft Europas und das Thema „Europäische Souveränität“ Leitthemen geworden. Unter letzterem sind auch die digitale Souveränität und ein besonderes Augenmerk auf das Verhältnis zu China zu verstehen. Im Rahmen der Präsidentschaft war zum Beispiel ein großer EU-China-Gipfel geplant. Der Plan beinhaltete insgesamt, der Ratspräsidentschaft ein Branding der Nachhaltigkeit zu geben.

Zumindest bei Letzterem wird es vermutlich bleiben. Im Übrigen wird die Präsidentschaft zwangsläufig anders als ursprünglich geplant gestaltet. Dies hat Bundeskanzlerin Angela Merkel bereits bestätigt: „Die deutsche Ratspräsidentschaft wird anders ablaufen, als wir uns das vorgenommen hatten. Und sie wird von der Frage der Bekämpfung der Pandemie und ihrer Folgen ganz klar geprägt sein. Das heißt, wir müssen sehen, dass wir für die wirtschaftliche Ertüchtigung Europas etwas tun, dass wir für den sozialen Zusammenhalt etwas tun, dass wir an die Zukunft denken – und das sind die Klima- und Umweltfragen“ (Podcast *Die Kanzlerin direkt*, 25. April 2020).

Ende April 2020 verständigte sich das Bundeskabinett auf vier vorläufige Prioritäten für die Präsidentschaft. Priorität haben demnach das kurzfristige Krisenmanagement sowie der wirtschaftliche Wiederaufbau. Hierunter wird nach wie vor der Mehrjährige Finanzrahmen gefasst sein, der für die Jahre 2021 bis 2027 gelten wird. Seine Gestaltung wird sich als schwierig erweisen, da man sich auf der einen Seite einigen muss, wie viel die einzelnen Mitgliedstaaten einzahlen. Es ist ebenfalls zu bedenken, dass die Finanzierungslücke, die das Vereinigte Königreich hinterlässt, geschlossen werden muss und einigen wirtschaftlich starken Mitgliedern sogenannte Rabatte gewährt werden. Auf der anderen Seite muss man sich neu einigen, wie die Haushaltsgelder ausgegeben werden sollen. Bei den bisherigen EU-Haushalten flossen jeweils etwa vierzig Prozent der Ausgaben in Agrarsubventionen und Kohäsionsfonds. Diese Verteilung steht nun auf dem Prüfstand.

KRISE ALS CHANCE

Der zweite Schwerpunkt wird auf den nicht verschiebbaren Dossiers liegen, wie etwa auf den auslaufenden Fischerei-quoten, aber auch auf den künftigen Beziehungen zum Vereinigten Königreich. Unter Priorität drei werden Themen zusammengefasst, die ursprünglich auf der

Präsidentschaftsagenda gestanden hätten: unter anderem die Themen *Green Deal* und Digitalisierung. An vierter Stelle stehen sonstige Themen, die derzeit diskutiert werden, aber noch nicht abschließend feststehen. Auf manche wird man gegebenenfalls verzichten. Normalerweise richtet jede Ratspräsidentschaft verschiedene informelle, themenspezifische Ratstreffen aus, bei denen sich die Fachminister als Gastgeber präsentieren können. Bei der deutschen Präsidentschaft war eine Reihe solcher Treffen von den Ministerien dezentral in Deutschland geplant. Zum jetzigen Zeitpunkt ist unwahrscheinlich, dass diese Treffen stattfinden können. Je nach Verlauf der Pandemie wird die Bundesregierung beim Ablauf der Präsidentschaft Flexibilität und Anpassungsfähigkeit unter Beweis stellen müssen.

Die Coronavirus-Pandemie hat der Europäischen Union einmal mehr vor Augen geführt, dass sie Schwierigkeiten hat, ad hoc in den Krisenmodus umzuschalten. Hieran gilt es zu arbeiten, und der deutschen Ratspräsidentschaft kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Noch wichtiger wird die Rolle Deutschlands aber mit Blick auf die Bewältigung der wirtschaftlichen Krisenfolgen. Selbst wenn die Coronabekämpfung die Ratspräsidentschaft in Planung, Inhalt und Ablauf unerwartet auf den Kopf gestellt hat, sollte in der derzeitigen Situation eine Chance gesehen werden – sowohl für die Europäische Union als auch für Deutschland.

Kanarienvögel im Spatzenhaus

Ein Ex-DDR-Punk über seine „Schnauze-voll-Agenda“ und die Stasi-Verfolgung

BERND STRACKE

Geboren 1963 in Leipzig, gehörte als Sänger und Co-Autor der Punkbands „Wutanfall“ und „L'Attentat“ zur ersten Generation des Punk in der DDR. Punk war in der DDR eine laute wie unverblünte Herausforderung an den totalitären Staat.

Für Zeitschriften in Westeuropa und in den USA verfasste Bernd Stracke Berichte über die Punkszene im Osten. 1985 wird er erneut verhaftet und wegen

„ungesetzlicher Verbindungsaufnahme“ zu einem Jahr und sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafe verbüßt er bis zu seinem „Freikauf“ durch die Bundesrepublik Deutschland hauptsächlich in der Strafeinrichtung Naumburg. Im Westen nimmt er Abschied von der Punkszene, macht sein Abitur und studiert. Heute wirkt Stracke in Dresden als Geschäftsführer des Instituts für Beratung, Begleitung und Bildung (B3).



Foto: © Tobias Strahl

Dieses Interview ist der fünfte Teil einer Serie, in der der einstige DDR-Oppositionelle Axel Reitel seine Gesprächspartner – wie er ebenfalls politische Häftlinge – zu ihren Hafterfahrungen und den daraus erwachsenden Konsequenzen befragt. Reitel, geboren 1961 in Plauen (Vogtland), wurde 1982 von der Bundesrepublik Deutschland „freigekauft“. Heute arbeitet er als Journalist und Schriftsteller.

Du warst ein Punk in der DDR. Wie kam das?

Bernd Stracke: Am Rande von Leipzig, in Leipzig-Möckern, einem ganz guten Wohnviertel, gehörte ich zu einer Clique, mit der ich auch in der Schule unterwegs war. Wir hörten Heavy Metal, klauten im

Konsum Zigaretten, spielten Rugby. Nach dieser Heavy-Metal-halb-jugendkriminellen-Phase wollte ich alles gut machen und die Welt verbessern. Mit siebzehn gehörte ich dann zu den langhaarigen *Bluesern und Trampern*; da ging es um Frieden und Umwelt, um Blues und Folk – Woodstock-Kram. Obwohl ich kein Christ bin, war ich auch in so jungen Gemeinden, weil man da Tacheles reden konnte. Man dachte damals, es wären geschützte Räume, wo man keine Angst haben musste, sie waren es aber nicht. Über die Woche fuhr ich jeden Tag zur Lehre zum Holzmodellbauer.

Dann aber bin ich den Freunden aus der Heavy-Metal-Zigaretten-klau-Zeit wiederbegegnet – und die waren jetzt Punks. Das hatte ich vorher nur im Westfernsehen und in der „Bravo“ gesehen. Da dachte ich, das ist ja total geil.

Die beiden wurden Gitarrist und Schlagzeuger von „Wutanfall“. In Plagwitz, damals ein übelst runtergekommenes Proletenviertel, haben sie die Band gegründet. Ihr Sänger war Jürgen Gutjahr, Spitzname „Chaos“. Das fand ich so viel kreativer und direkter als diese Hippie-Kisten, dass ich mir die Haare abgeschnitten habe. Ich war gerade achtzehn geworden und habe mich total zu den Punk-Dingen bekannt. Aber wir waren immer noch nicht viele. Alles war neu, und wir konnten nirgendwo nachlesen, wie wir als Punks zu sein hatten, wir mussten das erst erforschen.

Vor allem war es wichtig, Menschen kennenzulernen, die so waren wie wir. Immer haben wir geguckt, ob man vielleicht nicht eine gemeinsame Seele hat. Das hat dazu geführt, dass wir bis zum Abwinken in den Cafés abhingen. Das war eine unglaubliche Zeit der Befreiung und Emanzipation vom Elternhaus, von der Lehre, von der Schule und von der Gesellschaft, die für einen ja den Weg vorplante bis zum Tod.

Aus dem Straßenbild in der DDR stacht ihr heraus. Hattet ihr mit Anfeindungen zu kämpfen?

Bernd Stracke: Wir waren wie Kanarienvögel in einem Spatzenhaus. Das kannten die Leute nicht. Wir haben auch richtig Gewalt erfahren. Von Typen in der Kneipe oder an der Straßenbahnhaltestelle zur Arbeit kam der Spruch: „Euch sollte man vergasen.“ Am Anfang hatten wir Schiss und sind gerannt, aber irgendwann sind wir natürlich frech geworden und haben uns Sprüche zurechtgelegt: „Na ja, Oma, Du hast eine Hakenkreuzfahne geschwenkt, wir sind halt jetzt so.“

Wie bist Du dann in die Band gekommen?

Bernd Stracke: „Wutanfall“ war die erste Punk-Band, die ich kannte, jedenfalls eine der ersten Punk-Bands in der DDR. Ihr Gründer und Sänger war „Chaos“, ein guter Freund von mir. Für ihn bin ich eingesprungen, als er aufgrund des Drucks durch die Stasi ausgeschieden ist. Den hatten sie richtig auf dem Kieker. Immer haben sie nach Rädelsführern gesucht, um der Hydra den Kopf abzuschneiden. Aber dann bin ich sozusagen der Kopf gewesen, der nachgewachsen ist.

Es blieb dann nicht bei „Wutanfall“ ...

Bernd Stracke: Es kam irgendwann zu persönlichen Konflikten und dann schon bald zu einem neuen Projekt. Das hieß HAU, also Halbgewalkte Anarchistische Untergrundbewegung. Wir haben uns selbst ein bisschen auf die Schippe genommen, waren aber von der Idee des Anarchismus angetan – also pazifistisch, staatsverweigernd. Wir im Osten waren ja eingesperrt wie in einem Schrank. Der kapitalistischen Welt standen wir kritisch gegenüber, weil wir das einfach so gelernt hatten. Gegenüber dem diktatorischen Sozialismus waren wir aber extrem kritisch, weil wir das täglich erlebten, das haben wir uns nicht eingebildet.

Alles hat sich dann dahingehend getroffen, dass sich die Punk-Rock-Band dieses Anarcho-Ding mit dem „A“ auf die Fahne gemalt hat. Daraus ist auch der Name „L’Attentat“ entstanden. Das klang nach französischen Anarchisten. „Attentat“ war uns zu plump, da haben wir das „L“ davorgesetzt. Keiner von uns sprach Französisch, also wir haben „L’Attentat“

gesagt. Jeder Bildungsbürger würde es französisch aussprechen, wir waren aber keine.

Gab es eine Intention des DDR-Punk, die sich vom West-Punk unterschied?

Bernd Stracke: Der Unterschied lag in den verschiedenen Gesellschaftssystemen. Die einen lebten in einem Gesellschaftssystem, wo sich über die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg eine gewisse emanzipatorische Bewegung vollzogen hat. Die ganzen 68er, die Frauen-Emanzipation, die Homosexualität, neue Methoden des Dialogs für das Aushandeln von politischen Prozessen – das war eine Demokratie mit all ihren Schwierigkeiten, sprich RAF und Co. Aber wir haben in einer Diktatur gelebt.

Wenn in Hannover 1983 auf dem Chaos-Treffen Skins und Punks festgenommen wurden, dann haben die mit Steinen geschmissen und Barrikaden abgebrannt. Das haben wir nie gemacht. Wir waren arbeiten. Auch war es nicht unsere Intention, die politische Opposition gegen die SED-Diktatur zu sein. Sondern wir wollten nur die beschissenen Dinge direkt beim Namen nennen. Wir sind mit keiner politischen Agenda gestartet, sondern mit einer Schnauze-voll-Agenda.

Aber ihr wurdet immer politischer ...

Bernd Stracke: Durch den Staat gab es immer mehr Druck. Anfangs wussten sie gar nicht, wo sie uns einordnen sollten, und haben uns als Nazis beschimpft. Später dann als dekadente Jugendliche, die schlimme Gedanken haben von Freiheit und sonst irgendwas. Dann haben die uns festgenommen, kontrolliert, eingesperrt,

verhört, zur Armee gezogen. Diese Zersetzungsmaßnahmen haben im Grunde genommen dazu geführt, dass wir immer politischer und eindeutiger wurden.

Deine erste Verhaftung erfolgte im Zusammenhang mit einer Kerzendemonstration im November 1983.

Bernd Stracke: Morgens war ich mit ein paar Freunden zur Verhandlung gegen unseren Band-Kollegen Mike Reichenbach, Spitzname Ratte, der irgendwelche Freiheitsparolen gesprüht hatte. Wir wollten dort eine Solidaritätsbekundung loslassen, aber das klappte nicht. Als wir da wieder raus waren, wollten wir irgendwas tun. Da verwies uns ein Langhaariger auf die abendliche Abschlussveranstaltung der Friedensdekaden der Evangelischen Kirche in der Nikolai-kirche. Pfarrer Führer sprach das Schlusswort: Kommt gut nach Hause, eine schöne Weihnachtszeit, und denkt dran, heute ist die Welt in Leipzig zu Gast. Regisseure, Schauspieler, Drehbuchautoren, Journalisten eröffnen die internationale Dokumentar- und Kurzfilmwoche im Kino „Capitol“. Macht also keinen Blödsinn. Lauft nicht mit Kerzen, mit Blumen oder lila Tüchern herum! Das wird von der Staatssicherheit sofort als Provokation wahrgenommen und geahndet. Da haben wir uns gesagt, das können die mit uns nicht machen, und sind vor das „Capitol“ – mit Kerzen, Blumen und lila Tüchern. Unterwegs haben wir auch noch den einen oder anderen angesprochen. Wir wollten eine Schweigeminute machen zur Unterstützung des Gedankens für den sozialen Friedensdienst, also diese Kriegsdienstalternative. Es gab keine Sprechchöre.

Friedensstaat

Ich wohne dort, wo die Schizophrenie regiert
Dort, wo dich jeder Spießer anstiert
Dort, wo man Mauern baut
Sich keiner was zu sagen traut

Refrain:
Ich wohne in einem Friedensstaat.
Abfahrt, Abfahrt, das ist zu hart! (2×)

Wo du dein Leben wie im Knast verbringst
Und mit den Bullen um ein bisschen Freiheit ringst
Wo das Blauhemd dominiert
Und die Jugend straff marschiert

Refrain:
Ich wohne in einem Friedensstaat ...

Ich wohne dort, wo die Panzer steh'n
Dort, wo man sagt: Das Leben ist schön
Dort, wo bald kein Vogel mehr singt
Wo das Wasser nach Abfall stinkt

Refrain:
Ich wohne ...

Wo jeden Baum du zählen kannst
Wo jeder nur denkt an seinen fetten Wanst

Refrain:
Ich wohne ... (2×)
Wir wohnen ... (2×)



„Wutanfall“ (1984), rechts: Bernd Stracke. Foto: © transit / Christiane Eisler

Dennoch kam es zur Verhaftung ...

Bernd Stracke: Als die Kerzen brannten und die Blumen niedergelegt waren, kamen die mit Robur-Lkws angefahren und sind überfallartig runtergesprungen. Die Zivilen haben die Kerzen ausgeschlagen, mit brachialem Vorgehen die anwesenden Leute festgenommen und in die Stasi-U-Haft gesteckt. Wir sind dann in der zweiten Welle noch mal hin und haben wieder Kerzen angezündet. Da passierte das Gleiche, bis sie alle von uns weggeräumt hatten.

Hätten sie uns dort stehen lassen, wären unsere Kerzen runtergebrannt und die Blumen verwelkt, es wäre den westdeutschen und europäischen Besuchern der Kurzfilmwoche kaum aufgefallen, was vor sich ging.

Sie steckten dich nur kurz, zur Abschreckung, in die Stasi-U-Haft?

Bernd Stracke: Ich wurde also nicht zu Gefängnis verurteilt wie die anderen, sondern habe einen sogenannten Strafbefehl gekriegt. Es war nicht so, dass ich dann gleich wieder raus bin. Zu Weihnachten haben sie mich wieder rausgelassen.

Wie hast Du die Haft erlebt?

Bernd Stracke: Schlimm war es, in einer Zwei-Mann-Zelle zu sein, mit Ziegelglas statt Fenstern, von der Kommunikation ausgeschlossen zu sein. Nicht zu wissen, wo es hingeht. Die täglichen Ganztags-Verhöre, die machen was mit einem. Dann der Schlafentzug, wenn das Licht angeht in der Nacht. Der, der mit einem in die Zelle gesperrt ist, den kennt man nicht. Traut man dem anderen? Traut der andere

einem? Was kann man erzählen? Was darf man nicht erzählen? Man weiß ja, man ist in einem Gefängnis der Geheimpolizei. Das ist alles belastend. Hinzu kommen Familiengeschichten: Wissen die Eltern Bescheid? Was passiert draußen?

Punk-Musik in der DDR – wie konnte das überhaupt funktionieren?

Bernd Stracke: Um auftreten zu können, brauchte man eine offizielle Einstufung durch die Kulturkommission. Die hatten wir nicht, und so blieb nur, in Kirchenräumen, privat, in Studentenclubs oder so zu spielen. Irgendwann ist die Kulturkommission dann auf „Wutanfall“ zugekommen: „Passt auf, spielt doch mal vor für die Einstufung.“ Diese Einstufung wäre aber für uns als Punker der Tod gewesen, wir wollten das nie. Andererseits bekamen wir durch das Vorspielen vor der Kommission so etwas wie ein offizielles Konzert. Zum Termin luden wir alle Punks ein, die wir kannten. Es wurde zu unserem Konzert, und die Beurteilung der Kulturkommission war erfreulich vernichtend – Texte unverständlich, musikalische Barbaren und so weiter!

Aber ihr bekommt dadurch prominente Unterstützung. Peter „Cäsar“ Gläser war bis zum Verbot Sänger und Komponist der „Renft-Combo“ und zu dieser Zeit erfolgreich mit der immer noch existierenden Gruppe „Karussell“.

Bernd Stracke: Gläser wurde uns als musikalischer Mentor zur Seite gestellt. Er ist dann auch ein richtiger Freund geworden. Total spannende Leute aus der Generation vor uns gingen bei ihm ein und aus – wir waren so die Küken. Dass er IM war,

hätten wir nie vermutet – bis wir es in den BStU-Unterlagen gelesen haben. Unsere Songtexte, die wir bei ihm im Proberaum liegen gelassen hatten, sind direkt an die Stasi gegangen.

Du warst 1985 quasi noch unter seinen Fittichen. Du erlebst interessante Geschichten; wer kam schon rein in solche Kreise wie um „Cäsar“ und die Kultur- und Rock-Elite! Und doch wurdest Du im selben Jahr, sagen wir, endgültig verhaftet und verurteilt.

Bernd Stracke: Uns ging es darum, nach den Dingen zu suchen, die man als Punk tut. Wir wollten uns an der ganzen Welt orientieren, hatten aber nur West-Fernsehen. Irgendwann habe ich dann angefangen, für sogenannte „Fanzines“ – Fan-Magazine von Punk-Rockern im Westen – über die Szene in der DDR zu berichten.

Aber das war nicht der Grund, Dich festzunehmen. Welchen fanden sie am Ende?

Bernd Stracke: Die Hoffnung, dass eine Szene entsteht, die etwas verbessern könnte, gab ich irgendwann auf und stellte einen Ausreiseantrag. Bei einer Vorsprache beim MdI, dem Innenministerium, habe ich die DDR mit Chile verglichen: Die haben dort eine faschistische Diktatur mit Pinochet, aber die Opposition kann jederzeit raus, wir aber nicht. Dann habe ich noch gesagt, dass hier die Leute mundtot gemacht werden, und da haben sie mich wegen Herabwürdigung der sozialistischen Ordnung festgenommen. Bei der anschließenden Hausdurchsuchung fanden sie die ganze Post für die „Fanzines“,

die die Stasi längst kontrolliert hatte, und deshalb haben sie mich noch angeklagt wegen Verbreitung von Nachrichten im Ausland, die geeignet sind, den Interessen der DDR zu schaden.

Wie ging das Gerichtsverfahren aus?

Bernd Stracke: Am Ende gab es einen Deal zwischen Anwalt und Staatsanwältin. Mein Anwalt war Wolfgang Schnur, der später als IM enttarnt wurde. Ich kam wieder ein halbes Jahr in Leipzig in Stasi-U-Haft. Danach war ich im Strafvollzug in Naumburg. Viele Freunde aus der Berliner Punk-Szene traf ich dort wieder. Gemeinsam haben wir dort Auszugsschienen für IKEA-Möbel hergestellt.

Von Naumburg ging es nach Kaßberg, in das Gefängnis im damaligen Karl-Marx-Stadt, und von dort in den Westen ins Aufnahmелager Gießen.

War das ein Gefühl der Freiheit ohne Ende?

Bernd Stracke: Absolut. Obwohl es natürlich auch hier Dinge gab, die mir übel aufgestoßen sind. Aber ich lebte jetzt in einem Land, das mich aufgenommen hatte, mir Wohnung und Auskommen gab – egal wie ich aussehe, egal was ich sage. Ich konnte reisen und habe die Freiheit genossen.

Aus dem Punk wurde ein Anhänger der freiheitlichen Demokratie?

Bernd Stracke: Ich habe mir erlaubt, mich weiterzuentwickeln. Die Wut, die westdeutsche Punks gegen ihre Gesellschaft hatten, konnte ich zum Teil gar nicht mehr nachvollziehen. In Berlin war



Band „HAU“ (1984), rechts: Bernd Stracke. Foto: © transit / Christiane Eisler

ich die Woche zweimal bei einem Punkkonzert, wir waren überall unterwegs, aber ich konnte mich immer weniger damit identifizieren. Ich dachte: Wo habt ihr denn eigentlich euer Problem? Ihr könnt Läden aufmachen, wo ihr wollt. Als dann auf den Demos die gleichen Sprüche geklopft wurden wie auf der Erster-Mai-Parade in Leipzig, da wurde mir immer schlechter. Ich habe dann gedacht, ich bilde mich jetzt mal fort, habe mein Abitur gemacht und dann studiert. Das war mir in dem Moment wichtiger als Revoluzzer gegen eine Gesellschaft zu sein, gegen die ich gar nicht bin.

Heute bist Du ein erfolgreicher Netzwerker und Kommunikator in der sächsischen Hauptstadt. Wie fließen frühere Erfahrungen dabei ein?

Bernd Stracke: Ich bin jetzt Geschäftsführer eines Beratungsinstituts, das für Kommunen, Träger und Netzwerke Stra-

tegien gegen antidemokratische Tendenzen entwickelt. Mit der ersten Welle der Zugezogenen aus dem Jugoslawienkrieg gab es eine wahnsinnige Nazi-Entwicklung hier auf den Dörfern – und das ist nicht frei und fern von Jugendkultur und Jugendsubkultur. Viele haben sich auf die Skinhead-Bewegung gestützt, die teilweise aus der recht offenen Punk-Bewegung entstanden ist. Ich war dann schnell Spezialist auf dieser Schiene, habe mich in der Hauptsache mit Jugendkultur und Jugend beschäftigt, habe dort auch Vorträge gehalten und Schulungen gemacht. Wir haben dann eine bestimmte Methode entwickelt, bei der wir uns vor Ort ansehen, wie es den Leuten geht, wer hier mit an den Tisch gehört. Vor Ort bei den Menschen liegen das Problem und seine Lösung.

Das Gespräch führte Axel Reitel am 30. März 2020 aufgrund der Corona-Pandemie via Telefon.

GELESEN

Traditionsbruch

Neue Erkenntnisse über Hannah Arendts Denken

THOMAS MEYER

Geboren 1966 in Bernkastel-Kues, Privatdozent, Fakultät für Philosophie der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Hannah Arendt / Dolf Sternberger: „Ich bin Dir halt ein bißchen zu revolutionär“. Briefwechsel 1946 bis 1975, hrsg. von Udo Bernbach, Rowohlt Verlag, Berlin 2019, 477 Seiten, 38,00 Euro.

Judith N. Shklar: Über Hannah Arendt, hrsg. von Hannes Bajohr (auch Nachwort), übersetzt von Hannes Bajohr und Tim Reiß, Matthes & Seitz, Berlin 2020, 120 Seiten, 14,00 Euro.

Wer geglaubt hatte, dass bereits alles über Hannah Arendt gesagt und veröffentlicht wurde, der dürfte sich angesichts der jüngst erschienenen gewichtigen Publikationen die Augen reiben. Im Göttinger Wallstein-Verlag sind unter der Gesamtverantwortung der Germanistin Barbara Hahn die beiden ersten Bände einer kritischen Edition erschienen, während Arendts Stammverlag in Deutschland, Piper in München, eine Auswahl ihrer Schriften zu Fragen der jüdischen Geschichte und Identität unter dem Titel *Wir Juden* vorgelegt hat. Aus der kaum noch zu überblickenden Zahl der aktuellen Forschungsliteratur seien die

Gesamtdarstellungen von Maike Weißpflug (Matthes & Seitz, 2019) und Stefania Maffei (Campus Verlag, 2019) hervorgehoben.

Zu den bedeutsamen Publikationen gehören zweifellos Arendts Korrespondenz mit Dolf Sternberger und die Sammlung von Texten der hierzulande noch immer wenig bekannten politischen Philosophin Judith N. Shklar, in denen sie sich mit ihrer Kollegin auseinandersetzt. Der Politikwissenschaftler und Essayist Sternberger muss in dieser Zeitschrift nicht weiter vorgestellt werden. Und wer seinen Namen und sein Werk doch noch nicht kennt, darf sich seinem Schüler Udo Bernbach anvertrauen, der in seiner buchlangen Einleitung zu der von ihm herausgegebenen und kommentierten Korrespondenz eine erste Einführung bietet.¹

DIFFERENZPUNKT HEIDEGGERS DENKEN

Sternberger (1907–1989) und Arendt (1906–1975) kannten sich aus gemeinsamen Heidelberger Studientagen, als sie bei Karl Jaspers Philosophie hörten. Damals entstand eine Freundschaft zwischen dem Journalisten und Politikwissenschaftler und der promovierenden Philosophin, die auch die Partner einbezog: Arendts Ehemann, den als Günther Anders bekannt gewordenen Günther Stern (1902–1992), und Sternbergers Frau Ilse Blankenstein, geborene Rothschild (1900–1992). Sternberger wird sich in den 1970er- und 1980er-Jahren in Briefen an Anders daran erinnern, wie er mit ihm über seine im Entstehen begriffene

Dissertation über Martin Heidegger diskutierte. 1934 erschien die von Paul Tillich betreute, kritische Arbeit unter dem Titel *Der verstandene Tod*. Arendt wird hier – wohl bewusst – nicht erwähnt!

In einer gänzlich anderen Welt, der Welt nach dem Zweiten Weltkrieg und der Vernichtung der europäischen Juden, kamen Arendt und Sternberger zunächst brieflich wieder zusammen. Auch hier ist Jaspers als einer der Herausgeber der Monatszeitschrift *Die Wandlung* die Mittlerfigur. Sternberger, Redakteur der Zeitschrift, nimmt den Kontakt auf. Schnell entwickelt sich eine Nähe, die nicht zuletzt durch das gegenseitige Wiedererkennen-Können im Intellektuellen und Persönlichen gegründet ist. Aber es gilt ebenso: Je intensiver der Austausch, desto klarer die Unvereinbarkeit von Positionen. Dass Arendt und Sternberger diese jeweils radikal seitenverkehrt entwickeln – die Philosophin wird zur schärfsten Kritikerin ihrer Disziplin und setzt an deren Stelle eine Neuerzählung der politischen Theorie, während der Politikwissenschaftler den Wirklichkeitssinn seiner Profession aristotelisch untermauert –, lässt nach und nach den eigentlichen Differenzpunkt dieses bemerkenswerten Austausches hervortreten: Es ist Heideggers Denken.

Arendt hält, bei aller Kritik, an einer Grundhaltung ihres Lehrers fest: nämlich an der von Heidegger behaupteten Notwendigkeit, dass die etablierte abendländische Philosophie einer vollständigen Revision bedürfe. Mehr noch, dass das, was Heidegger den „anderen Anfang“ nennt, an die Stelle der Philosophie treten müsse. Arendt plädiert in dem Briefwechsel eindringlich dafür, wenn Sternberger schon nicht die Folgen dieses Ansinnens goutieren kann, doch über die Prämisse

selbst nachzudenken – und sie zu akzeptieren. Arendt illustrierte diese Überzeugung in einem Brief vom 28. November 1953, in dem sie Heideggers Denken von dem anderen abgrenzt: „Wenn diejenigen, die wirklich noch in der Tradition verwurzelt sind, entdecken müssen, dass der Faden gerissen ist und dass die grosse Weisheit der Vergangenheit unseren Fragen mit einem eisigen Schweigen begegnet, erschrecken sie und fangen an überlaut zu sprechen, wie Kinder die im Walde pfeifen [sic!]. Unsere Situation ist anders. Unsereins weiss dies entweder als eine der fundamentalen Selbstverständlichkeiten unseres gesamten geistigen Lebens oder ist bereits so entwurzelt, aus der Tradition nämlich nicht ‚überhaupt‘, dass er sich nicht scheut, die alten Wahrheiten als Binsenwahrheiten weiterzugeben. Dies Weitermachen aber, scheint mir, und nicht der Heideggersche Versuch, vor dessen ungeheurer Courage zumindest man Respekt haben sollte, ist eine Art Falschmünzerei.“

Was in der Forschung bislang nicht ausreichend wahrgenommen wurde, ist, wie sehr Arendt, Heideggers Ansatz, Philosophie aus der Falle ihrer eigenen Tradition zu befreien, und ihre Rede vom „Traditionsbruch“ parallel geführt werden. Die Korrespondenz mit Sternberger wird an Stellen wie diesen wesentlich für das Verständnis von Arendts Denkentwicklung.

SPRENGUNG DER HUMANEN EXISTENZ

Sternberger wiederum nähert sich auf ganz andere Weise dem Seinsdenker: Seine Destruktion der Heidegger'schen Sprache zielt auf die Offenlegung eines letztlich

ideologischen Vorhabens. Im Anspruch auf die radikale Neuerschaffung dessen, was er Denken nennt, gehe der Mensch nicht bloß als handelndes Subjekt, sondern überhaupt verloren. Das Heidegger'sche „Sein“, dessen Todesfixierung in der Form des Daseins Sternberger in seiner Dissertation angriff, begibt sich nach dem Zweiten Weltkrieg in die nur scheinbare Weltlosigkeit der „Gelassenheit“. Tatsächlich verweigere Heidegger mittels dieser Denkbewegung jedwede Teilnahme und Verantwortung. Aus der „Destruktion“, so der Aristoteliker Sternberger, wird ein gefährlicher Eskapismus. Und so heißt es in einem Brief vom 19. August 1949 an Arendt: „Heidegger sucht die ursprünglichen Offenbarungen immer weiter zurück in der Urgeschichte des Denkens, destruiert auch Plato und Aristoteles; die ganze Sache nimmt nachgerade etwas Wahnsinniges an, wie eine Art von gewendetem Chiasmus, Sprengung aller geschichtlichen Bestimmungen und Bedingungen, Sprengung also eigentlich der humanen Existenz.“

In der geschilderten Differenz liegt die stellenweise sehr dünne, stellenweise massive, jedoch stets unüberwindliche Wand zwischen Arendt und Sternberger. Nimmt man sie ernst, dann ordnen sich die kleineren Meinungsunterschiede und gegenseitigen Einschätzungen. Die Korrespondenz wird dann zu einem eindrücklichen Lehrstück über die Möglichkeiten und Grenzen von Verständigung und der Akzeptanz von Unvereinbarem. Allerdings wird hier die Geduld beider Seiten hart geprüft: Arendt erwartete Unterstützung in der Auseinandersetzung um ihr Buch *Eichmann in Jerusalem*, die Sternberger ihrer Ansicht nach verweigerte. Er wiederum gierte regelrecht nach Resonanz

auf seine Schriften – nicht aus vordergründiger Eitelkeit, sondern weil er sich der gemeinsamen geistigen Herkunft sowie der Rettung und Weiterführung dieser Gemeinsamkeit verpflichtet fühlte.

Zugleich hat die Geschichte eine Ironie. Als Sternberger in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Arendts Schrift *Vita activa* rezensiert, kritisiert er sie für ihre allzu große Nähe zu Aristoteles. Hat also der „Traditionsbruch“ sie nur tiefer in die Tradition geführt? Wir werden darauf gleich zurückkommen.

Nicht vergessen sollte man zudem, dass es zu einem konstruktiv-systematischen Austausch kommt: Arendt, die in ihrer politischen Theorie keinerlei Interesse an einer Institutionenlehre formuliert, lernt hier beim pragmatischen Verfassungspatrioten Sternberger. Er wiederum lässt sich etwa von Arendts freiem Umgang mit Heinrich Heine inspirieren, eine Anregung, die in einer Monographie mündet, welche Sternbergers analytische Fähigkeiten auf klassische Weise mit Brillanz und Kraft zu verbinden weiß.

METAPHYSISCH-EXISTENZIALISTISCHE TRADITION

Man muss also unbedingt dankbar für die Veröffentlichung der Korrespondenz sein, denn anders als in den bereits vorliegenden Briefwechseln hat Arendt mit Sternberger ein gleichberechtigtes Gegenüber, das weder zu nah noch zu fern ist.

Die 1928 in Riga geborene, aus einer säkularen jüdischen Familie stammende Judith N. Shklar, die sich erst nach Stockholm rettete, dann quer durch die Sowjet-

union und über Japan floh, schließlich in Kanada ankam, machte mithilfe ihres Doktorvaters Carl Joachim Friedrich Karriere an der Harvard-Universität. Bereits 1992 starb sie in Boston. Dass Shklar in Deutschland nach und nach mehr diskutiert wird, ist das Verdienst des jungen Philosophen und Schriftstellers Hannes Bajohr. Nahezu im Alleingang hat er hierzulande mit seinen Texteditionen eine Autorin etabliert, deren Werk auch als Kommentar zu Arendts Schriften gelesen werden kann. Wie sehr diese von Bajohr zu Recht vertretene These stimmt, lässt sich nunmehr Satz für Satz in dem von ihm verantworteten Band mit den Texten Shklars zu Arendt nachvollziehen.

Bereits in ihrem 1957 unter dem Titel *After Utopia. The Decline of Political Faith* erschienenen ersten Buch steht die metaphysisch-existenzialistische Tradition im Mittelpunkt, aus der Arendt stammt. Kritisch sieht Shklar, dass die analytischen Kategorien, die die neuen Totalitarismen des 20. Jahrhunderts verständlich machen sollen, philosophisch-zeitlos und nicht ereignisgeschichtlich-politisch grundiert sind. Das hört sich sehr abstrakt an, aber Shklar bleibt dabei nicht stehen: „Hannah Arendt ist der Meinung, die Zerstörung der Nationalgemeinschaften durch den Imperialismus sei eine wesentliche Voraussetzung für den totalitären Massenstaat gewesen. Im Ganzen gesehen ist das lediglich eine Wiederholung jenes Rufs nach Wurzeln, den schon die Romantiker des neunzehnten Jahrhunderts ausstießen. [...] Aber Wurzeln bleiben, damals wie heute, eine Notwendigkeit für ‚die anderen‘. Die überweltlichen Existenzialisten und die ‚Ausnahmemenschen‘ haben ganz sicher nicht vor, sich niederzulassen. Dies ist also auch ein Ästhetizismus.“

Das leuchtet auf den ersten Blick nicht ein, war Arendts große Studie *The Origins of Totalitarianism* (1951) beziehungsweise *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (1955) doch der Versuch gewesen, den metaphysischen Erklärungsmustern des Nationalsozialismus im Nachkriegsdeutschland – weitaus weniger beim Kommunismus/Bolschewismus praktiziert – etwas entgegenzusetzen: nämlich keine „Weltnacht“, keine „Machenschaft“ und auch keinen im Abgrund der Geschichte arbeitenden „Nihilismus“. Vielmehr versuchte sie eine Entwicklungsgeschichte des Antisemitismus und des National-(sozial)ismus zu konstruieren, in der das Neue dieser Entwicklung und ihrer Kulmination die wesentliche Innovation darstellt. Kurz gesagt: Auschwitz verändert die *conditio humana*. Dieses „Neue“ wird nicht an das Phänomen Nationalsozialismus selbst gebunden, sondern als sich ereignet habende Möglichkeit analysiert.

TRAUMWELT DER IDEALEN GRIECHISCHEN POLIS

Doch genau an dieser Stelle setzt Shklar auch in den folgenden Texten zu Arendt an. In den passagenweise sehr scharfen Attacken erweitert Shklar ihr Argument: So bleibe Arendt in *The Human Condition* (1958) beziehungsweise *Vita activa oder Vom tätigen Leben* (1960) in der Traumwelt einer idealen griechischen Polis stecken und suche vergeblich nach dem Anknüpfungspunkt in der Gegenwart. Und in *On Revolution* (1963) beziehungsweise *Über die Revolution* (1965) erlebe man den unbedingten Patriotismus einer einst Geflüchteten, um dann aber zu begreifen,

dass Arendt der allgemeinen amerikanischen Tendenz nachgebe, wonach die so hart erkämpfte Demokratie und ihre Begründung einem unaufhaltbaren Niedergang ausgesetzt seien. Dass sie sich nicht davon lösen könne, „spekulative Philosophie, Ideengeschichte und gemeinsame Erfahrung“ zu vermischen, was schließlich an Hegels Modell erinnere. Überspitzt könnte man sagen, dass die Analytikerin der Totalitarismen selbst totalitär denkt.

Shklar ist hier nicht nur die Erste, die Arendts Hauptwerke als „Trilogie“ begreift. Wesentlich an der scharfen Kritik ist, dass sie die Einsicht dafür öffnet, dass, wer mit Arendt denken möchte, eine herausfordernde Vielfalt von miteinander verwobenen Traditionen und deren Implikationen auszubalancieren hat. Doch nicht um eine bloße Pointe geht es Shklar, wie auch Bajohr im „Nachwort“ ausführt. Vielmehr fühlt die Harvard-Professorin einem Denken den Puls, das sich nicht von seinen Ursprüngen lösen will, bei gleichzeitiger Einsicht in den „Traditionsbruch“ (Arendt).

Damit treffen sich Shklars und Sternbergers Kritik an Arendt. Ob man diese Kritik teilt, sollte man erst beurteilen, wenn man neben der stets im Scheinwerferlicht stehenden Arendt auch die Werke von Sternberger und Shklar genauer studiert hat. Die beiden Bücher laden jedenfalls auf überzeugende Weise dazu ein.

¹ Auf die zum Teil eklatanten Mängel der Edition wird hier nicht weiter eingegangen. Eine Zusammenfassung der Kritikpunkte bietet Jens Hacke: „Das Politische der Freundschaft. Dolf Sternberger und Hannah Arendt üben sie in der Praxis“, in: *Zeitschrift für Ideengeschichte* 14 (2020) 1, S. 123–126. Der Autor wird noch eine gesonderte Kritik veröffentlichen.

Mit klarem Kompass ins Offene

Kurshalten und Erneuern als Auftrag einer Volkspartei

HERMANN GRÖHE

Geboren 1961 in Uedem (Kreis Kleve), 2009 bis 2013 Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU), 2013 bis 2018 Bundesgesundheitsminister, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, stellvertretender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die CDU ist ein erfolgreiches Erneuerungsprojekt – und das von Anfang an! Der Mut und die Weitsicht der Frauen und Männer, die vor 75 Jahren den Weg zur

Gründung der CDU beschritten, führten zur bedeutendsten Neuerung in der deutschen Parteiengeschichte seit 1945.

Ihre Kraft schöpften unsere politischen Vorfahren aus dem christlichen Glauben, einer fast zweitausend Jahre alten Tradition. Aber zu „bewahren“ gab es so gut wie nichts im zerbombten Berlin oder im zerbombten Köln, wo sich die ersten Gründungskreise trafen. Nicht nur die fast vollständige Zerstörung vieler Städte und ganzer Landstriche, vor allem auch der mehr und mehr für alle zutage tretende Zivilisationsbruch der Hitler-Barbarei

ließ nur die Möglichkeit eines umfassenden Neuanfangs. Und auch die Berufung auf die christliche Tradition geschah mit dem Ziel einer geistigen Erneuerung.

In Anbetracht des „Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des Zweiten Weltkrieges geführt hat“, – wie es in der Präambel zur Bayerischen Verfassung heißt – konnte es in keinem Bereich des gesellschaftlichen Lebens ein „Weiter so“ geben und schon gar kein Zurück! Wohin denn auch? In die Schwäche und Zerrissenheit der Weimarer Republik? Ins Kaiserreich?

„Ein neues Deutschland soll geschaffen werden, das auf Recht und Frieden gegründet ist.“ So formulieren es die „Kölner Leitsätze“ im Juni 1945 im Hinblick auf die Ziele einer „Christlichen Demokratischen Union Deutschlands“.

Demokratischer Neubeginn, Westbindung und Soziale Marktwirtschaft, Abkehr vom Nationalismus und Hinwendung zum Ziel eines vereinten Europas – das waren kraftvolle, ja revolutionäre Schritte einer politischen Erneuerung, die unter Führung von Persönlichkeiten wie Konrad Adenauer und Ludwig Erhard den Grundstein legten für die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Und die die CDU – sowie ihre „bayerische Schwester“, die CSU – zu den entscheidenden politischen Gestaltern der Zeit von 1945 bis heute machten!

AUFRUF ZUR SAMMLUNG

Zentral für diese Rolle war und ist die Fähigkeit der CDU, als Volkspartei Men-

schen ganz unterschiedlicher Prägung zur Mitarbeit einzuladen und zeitgemäße Antworten auf aktuelle und zukünftige Herausforderungen zu geben.

Für das Fundament, für unseren Kompass, steht das „C“, das konfessionelle Begrenzungen überwand und das uns öffnet für alle, die die Würde aller Menschen – den Kern des christlichen Menschenbildes – bejahen.

Für die „Einladung an alle“ steht das „U“, der Unionsgedanke, der eine moderne Volkspartei erst ermöglichte. 1945 waren die konfessionellen, sozialen und landmannschaftlichen Abschottungen, die zur Schwäche der Demokratie in der Weimarer Republik geführt hatten, noch allgegenwärtig. Ebenso die gemeinsame Erfahrung von Verfolgung und Widerstand katholischer und evangelischer Christen, von Arbeitern und konservativen Offizieren. Der Neuanfang sollte im Zeichen des Zusammenhalts stehen.

„Das sind die Leitsätze der Christlichen Demokraten Deutschlands! Sammelt Euch um sie!“ Mit diesem Aufruf zur Sammlung enden die „Kölner Leitsätze“.

Grundsätze, Antworten auf der Höhe der Zeit und die Fähigkeit zu „sammeln“ – darum ging es und darum geht es!

Wenn die CDU erstarrte, verlor sie die Meinungsführerschaft und bald auch das Regierungsmandat. Das war der Fall, als die CDU Mitte der 1960er-Jahre gesellschaftlichen Aufbrüchen nur mit der Abwehr der mit ihnen verbundenen tatsächlichen und vermeintlichen Gefährdungen begegnete. Zudem vermochte sie es mehrheitlich zunächst nicht, Anschluss zu finden an die internationale Entwicklung hin zu einer Entschärfung des Kalten Krieges. Die Abkehr von Teilen des Bürgertums von der Union, der Koalitionswechsel der

Freien Demokratischen Partei (FDP) und die Verklärung eines sozialliberalen „Modernisierungsprojekts“ waren ebenfalls Folgen dieser Erstarrung.

ERFOLGSREZEPT EINER VOLKSPARTEI

In der Oppositionszeit ab 1969 folgten wichtige Schritte der programmatischen Weiterentwicklung, von der Mitbestimmung in Unternehmen über die Frauen- und Familienpolitik bis hin zu einer breit angelegten Debatte über ein erstes Grundsatzzprogramm, das diesen Namen trug. Und die CDU wurde von der Honoratiorenpartei zur Mitglieder- und Programmpartei. So wurden bereits wichtige Grundlagen für die Ära Helmut Kohl gelegt.

Als Helmut Kohl schließlich 1982 Bundeskanzler wurde, war die CDU bereits wesentlich anschlussfähiger an gesellschaftliche Veränderungen geworden. Helmut Kohl verband Festigkeit im Bündnis – die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses – und das Festhalten an der Deutschen Einheit mit dem fortgesetzten Bemühen um Entspannung und Aussöhnung in ganz Europa – und wurde dafür von Teilen der Union heftig kritisiert.

Als die Friedliche Revolution in der DDR – als Teil einer Entwicklung in Mitteleuropa – zum Fall der Mauer und der Chance der Wiedervereinigung führte, begriff Helmut Kohl das nicht als Gelegenheit zur Wiederherstellung früherer Verhältnisse. Mit der Gestaltung der deutschen Einheit sowie der vor allem mit Frankreich vorangetriebenen Gründung der Europäischen Union und der Weichenstellung für die Einführung des Euro

stammte Helmut Kohl gleich zwei epochale „Modernisierungsprojekte“.

Wer heute angesichts von Umbrüchen, Identitätsängsten und Orientierungssuche ein „Zurück“ zu Konrad Adenauer oder Helmut Kohl wünscht, der hat diese beiden großen Staatsmänner nicht verstanden. Ja, der fällt auf ein linkes Zerrbild ihres Wirkens herein, das ihren Charakter als Erneuerer leugnet.

Gerade Helmut Kohl wusste um die Notwendigkeit der Verbindung von Grundsätzen und Antworten auf der Höhe der Zeit. Und um die Gefahr, den Anschluss an gesellschaftliche Entwicklungen zu verlieren. Oft hat er die fehlende Bereitschaft der CDU kritisiert, auf jene konservativen Stimmen zu hören, die die Grenzen des Wachstums betonten und umfassende Veränderungen zum Schutz des Blauen Planeten anmahnten. So hätten auch unsere Fehler zum Erfolg der Grünen beigetragen.

Das Ringen um die richtige Balance zwischen dem Beharren auf Vertrautem und dem Wagen neuer Wege kann – wenn der Blick für das Gemeinsame und wechselseitiger Respekt dabei gelingen – geradezu das Erfolgsrezept einer Volkspartei sein.

MARKENKERN UND MODERNISIERUNG

Solches Ringen kann Zeit kosten. Es dauerte, bis die längst mehrheitlich akzeptierte Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zur offiziellen Position der CDU wurde. Andererseits verhinderten vorhandene Beharrungskräfte die schnelle Anpassung an gewissen Moden. So hat sich Helmut Kohl – gegen deutliche Kritik auch in den

eigenen Reihen – der Übernahme marktradikaler Ideen nach dem Vorbild Margret Thatchers und Ronald Reagans verweigert. Was damals von Teilen der Wirtschaft als mutlos erachtet wurde, verhinderte eine Deindustrialisierung unseres Landes, wie sie sich etwa in Großbritannien entwickelt hatte – ein Sachverhalt, der heute Deutschlands wirtschaftliche Stärke ausmacht.

Für ein Gelingen der Balance zwischen Bewahrung und Erneuerung benötigt eine Volkspartei unterschiedliche Persönlichkeiten, Vereinigungen, Strömungen, die sich eher als „Standbein“ oder als „Spielbein“ der Union verstehen.

Gerade die Jüngeren können als „Spielbein“ entscheidend dazu beitragen, dass wir nicht den Anschluss an gesellschaftliche Entwicklungen verlieren. Wie notwendig das ist, zeigte zuletzt die Debatte um die Gewährleistung des Urheberrechtsschutzes im Internet, in der weite Teile der jüngeren Generation in politischen Entscheidungen geradezu einen Angriff auf ihre Kommunikations-, ja Lebensform sahen und in der ein wechselseitiges Zuhören und Verstehen viel zu selten gelang.

Auch mit Blick auf die achtzehnjährige Amtszeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel an der Spitze der CDU Deutschlands geht es immer wieder um die Frage, ob und wie die Verbindung vom Erhalt des Markenkerns und von notwendiger Modernisierung gelang. Untersuchungen legen dabei nahe, dass viele Mitglieder eher zu viel Modernisierung befürchten, die meisten Wählerinnen und Wähler eher zu wenig.

Dabei behagt mir schon der darin zum Ausdruck kommende vermeintliche Gegensatz von Markenkern und Moder-

nisierung nicht. Geht es nicht oft geradezu darum, dass das Bewahrenswerte nur durch die Bereitschaft zur Veränderung auch tatsächlich bewahrt werden kann? Zwei Beispiele mögen das illustrieren.

MEHR DEBATTE, NEUGIER UND SELBSTVERTRAUEN

Erstens: Die CDU war immer die Partei an der Seite der Familien. Hätten wir in den letzten Jahren, ja inzwischen Jahrzehnten nicht durch eine Weiterentwicklung unserer Familienpolitik veränderten Wünschen und Bedürfnissen von Familien Rechnung getragen, wäre unsere vermeintliche Grundsatztreue von diesen Familien geradezu gegenteilig erlebt worden – sie hätten sich von uns im Stich gelassen gefühlt. Gerade bei Fragen der persönlichen Lebensführung und angesichts der gewachsenen Zahl unterschiedlicher Lebensentwürfe gestaltet sich die Debatte mitunter heftig. So sahen manche im Bekenntnis der Union zu Krippenausbau und Ganztagserschulangeboten geradezu eine Abkehr von der Wertschätzung für einen Verzicht von Eltern auf Erwerbsarbeit zugunsten der Kindererziehung, wobei übersehen wurde, dass sich fast nur noch die Unionsparteien zum Ehegattensplitting als Grundlage echter Entscheidungsfreiheit bekennen. Linke Bevormundungsträume, die in elterlicher Kindererziehung geradezu eine das Kindeswohl gefährdende Kindesentziehung zulasten des Staates erblicken, machen dabei die Debatte nicht leichter. Wir dagegen spielen unterschiedliche Lebensentwürfe nicht gegeneinander aus. Und wir sollten nicht den Eindruck erwecken, als litten wir unter deren

Vielfalt. Vielfalt ist das Kind der Freiheit – die Freiheit in Verantwortung aber der Kern des christlichen Menschenbildes.

Zweitens: Die CDU war immer die Partei an der Seite der Bundeswehr. In Zeiten des Kalten Krieges und der direkten Bedrohung der Bundesrepublik gehörte dazu wie selbstverständlich die Bejahung der Wehrpflicht – wesentlich getragen vom Leitbild des „Bürgers in Uniform“ – und erst allmählich, schließlich selbstverständlich auch die Wertschätzung für den Zivildienst. Wer nun – und natürlich lässt sich darüber trefflich streiten – angesichts völlig veränderter Bedrohungslagen und immer häufiger werdender Auslandseinsätze der Bundeswehr die Aussetzung der Wehrpflicht bejahte und bejaht, wollte gerade die Bundeswehr für diese veränderte Aufgabenstellung stärken. Dass der damalige Verteidigungsminister dies allerdings maßgeblich mit Einsparmöglichkeiten begründete, hat mich schon damals nicht überzeugt.

Beide Beispiele – die Familienpolitik wie die Aussetzung der Wehrpflicht – sind bis heute den einen ein Beleg für den Verrat an Grundsätzen, den anderen ein Beleg für notwendige und gelungene

Modernisierung. Dass beide – und viele andere – programmatische Weiterentwicklungen eine intensivere Debatte in unserer Union verdient, ja erfordert hätten, ist wohl wahr. Und es zeigt, dass die die letzten Jahre in weiten Teilen prägende Politik „im Krisenbewältigungsmodus“ nicht ohne Folgen geblieben ist.

Mehr Debatte, mehr Neugier und Selbstvertrauen sind gefragt. Der Ruf nach dem Rückwärtsgang aber führt in die Irre!

Unsere Grundsätze sind und bleiben ein tauglicher Kompass! Sie sind zu wertvoll, um im Bücherregal zu verstauben. Sie wollen im Leben heutiger Menschen und kommender Generationen zur Entfaltung gebracht werden. Einen Kompass braucht man nicht, wenn man im Hafen bleibt. Ein Kompass erfüllt seinen Zweck beim Aufbruch ins Offene!

Gegen die Angstmacher, die Abschottung und Abgrenzung das Wort reden und unsere Gesellschaft, ja unsere Welt spalten, leitet christliche Demokraten die Zuversicht, Zukunft verantwortlich gestalten zu können und dass unsere Überzeugung von der gleichen Würde aller Menschen stärker ist! Die Erfolgsgeschichte der CDU macht uns dabei Mut!



Hardcover mit Schutzumschlag, 840 Seiten mit zahlreichen farbigen Abbildungen, 30,00 € ISBN: 978-3-8275-0138-7 Erscheint im August 2020

Die Christlich-Demokratische Union, nach der Kapitulation Deutschlands 1945 gegründet, hat als interkonfessionelle Volkspartei das deutsche Parteiengefüge grundlegend verändert. Sie ist zweifellos die erfolgreichste Partei in der bundesdeutschen Geschichte und stellte bis heute über fünfzig Jahre lang den deutschen Kanzler bzw. die Kanzlerin. Die Essays im vorliegenden Sammelband widmen sich der Geschichte der CDU aus ganz verschiedenen, mitunter kontroversen Blickwinkeln und von divergierenden Standpunkten aus. Dabei geht es nicht nur um ihre historische Rolle in der deutschen Geschichte – ebenso werden ihre politisch-weltanschaulichen Fundamente beleuchtet, ihr Umgang mit der Vergangenheit infolge der doppelten Diktaturerfahrung durch die NS-Zeit und die SED-Herrschaft und nicht zuletzt ihr Beitrag zur Überwindung der deutschen Teilung und zur Integration Europas.

Verlebendigte Geschichte

Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung 2020 für Hans Pleschinski

MICHAEL BRAUN

Geboren 1964 in Simmerath,
Leiter Literatur der Konrad-
Adenauer-Stiftung und außerplan-
mäßiger Professor für Neuere
Deutsche Literatur und ihre Didaktik
an der Universität zu Köln.

Sommer 1954: Thomas Mann ist in Düsseldorf, zu einer Lesung. Der fast achtzigjährige Nobelpreisträger logiert mit Familie im besten Haus am Ort, dem Breidenbacher Hof. Der ungeliebte Sohn Golo und die unverzichtbare Tochter Erika streiten sich: „Ich will, Madame Révolution, glaubwürdige Eliten und die gewahrte

Form.“ – „Ich will die Menschenrechte, uneingeschränkt.“ – „Stil und Bildung garantieren die wahre Freiheit.“ – „Gerechtigkeit und Frieden sind das Muß.“

Bis die Mutter Katia dazwischenfährt und die „würdige Aufsicht“ in Gestalt ihres Mannes herbeiruft. Die kleine Szene steht in Hans Pleschinskis Roman *Königsallee* (2013). Sie verlebendigt eine wahre Geschichte. Mann war 1954/55 in Deutschland, die Familienbande in des Wortes zweifacher Bedeutung gab es auch, die Dialoge aber sind theaterreif erfunden. Hans Pleschinski nimmt sich der Aufgabe an, die Geschichte Deutschlands und Mitteleuropas zu revidieren, indem er ihre positiven Traditionen wachruft: das deutsche und französische Barock, die Aufbaujahre nach 1945, die Zeit nach der Wiedervereinigung. Das ist ihm bis 2019 in mehr als zwanzig Werken gelungen, in Romanen, Erzählungen, Essays, Übersetzungen und Briefeditionen, die sich auf biographisch-zeithistorische Spurensuche begeben.



Foto: © Jürgen Bauer

Heimat ist für Hans Pleschinski ein ambivalenter Herkunftsraum. Die Lüneburger Heide, in der er am 23. Mai 1956 (in Celle) geboren wurde und aufwuchs, beschreibt er als „öde Weite, Leere“ (*Die Ostheide, das tolle Nichts*, 2003), in der es mehr Pferde als Bauern gab. Drei Kilometer von seinem Elternhaus entfernt verlief die Zonengrenze, der „Todesstreifen zwischen der DDR und der Bundesrepublik“, auf dem „die Todesschützen der Volksarmee auf Republikflüchtlinge zielten“. Zugleich erlebte er früh historische Orte, Biedermeierkirchen, Klöster und das Celler Schloss. „Für mich“, schreibt er, „existiert die Ostheide als geistige Lebensform und als wünschenswertes Fundament.“ In seinem autobiographischen Buch *Ostsucht. Eine Jugend im deutsch-deutschen Grenzland* (1993) bekennt er, „am Westweltsaum der NATO [...] eine glückliche Kindheit und beste frühe Jugend“ zugebracht zu haben. Sein 1921 östlich von Frankfurt an der Oder geborener Vater übernahm nach dem Krieg im niedersächsischen Städtchen Wittingen die Schmiede der Eltern seiner Frau.

Von 1976 bis 1983 studierte Hans Pleschinski an der Ludwig-Maximilians-Universität München Germanistik, Romanistik und Theaterwissenschaft. 1984 schloss er sein Studium mit einer Magisterarbeit über Gottfried Benn ab. Neben der akademischen Ausbildung arbeitete er für Galerien, die Oper und den Film.

Hans Pleschinskis Entdeckungserlebnis war seine Flaubert-Lektüre um 1980. Im Werk des französischen Klassikers fand er den „Kampf zwischen den Wissensschätzen, Glücksversprechungen einerseits und dem Menschen andererseits, der nicht mehr für *einen* Gott und *eine* Ideologie zu leben vermag“, so heißt es in dem Essay *Die goldenen Achtziger: meine Lektüren* (1995).

Mit gleich drei Büchern debütierte Hans Pleschinski 1984 im Literaturbetrieb: Unter dem Titel *Frühstückshörnchen* erschienen zeitkritische Glossen und Satiren. *Nach Ägypten*, im Untertitel „Ein moderner Roman“, erzählt im Gestus eines Schelmenromans von einem jungen Ausreißer aus der niedersächsischen Provinz, der in den europäischen Kulturmetropolen klüger wird, aber nicht unbedingt klug. Beachtung in der Kritik fand vor allem der Roman *Gabi Lenz. Werden & Wollen*, eine Parodie auf die Innerlichkeitsliteratur der 1980er-Jahre in Gestalt der Biographie einer fiktiven Sozialarbeiterin, die sich mit verkorksten Beziehungsgeschichten ihren Weg zur Bestsellerautorin bahnt. Das Buch war so geschickt als Dokumentarfiktion getarnt, dass einige Leser gleich weitere Bücher der Autorin „Gabi Lenz“ bestellen wollten.

Für den Roman erhielt Pleschinski 1984 den Hungertuch-Preis, eine mit seinerzeit 1.000 D-Mark dotierte Auslobung des Frankfurter Kulturdezernats und des Schriftstellerverbands Hessen. Es war ein verheißungsvoller Start, Pleschinski wurde Autor des renommierten Verlags von Gerd Haffmans und ständiger Mitarbeiter beim Bayerischen Rundfunk.

„LICHTER IM DUNKEL“: GESCHICHTEN AUS DEM BAROCKZEITALTER

Schon während des Studiums zog es Hans Pleschinski mehr zu den vernachlässigten Vorklassikern der Literatur als zu ihren Kanonheiligen. Ihn rührte die Sprachkraft barocker Dichtungen und Memoiren an, die „nach dem so bedeutsamen Prinzip der *Fallhöhe* von Menschenruhm und Schicksal“ erzählen. Pleschinskis Band *Byzantiner und andere Falschmünzer*, 1997 im Schöffling Verlag erschienen, versammelt seine überarbeiteten Rundfunkessays, unter anderem über Pierre Corneille, Voltaire, Daniel Casper von Lohenstein, Ewald Christian von Kleist. Sie werfen „Lichter im Dunkel“ (so der Untertitel des Bandes) der deutsch-französischen Kulturgeschichte. Im Schlussessay wird André Gide, der 1947 für seinen Roman *Die Falschmünzer* den Literaturnobelpreis erhielt, als Vorläufer eines postmodernen Erzählens gewürdigt, das stets seine „Offenheit mitschildern“ kann.

Mit drei Editionen erinnert Hans Pleschinski an historische Figuren, die ihre Zeit, das 18. Jahrhundert, durch Briefe und Tagebücher profiliert haben. Für *Aus dem Briefwechsel Voltaire – Friedrich der Große* (1992) hat Pleschinski fast ein Drittel der gesamten Korrespondenz neu aus dem Französischen ins Deutsche übersetzt und mit seinen eigenen Zwischentexten

kommentiert. 1999 folgte eine Auswahl der Briefe der Madame de Pompadour, die der Übersetzer und Kommentator Pleschinski aus dem Schatten der Mätresse Ludwigs XV. hervorholt und als Vorkämpferin einer verfeinerten Zivilisation in Szene setzt. Die Übersetzung und Kommentierung von großen Teilen aus dem *Geheimen Tagebuch des Herzogs von Croÿ*, das im Erscheinungsjahr 2011 sogleich auf vier Auflagen kam, verhilft zur Wiederentdeckung eines erstaunlich modernen Europäers, der im Spätfeudalismus, am Vorabend der Französischen Revolution, freimütig und kultiviert mit den „Monarchen, Mätressen, Weltveränderern“ seiner Zeit verkehrt. 2012 wurde Hans Pleschinski vom französischen Botschafter mit dem Orden *Chevalier des Arts et des Lettres* der Republik Frankreich ausgezeichnet.

Hans Pleschinskis Nähe zum Barockzeitalter, das uns heute so fernliegt, kommt am besten in seiner Erzählung *Der Holzvulkan* zum Ausdruck. Das Buch erschien zuerst 1986 im Haffmans Verlag und wurde 1995 in Braunschweig sowie – in erweiterter Fassung – 2014 im C. H. Beck Verlag nachgedruckt. Es erzählt die unglaubliche, aber realhistorische Geschichte von einem „Staatsruinprojekt“: Herzog Anton Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel (1633–1714) wollte aus seinem Kleinfürstentum ein Wunderland der Künste machen und ließ in Salzdahlum ein Schloss errichten, das allerdings, weil es an Geld fehlte, nur aus Holz gebaut werden konnte, vom Fundament bis zu den Giebeln, auf denen dann Steinstatuen thronten. Kein Wunder, dass das Gebäude alsbald verfiel, dass die imitierten Marmorfriesen aufwellten und die Bretterwände verschimmelten; 1813 wurde das Schloss als Brennholz verkauft. Pleschinski erzählt die Geschichte von dem Schloss, das es nicht mehr gibt, als zeitlose Parabel der Vergänglichkeit und als Geschichtslektion vom Verfall der Utopien. Ein „einzigartiges Kapitel aus dem Prozess der Zivilisation“, schreibt Gustav Seibt in seinem Nachwort zur Neuausgabe.

EUROPÄISCHE ENSEMBLEROMANE

Neben den historischen Romanen und Editionen aus dem Zeitalter der Aufklärung ist der europäische Ensembleroman ein zweiter Schwerpunkt des Schreibens von Hans Pleschinski. Verbunden sind diese Pole durch die europäischen Geschichte. In den Ensembleromanen bildet der Autor Konstellationen von Figuren, die durch eine besondere Idee oder eine spezielle historische Situation miteinander verbunden sind.

Der Roman *Brabant* (1995) erzählt von einer vielfältigen Kulturgemeinschaft, die sich auf einem alten flämischen Hotelschiff nach Amerika aufmacht, um dort gegen den Aufbau eines Disney-Parks in Rom zu protestieren. Hinter dieser Fiktion steckt kein antiamerikanischer Impuls, wohl aber der Auftrag, nach den Wurzeln und Werten zu suchen, die den europäischen

Nationen, die allesamt ihre Abgesandten auf dem Schiff haben, gemeinsam sind. Natürlich geht das nicht ohne Kontroversen ab. Fast alle Europa-Diskurse haben hier ihre Sprecher, der postkolonialistische wie der späthumanistische Diskurs ebenso wie der etatistische, der ethische und der ästhetische.

Das Ensemble im Roman *Ludwigshöhe* (2008) ist eine Gruppe Lebensmüder, die mit dem anbrechenden Frühling ihre Todessehnsucht und Suizidabsichten in schlichte Lebenslust umzuwandeln vermögen – ein umgekehrter Tod in Venedig.

Die Romane *Königsallee* (2013) und *Wiesenstein* (2018) erzählen aus den letzten Lebensjahren der Nobelpreisträger Thomas Mann und Gerhart Hauptmann. Beide sind durch die – im Grunde barocke – Frage nach Ruhm und Menschenvergänglichkeit verbunden, rivalisieren aber um die Rolle des Stellvertreters Goethes, um die Gewissensstimme der Nation. Thomas Mann erkannte Hauptmann als „König“ der Weimarer Republik an, wurde aber, weil dieser nach 1933 in Deutschland blieb, zum „Kaiser der Emigration“ (Hermann Kurzke). Pleschinski hält sich an die überlieferten Tatsachen aus den Biographien, er lässt Thomas Mann Lift fahren und Presseinterviews geben und Hauptmann 1945/46 mit Frau, Gärtner, Archivar, Masseur in seiner Villa „Wiesenstein“ im Riesengebirge residieren. Angereichert wird die Recherche um bislang unveröffentlichte Tagebuchnotizen (von Gerhart und Margarete Hauptmann), eigene Kommentare und erfundene Begegnungen, zum Beispiel von Thomas Mann mit seiner Jugendliebe Klaus Heuser. Hans Pleschinski erzählt die dramatischen Um- und Aufbrüche im Spiegel zweier großer Autoren, in deren Leben sich wiederum diese Umbrüche deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert dokumentieren. Derzeit arbeitet Pleschinski an einem dritten Nobelpreisträger-Roman, über Paul Heyse, aus dem er bei der Autorenwerkstatt der Konrad-Adenauer-Stiftung in Cadenabbia im Oktober 2019 eine Arbeitsprobe vorstellte.

WERTE IM WERK

Hans Pleschinski ist ein wertebewusster Autor. Gegen die Zumutungen, die die Geschichte dem Menschen aufbürdet, setzt er die Verbindung von Verantwortungsbewusstsein und Schönheitsgefühl. Aus seiner Kindheitserfahrung an der deutsch-deutschen Zonengrenze weiß er, was die Freiheit wert ist und dass eine Demokratie wehrhaft sein muss. Er tritt ein für einen „ganz traditionellen Humanismus, gemischt aus Freiheit, Bildung und vielleicht auch Formgefühl“, so schreibt er im Vorwort zu dem Band *Byzantiner*. In dem Sammelband *konservativ?!* (2019) gibt er, neben Beiträgen von Monika Grütters, Wolfgang Schäuble und Uwe Tellkamp, ein staatsbürgerliches Votum ab: Wie sein Vater, so schreibt er, baue er „auf einen gerechten Staat, auf eine humane Gesetzgebung [und] eine entspannte, aber zuverlässige Ordnung“.

Eine Sonntagspredigt

Kulturpessimismus ist keine Antwort auf den Rechtspopulismus

TOM MANNEWITZ

Geboren 1987 in Wurzen, Juniorprofessur Politikwissenschaftliche Forschungsmethoden, Technische Universität Chemnitz.

Alexander Görlach: *Homo Empathicus. Von Sündenböcken, Populisten und der Rettung der Demokratie*, Herder Verlag, Freiburg/Basel/Wien 2019, 192 Seiten, 18,00 Euro.

Selten liegt bei einer politischen Streitschrift so viel Abstand zwischen Anspruch und Wirklichkeit wie bei der von Alexander Görlach. Das Ziel des früheren Heraus-

gebers und Chefredakteurs von *The European*: „Dieses Buch möchte nichts weniger als das: die gegenwärtige Krise der Demokratie und der liberalen Ordnung interpretieren und sagen, wie man sie löst“ (S. 18). Der promovierte Linguist und Theologe Görlach weckt damit große Erwartungen. Sein Anspruch hebt ihn von den vielen belanglosen Diagnosen unserer populistischen Zeit hervor, die bereits beim Überqueren der Startlinie scheitern, weil ihnen so ziemlich alles fehlt, was ein Sachbuch lesenswert machen könnte: analytische Ambition, eine originelle These, konstruktiver Einfallsreichtum.

Zugleich: Görlachs Versprechen ließe sich, wenn überhaupt, auf 192 Seiten wohl nur durch einen Parforceritt – einige eilige Skizzen, die eine oder andere gewagte Behauptung und Mut zur Lücke – einlösen. Leider vergeudet der Autor die Seiten mit einer unstimmgigen Diagnose, fragwürdigen ideengeschichtlichen wie theologischen Exkursen und einem Appell. Und so dürfte enttäuscht das Buch dem Regal überantworten, wen die ersten Seiten neu gierig gemacht haben.

Görlachs Band dürfte mittlerweile der hundertste sein, der für das Erstarken des Rechtspopulismus den „Konsumkapitalismus“ (S. 31) in Haftung nimmt: „Die Art und Weise, wie Migration in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt ist, zeigt, dass es nicht um Migration per se geht, sondern um die Bewältigung von ökonomischen Zuständen und Bedingungen, von Ungleichheiten, die sich direkt zurückführen lassen darauf, wie die Verantwortlichen mit der Finanzkrise im Jahr 2008 umgegangen sind“ (S. 47). Doch stimmt diese These? Ihr liegt unausgesprochen folgende kontrafaktische Annahme zugrunde: Die Alternative für Deutschland (AfD) hätte im Zuge der „Flüchtlingskrise“ 2015 und der Folgejahre ohne die vorherige Wirtschafts-, Finanz- und Bankenkrise keinen so atemberaubenden Marsch durch die Parlamente hingelegt. Das stimmt zwar, aber nicht in der Form, wie Görlach – mittlerweile Politikberater und Gastwissenschaftler vieler US-amerikanischer Forschungseinrichtungen – meint: Die AfD hat die Krise von 2008 benötigt, um als eurokritische Professorenpartei Satisfaktionsfähigkeit zu erlangen. Ihre anschließende rechtspopulistische Wende im Zuge der Flüchtlingskrise – von Alexander Gauland als

„Gottesgeschenk“ bezeichnet – wäre ohne Vorgeschichte als finanzpolitisch ausgewiesene „Alternative“ zur Merkel'schen Krisenpolitik wohl schon recht früh am „Nie wieder“ der bundesdeutschen Öffentlichkeit zerschellt – ähnlich wie die Partei der Republikaner, die Deutsche Volksunion (DVU) oder die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD).

PASTORALER DUKTUS

Der AfD war also beides nützlich: Die Gründungsgeschichte ebnete ihr den Weg ins Parteiensystem – und macht es schwer, das Enfant terrible nun loszuwerden: Wie macht man jemanden „salonunfähig“? Und wäre wiederum die „Flüchtlingskrise“ ausgeblieben, hätte die AfD wohl dasselbe Schicksal ereilt wie Bernd Luckes „Liberal-Konservative Reformer“. Görlach steht mit seiner Beobachtung, der Erfolg der AfD stehe in direktem Zusammenhang mit den ökonomischen Ungereimtheiten in der Gesellschaft, zwar nicht allein da, sie greift jedoch zu kurz. Es ist, wie Philip Manow unlängst in der *Politischen Ökonomie des Populismus* gezeigt hat, vielmehr die Ökonomisierung des Migrationsthemas, die (vor allem Rechts-)Populisten in die Hände spielt. Genauer gesagt: Die Immigration von Flüchtlingen hat den Verteilungskampf im Wohlfahrtsstaat, vor allem aus Sicht der Industriearbeiter, verschärft. Das gilt im Übrigen nicht nur für Deutschland, sondern etwa auch für Skandinavien.

Der Lösungsvorschlag des Autors hätte auch einem – pardon: viele Bürgermeister und Gemeinderäte leisten gute Arbeit – Lokalpolitiker am Sonntagsstammtisch

einfallen können. Der Tenor lautet, dass wir endlich wieder mehr Anstand in der Gesellschaft brauchen. So heißt es: „Die Krise, die wir derzeit erleben, ist eine moralische Krise und kann am Ende nur durch eine Rückbesinnung auf die Moral und die damit verbundenen Wertesystem [sic!] gelöst werden“ (S. 104).

Bescheidenheit und Gemeinsinn sollen Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie also kitten. Ein solcher Appell wirkt rat- und einfalllos, der Duktus pastoral. Einige weitere Kostproben: „Das System der Wirtschaft oder der Finanzwelt, das kann man ‚fixen‘; ein unehrlicher oder unredlicher Mensch hingegen muss zur Einsicht gelangen, bereuen und büßen“ (S. 28). „Die Frage, was das allgemeine Wohl bestimmt, kann nur dann beantwortet werden, wenn genügend Empathie aller vorhanden ist, um sich in die Lebenswelt der Mitmenschen einzufühlen“ (S. 127). „Wichtig ist in diesem Zusammenhang, darauf hinzuweisen, dass ein wahrhaft menschlicher Gesellschaftsvertrag, der von einem empathischen Narrativ getragen ist, nicht alles unter dem Gesichtspunkt des Marktes betrachten kann“ (S. 185).

MORALINSAURER KULTURPESSIMISMUS

Manchmal verleiht dieser Stil dem Buch etwas unfreiwillig Komisches. So ist auf Seite 175 zu lesen: „Die Berufung auf die Menschenrechte, der zentrierte Blick auf das Humanum, findet seine konkrete Form in Rechtsstaaten, die diese Menschenrechte nicht nur feststellen und erkennen, sondern in verbindliche Gestalt

kleiden.“ Zu Deutsch: Rechtsstaaten schützen Menschenrechte. Ja, was denn sonst? Der Schutz der Menschenrechte ist es, der Rechtsstaaten *auszeichnet*.

Zwischen Diagnose und Therapie – beide bilden nicht etwa Anfang und Schluss, sondern durchziehen das Buch – mäandert die Streitschrift ziellos durch die Ideen- und Kirchengeschichte. Selbst mit einer Inhaltsangabe einzelner Kapitel tut sich der Rezensent schwer, weil das Buch vom Hölzchen aufs Stöckchen kommt. Aufgeboten wird dabei, was das Bücherregal des konservativen Bildungsbürgertums an Autoritäten hergibt: Thomas von Aquin, Ralf Dahrendorf, John Rawls, Erasmus von Rotterdam und – natürlich – die Bibel. Ist das nötig? Vertreter der Postwachstumsökonomie – Niko Paech und Hartmut Rosa etwa – hätten sicherlich mehr zur Reform des Kapitalismus zu sagen.

Wir beobachten, wie der Rechtspopulismus sich momentan zu einer Gefahr für die Demokratie ausweitet – weil er das Vertrauen in ihre Institutionen untergräbt, weil er die Grenze zum Rechtsextremismus überschreitet. Da ist guter Rat teuer. Aber moralinsaurer Kulturpessimismus hilft nicht weiter. Insofern überrascht der Band von Alexander Görlach, dem man angesichts seines langjährigen Engagements beim *European* eine streitlustigere Streitschrift zugetraut hätte. Sollte die Zukunft der offenen Gesellschaft von unserer Bereitschaft und Fähigkeit abhängen, zu „bereuen und büßen“, mache bitte der Letzte das Licht aus.

Mit Blick auf die aktuelle Situation und zur Unterstützung der Bemühungen, die Verbreitung des Coronavirus einzudämmen, hat die Konrad-Adenauer-Stiftung Mitte März 2020 beschlossen, sämtliche öffentlichen Präsenzveranstaltungen bis auf Weiteres abzusagen. Nach Möglichkeit werden Veranstaltungen digital angeboten. Die Stiftung hat zum Schutz ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Bürgerinnen und Bürger verstärkt auf mobiles Arbeiten umgestellt.

VERANSTALTUNGEN

Im März 1960 trafen sich Konrad Adenauer und David Ben Gurion zum ersten Mal im New Yorker Hotel Waldorf Astoria. Anlässlich des 60-jährigen Jubiläums der Begegnung wurde das Foto dieses geschichtsträchtigen Moments der *deutsch-israelischen Beziehungen* am 3. März 2020 im Waldorf Astoria in Berlin ausgestellt und die Bedeutung des Zusammentreffens durch den Stiftungsvorsitzenden Norbert Lammert gewürdigt. Zudem wurde die Doppelbiographie von Michael Borchard über „Eine unmögliche Freundschaft“ der Staatsmänner vorgestellt.

Am 10. März 2020 stellte die Expertengruppe Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung ihre *Zehn Thesen für eine bessere Bildungspolitik* vor. Nach einer Einführung durch Norbert Lammert diskutierte Anja Karliczek, Bundesministerin für Bildung und Forschung, die Vorschläge mit Experten.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ehrte am 11. März 2020 *Candida Höfer* als eine der

bedeutendsten deutschen Fotografinnen unserer Zeit mit einer *Hommage*. Laudator war der Architekt Matthias Sauerbruch. Höfers Werk, das sich zwischen umfassender Perspektive und asketischer Reduktion, zwischen historischem und politischem Blick bewegt, spart den Menschen in der unmittelbaren Abbildung meist aus, um ihn jedoch in dieser Abwesenheit umso auffälliger in den Fokus zu rücken.

PERSONALIA

Ende März 2020 wurde die Kommunikationsarbeit der Stiftung strukturell reformiert. Die Arbeitsbereiche Marketing und Publikationen wurden in die Arbeitseinheit Strategie und Planung integriert und bilden zusammen mit dem Medienzentrum und dem Vorstandsbüro einen neuen, bei der Geschäftsleitung angesiedelten Leitungstab. Die Leitung übernahm Michael Rimmel. Das Eventmanagement und das Zielgruppenmanagement bilden nun einen eigenen Bereich im Dienstleistungszentrum unter Leitung von Rolf Halfmann. Die Interne Kommunikation wurde dem Bereich Personal zugeordnet.

Arne Wulff übernahm im März 2020 das neue Länderprojekt Äthiopien. Seit April 2020 leitet Stefanie Rothenberger das anglophone regionale Rechtsstaatsprogramm Subsahara-Afrika mit Sitz in Kenia; Canan Atilgan übernahm die Leitung Nahost/Nordafrika in der Zentrale.

Ab Mai 2020 ist Anna Reismann zuständig für das Länderprojekt Uganda/Südsudan mit Sitz in Kampala.

Die nächste Ausgabe erscheint im August 2020
zum Thema

Corona

Erste Einsichten und Erfahrungen

Mit Beiträgen unter anderen von Susanne Breit-Keßler, Anna M. Horatschek, Nikolaus Knoepffler, Jutta Rump und Eberhard Schockenhoff.

IMPRESSUM

Nr. 562, Mai/Juni 2020, 65. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Herausgegeben für die
Konrad-Adenauer-Stiftung von
Norbert Lammert und Bernhard Vogel

Begründet 1956 von
Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion
Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Ralf Thomas Baus (Redakteur)
Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

Geschäftsführung
Konstantin Otto

Anschrift
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
ralf.baus@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Redaktionsbeirat
Stefan Friedrich, Ulrike Hospes,
Matthias Oppermann, Matthias Schäfer

Verlag und Anzeigenverwaltung
Druck- und Verlagshaus Fromm GmbH & Co. KG
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 3103 81
E.Cilker@fromm-os.de

Herstellung
Druck- und Verlagshaus Fromm GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10-16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung
Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen
Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 € zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.





TRAURIGE GRÖSSE

Giganten sind auch nicht mehr das, was sie einmal waren. Unverstanden fühlt sich dieser zusammengekauerte, jungenhafte Riese. Schmollend scheint er zu fragen: „Warum findet ihr mich nicht mehr groß?“

Die fast fünf Meter hohe Skulptur des in Australien geborenen Künstlers Ron Mueck setzt sich ab von früheren Kolossalstatuen, die den „Großen“ dieser Welt monumentale Gestalt gaben.

Die sogenannte postheroische Persönlichkeit von heute blickt, Gott sei Dank, nicht mehr ehrfurchtsvoll nach oben. Eher neigt sie auch dazu, Autoritäten und Institutionen zu zerbröseln – von innen wie von außen her.

Untitled (boy), by Ron Mueck (1998),
ARoS Aarhus Kunstmuseum, Dänemark.
Foto: © Jonas Voss, via flickr.com

